

# P R O T O K O L L

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,  
am Montag, 17. Dezember 1979, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

VORSITZENDER:  
Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:  
Heinrich Schwarz  
Karl Fritsch

STADTRÄTE:  
Rudolf Fürst  
Anna Kaltenbrunner  
Konrad Kinzelhofer  
Manfred Wallner  
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:  
Hermann Bachner  
Ingrid Ehrenhuber  
Roman Eichhübl  
Franz Enöckl  
Karl Feuerhuber  
Ernst Fuchs  
Walter Heumann  
Karl Hochrather  
Karl Holub  
Wilhelm Kern  
Walter Köhler  
Herbert Lang  
Hermann Leithenmayr  
Ottilie Liebl  
Johann Manetsgruber  
Franz Mayr  
Rudolf Pimsl  
Josef Radler  
Friedrich Reisner  
Erich Sablik  
Erwin Schuster

Herbert Schwarz  
Ernst Seidl  
Rudolf Steinmassl  
Franz Steinparzer  
Otto Tremel  
Helmut Zagler

VOM AMT:  
Magistratsdirektor Obersenatsrat  
Dr. Johann Eder  
Magistratsdirektor-Stellvertreter  
Senatsrat Dr. Franz Knapp  
Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch  
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat  
Alfred Eckl  
Präsidialdirektor Oberamtsrat  
Roland Postler  
Rechnungsdirektor Oberamtsrat  
Ludwig Stary  
VB Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:  
OAR. Walter Radmoser  
VB Gerda Gugenberger

## T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung

Mitteilungen - Erinnerung zum Budget 1980

Verhandlungsgegenstände

### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Bau5-3550/77                      Umbau des Volkskinos zu einem Kulturzentrum; Anschaffungen für den Theaterkeller.
- 2) Präs-486/78                      Bauplatzschaffung für die BMW-Steyr-Motoren-GesmbH; Auflassung bzw. Umlegung von öffentlichem Gut.
- 3) Präs-1051/79                      Bezugsregulierung mit Wirkung vom 1. 1. 1980.
- 4) Präs-787/79                      Familienbeihilfen aus Anlaß der Geburt eines Kindes; Anhebung des Beihilfensatzes.
- 5) Präs-701/79                      Verbesserung der besoldungsrechtlichen Stellung der Bediensteten in handwerklicher Verwendung.
- 6) Präs-1085/79                      Treueentschädigung für Vertragsbedienstete.

### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 7) K-15/79                              Fassadenaktion 1979, I. und II. Abschnitt; Mehraufwand durch Folgeleistungen.

### BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 8) SH-3420/74                      Einführung einer mobilen Hauskrankenpflege; Ankauf eines Pkw's.
- 9) ÖAG-6732/79                      Ankauf von zwei Gelenkbussen für den städtischen Verkehrsbetrieb.  
Stadtwerke

### BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 10) Bau5-4160/77                      Umbau Altes Stadttheater; Finanzierung; Ergänzung der GR-Beschlüsse vom 1. 3. und 18. 10. 1979.
- 11) Bau4-5000/75                      Neubau Zwischenbrücken; Mittelfreigabe 1979; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 3. 1979.
- 12) Bau6-6488/76                      Kanalisation Münichholz - Schumannstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 13) Bau3-6442/75 Fußgängerübergang Landeskrankenhaus Steyr; Mittelfreigabe.  
Bau3- 573/76
- 14) Bau3-5081/79 Gehsteigerstellung zwischen Forum und Bildungszentrum  
En- 6143/79 der Arbeiterkammer sowie Beleuchtung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 15) VerkR-489/76 LiWeSt-Kabel-TV-Studien- und Forschungsgesellschaft mbH;  
Einzahlung von weiteren 50 % der Vermögenseinlage.
- 16) Ha-4020/79 Voranschlag 1980.
- 17) VerkR-7096/79 Erinnerung zum Voranschlag 1980.  
VerkR-7097/79

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Beamtenschaft und der Presse, ich darf Sie heute zur letzten GR-Sitzung im Jahre 1979 begrüßen, in Anbetracht der notwendigen Maßnahmen, die damit verbunden sind. Es ist die wichtigste Sitzung im Jahr, auch im Hinblick auf das kommende Jahr. Ich stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit eindeutig gegeben ist. Ich habe auch eine Entschuldigung vorgemerkt, ich habe heute die Nachricht erhalten, daß Stadtrat Zöchling wegen Erkrankung der Sitzung nicht beiwohnen kann. Wir wünschen ihm baldige Besserung.

Zum weiteren Ablauf der Sitzung müssen wir nunmehr die Protokollprüfer festlegen. Es werden vorgeschlagen die Herren Gemeinderäte Leithenmayr und Hochrather. Ich sehe, daß beide Herren mit Kopfnicken die Zustimmung erteilen und danke für die Übernahme dieses Geschäftes.

Damit kann ich feststellen, daß die Sitzung auch für qualifizierte Beschlüsse die nötige Anwesenheit aufweist. Zur Tagesordnung selbst darf ich sagen, habe ich vorher noch einige Mitteilungen bekannt zu geben und zur Kenntnis zu bringen, die ich doch für wesentlich halte, damit sie in die heutige Protokollfassung eingebunden werden und Sie davon Kenntnis haben.

Ein Brief vom 27. November dieses Jahres vom neuen Bautenminister Sekanina ist mir zugegangen auf Grund einer Zuschrift, in dem er mitteilt, daß die Verkehrslichtsignalanlage für die Einmündung des Wiesenberges in die Seifentruheumfahrung bereits am 9. November 1979 vergeben wurde. Es haben sich bei der Auftragsvergabe verschiedene Erschwernisse herausgestellt, die geprüft, behandelt und erledigt werden mußten. Es ist der Auftrag auf Grund der Erkundigungen, die wir bei der Landesbaudirektion eingeholt haben tatsächlich schon vergeben. Wir können daher hoffen, daß dort in Bälde eine Signalanlage errichtet wird, wo es sicherlich aus neuralgischen Gründen erforderlich wird. Ich habe darüber hinaus dem neuen Bautenminister in meinem Brief auch die Bitte übermittelt, er möge nach Steyr kommen, denn ich glaube, wir haben genügend Probleme und Projekte, die in das Bautenministerium hineinfallen bzw. von diesem auch zur Behandlung kommen müssen und daher wird – so hoffe ich – im Jahre 1980 eine diesbezügliche Aussprache in Steyr stattfinden können.

Zweitens wäre ich verpflichtet, Ihnen gemäß Gemeinderatsbeschluß vom Jahre 1977 zum Entwicklungskonzept einen entsprechenden Bericht zu geben. Ich glaube, es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt dazu, es ist in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden geplant, im Jänner einen entsprechenden Bericht zum Entwicklungskonzept vorzulegen und aus diesem Bericht heraus wird sich ergeben, daß verschiedene Maßnahmen, die geplant waren, vollzogen sind, daher eine Revision des Inhaltes des Konzeptes in verschiedenen Punkten erforderlich werden wird. Wir werden Sie zeitgerecht mit dieser Problematik beschäftigen und die Gründe darlegen.

Weiters wäre nunmehr eine Umstellung der Tagesordnung vorzunehmen und dazu hat sich bereits Kollege Schwarz gemeldet.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich stelle den Antrag auf Umstellung der Tagesordnung, und zwar in der Form, daß die Punkte "Voranschlag 1980" und "Erinnerung zum Voranschlag 1980" zu Beginn der heutigen Sitzung in Behandlung kommen soll. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung und ich glaube, daß aus organisatorischen Gründen dieser Sitzungsablauf günstiger ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Erhebt sich zu diesem Antrag ein Widerspruch? Ich sehe, das ist nicht der Fall, es zeigt niemand auf, somit dürfen wir diese Umstellung wie berichtet und beantragt vornehmen. Ich danke Ihnen. Es ist eine weitere Wortmeldung zur Tagesordnung vorliegend. Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gemäß § 38 Abs. 2 b stelle ich im Einvernehmen mit den anderen Fraktionen des Gemein-

derates den Antrag, den Verhandlungsgegenstand, Geschäftszahl 489/76, betreffend die Einzahlung von weiteren 50 % der Vermögenseinlage der Stadt in die LiWeSt-Kabel-TV-Studien- und Forschungsgesellschaft mbH von der Tagesordnung abzusetzen. Der Gemeinderat wünscht vor Beschlußfassung eine eingehende Information durch die LiWeSt. Ich bitte den Vorsitzenden, über den Antrag, der zu seiner Annahme die Zweidrittelmehrheit des Gemeinderates bedarf, abstimmen zu lassen. Ich ersuche, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Antragstellung. Erhebt sich ein Widerspruch gegen den Antrag zur Absetzung dieses Tagesordnungspunktes? Ich sehe, es zeigt niemand auf, es gibt auch keine Enthaltung dazu, wie ich erkenne, somit ist dieser Tagesordnungspunkt einstimmig von der heutigen Sitzung gestrichen. Wir schreiten weiter in der Behandlung der heutigen Sitzung und hier muß ich zur Kenntnis bringen, daß mir ein schriftlicher Dringlichkeitsantrag vorliegt, der von allen Mitgliedern des Gemeinderates unterfertigt ist, und der sich mit einer Resolution beschäftigt, zu der auch ein Amtsbericht vorliegt, betreffend die S 37. Ich habe mir erlaubt, zu diesem Punkt selbst zu referieren, ich werde Sie aber vorher bitten, nachdem die genügende Zahl von Unterschriften vorliegt, ist der Antrag zu behandeln. Wenn Sie mit Zweidrittelmehrheit beipflichten, so wird er vorrangig zu Beginn der Sitzung in Behandlung genommen.. Haben Sie dagegen einen Einspruch? Das ist nicht der Fall. Ich darf also hier konstatieren, daß alle Gemeinderatsmitglieder zur sofortigen Behandlung des Dringlichkeitsantrages stehen. Ich bitte nun um Vorsitzübernahme durch Kollegen Schwarz, um meinen Bericht vorbringen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Das Problem der S 37 ist uns allen nicht neu. Wir sind seit langen Jahren mit dieser Frage befaßt und es hat sich auch niemals ein Widerspruch zu der Frage ergeben, daß sie notwendig ist. Es ist nunmehr schon erwiesen durch Aussagen verschiedener Einrichtungen, zum Beispiel aus einem Bericht des österreichischen Institutes für Raumplanung und aus einem Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Regional- und Gemeindeplanung über die Raumordnung Steyr-Umland und untere Enns geht hervor, daß diese Straßenverbindung als Anbindung einerseits zur Autobahn, andererseits zum Zentralraum Oberösterreichs eine unabdingbare Notwendigkeit für die Entwicklung unserer Region und unseres Bezirkes insgesamt gesehen ist. Es wurde auch nie vom Bund und auch nicht vom Land Oberösterreich bestritten, daß die Dringlichkeit dieser Frage gegeben sei. Es hat sich nur insofern erschwert, als ursprünglich bei den Planungsaufgaben zu viele Varianten in Erwägung gezogen wurden, daß sich nunmehr eine Konzentration auf wenige Varianten ergeben hat, sodaß – so glaube ich – jetzt die Entscheidungen zu treffen sind. Es wird Ihnen im Anschluß eine Resolution zur Kenntnis gebracht, die auch schriftlich vorliegt, in der all das ausgesagt wird, was uns in dieser Frage bewegt. Gestatten Sie mir aber auch als Bürgermeister und als Ihr Vorsitzender in der GR-Sitzung einiges zu sagen und ich hoffe, daß das auch die Presse in entsprechender Weise öffentlich weitergibt. Wir Steyrer haben uns nie in Angelegenheiten anderer Gemeinden eingemengt, wir haben uns nie eingemengt in Dringlichkeitsreihungen von Maßnahmen und Vorhaben, die andere Gemeindeväter glauben, für Ihre Gemeinde vornehmen zu müssen. Wir müssen uns auch mit aller Energie dagegen zur Wehr setzen, daß Außenstehende, die in Steyr keine Verantwortung tragen und tragen können, sich anmaßen, über die Wertigkeit dieser Schnellstraße eine Aussage zu machen. Es ist geradezu lächerlich, wenn man behauptet, daß nur einige Lkw die Straße von Steyr nach Enns und umgekehrt benützen, es ist geradezu lächerlich, wenn man behauptet, der Raum Steyr braucht diese Schnellstraße, die sicherlich nicht billig sein wird, in der nächsten Zeit nicht. Wir wissen, daß wir eine neue Motorenwerksfabrik im Bau haben, Sie wissen, daß die Beschäftigung der

Steyr-Werke gegenwärtig außerordentlich gut und hoch ist und wir können hoffen, wenn wir diese Direktanbindungen, so wichtige Verkehrswege wie Westautobahn bekommen, das Interesse der gesamten Wirtschaft für Ansiedlungen steigen kann. Ein Beweis dafür ist ein Gespräch, das ich kürzlich mit einem namhaften Leiter eines Unternehmens führen konnte, daß die Ansiedlung der Motorenfabrik unter Umständen noch nicht der letzte Schritt sein braucht. Unter diesen Aspekten gesehen halte ich es für frivol, wenn andere uns diese Möglichkeiten einfach wegnehmen wollen. Ich bin überzeugt, daß gerade die Bewohner der Gemeinde Hargelsberg wissen, warum sie ihre Stimme gegen die Trassierung einer S 37 erheben. Die Gründe sind für uns nicht entscheidend, entscheidend für uns ist, was wir in Steyr benötigen und es müssen nun Instanzen gefunden werden, die über die Interessen aller Beteiligten hinaus endgültig eine Maßnahme setzen, die diesem schwebenden Zustand, der leider Gottes schon zu lange dauert, ein Ende setzt. Aus diesem Grunde möchte ich, beruhend auf dem vorliegenden Amtsbericht, eine Resolution beantragen, die Sie beschließen, die Sie beschließen mögen, weil sie im Interesse der Stadt Steyr genauso liegt wie im Interesse des gesamten Umlandes und des Hinterlandes. Diese Resolution lautet:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Resolution beschließen:

Die Stadt Steyr erhebt neuerlich mit Nachdruck die Forderung, daß die im Straßenausbaukonzept des Bundes vorgesehene Schnellstraße 37 von Asten nach Steyr unverzüglich errichtet wird. Sie weist darauf hin, daß der erste Bauabschnitt von Steyr nach Norden ausgehend bereits vorverhandelt ist und daher ohne Verzug in Angriff genommen werden soll. Eine endgültige Entscheidung über die gesamte Trassenführung kann nicht mehr weiter hinausgeschoben werden. Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Raumes Steyr, der nicht nur das Stadtgebiet allein umfaßt, sondern auch das oberösterreichische Ennstal und das Steyrtal, wäre durch eine weitere Hinauszögerung des Baues dieser wichtigen Straßenverbindung auf schwerste gefährdet. Hier geht es nicht um die Interessen einiger sicherlich betroffener Grundbesitzer, sondern um die wirtschaftliche Existenz einer Bevölkerungsgruppe Oberösterreichs, die mehr als 50.000 Bewohner umfaßt.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ist sich im klaren, daß die Interessen des Einzelnen im Rahmen unserer österreichischen Rechtsordnung in jeder Beziehung geschützt werden sollen. Nachteile, die durch die S 37 entstehen, sind den Betroffenen voll abzugelten. Diese Nachteile jedoch zum Vorwand zu nehmen, einer der wirtschaftlich aktivsten Landesteile eine notwendige moderne Straßenverbindung nicht zu geben, muß abgelehnt werden. Der Gemeinderat der Stadt Steyr erwartet daher eine klare Aussage des Bundes und des Landes über den Bau der S 37 und eine endgültige Entscheidung über die gesamte Trassenführung. Die Grundeinlösungsverhandlungen und der Bau wären zielführend zu beginnen. Jede andere Entscheidung würde von der Stadt Steyr und ihrer Bevölkerung nicht mehr verstanden und daher auch nicht mehr akzeptiert werden.

Die Wirtschaft der gesamten Region hängt sehr stark von modernen Verkehrsverbindungen ab. Ohne leistungsfähige Straßen wird daher eine zukünftige Entwicklung immer mehr erschwert werden. Hierbei muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftsregion Steyr und das Enns- und Steyrtal nach dem Zentralraum Linz die höchste wirtschaftliche Wertschöpfung in Oberösterreich aufweisen. Eine Verhinderung des Baues der Schnellstraße 37 wäre daher nicht nur für unsere Region sondern für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Bundeslandes Oberösterreich abträglich.

Ich bitte Sie, dieser Resolution die Zustimmung zu geben und ich hoffe, diese Bitte nicht umsonst ausgesprochen zu haben.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage, ob zu dieser Resolution jemand das Wort wünscht? Ich sehe, es liegt keine Wortmeldung vor. Wenn Sie dieser Resolution die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht der Fall, damit liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor. Ich danke Ihnen herzlich dafür. Herr Bürgermeister ich darf damit wieder den Vorsitz zurückgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir kommen damit zu der Ihnen zugestellten Tagesordnungsabwicklung. Als erster Berichterstatter wird hier Kollege Schwarz das Wort ergreifen.

Entschuldigung, ich wäre jetzt nach der zugestellten Tagesordnung vorgegangen, ohne Berücksichtigung des gestellten Umstellungsantrages. Natürlich hat nunmehr der Finanzreferent mit seinen Ausführungen zum Budget 1980 das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben uns heute mit der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1980 zu befassen, welcher gemäß § 50 Abs. 3 des Stadtstatutes auch zur Einsicht aufgelegt ist. Diese Auflage erbrachte eine Erinnerung zum Budget 1980, mit Schreiben vom 28. 11. 1979 von Herrn Ing. Brandstätter, welcher sich in dieser Erinnerung auf Beschränkungen im Fahrzeugverkehr im Bereich der Punzerschule und der Hauptschule Ennsleite bezieht. Da diese Erinnerung mit dem Voranschlag nicht im unmittelbaren Zusammenhang steht, richte ich an Sie folgenden Antrag:

17) VerkR-7096/79

VerkR-7097/79

Erinnerung zum Voranschlag 1980.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die formell richtig eingebrachte Erinnerung des Ing. Brandstätter zum Budget 1980, betreffend Maßnahmen zur Beschränkung des Fahrzeugverkehrs im Bereich der Punzerschule und der Hauptschule Ennsleite wird nach entsprechenden Vorerhebungen durch die Mag. Abt. I dem gemeinderätlichen Verkehrsausschuß zur Beratung und Beschlußfassung zugewiesen.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Erhebt sich dazu eine Wortmeldung? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Es werden keine vorgebracht, damit ist dieser Antrag einstimmig zur Kenntnis genommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Nun zum Voranschlag 1980 selbst.

Die Erstellung des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1980 schafft die Grundlage für die Führung des Haushaltes in der Gemeinde. Das ist die Aussage des § 49 unseres Statutes für die Stadt. Die Wirtschaftspläne der Städt. Unternehmungen und die Voranschläge der von der Stadt verwalteten Fonds, denen keine Rechtspersönlichkeit zukommt, sind ein Bestandteil des Voranschlages. Seine Bedeutung geht aber unbestritten weit darüber hinaus. Er stellt vordergründig, der Bevölkerung gegenüber, eine Aussage unseres kommunalpolitischen Willens bzw. dessen Ziele dar. Er zeigt auf, welche Summen sich als Pflichtausgaben überhaupt unserer Beschlußfassung entziehen. In gleicher Weise wird in diesem die Notwendigkeit der Kreditaufnahme zur Schau gestellt und läßt damit den Grad der finanziellen Gesundheit und Leistungskraft der Stadt, bzw. die Grenzen erkennen, welche zwischen dem politischen Willen und der finanziellen Realisierbarkeit liegen. Der Voranschlag soll letzten Endes, hart erarbeitet und von Ihnen beschlossen, die finanzielle Leitlinie für all unsere Beschlüsse das ganze Jahr über sein, von der man sich aber auch nur in ganz besonders dringenden Fällen entfernen sollte.

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Verzeihen Sie mir diese wenigen Sätze, die für einen erfahrenen Kommunalpolitiker Binsenwahrheiten darstellen, am Anfang meiner Ausführungen. Ich sehe die Begründung in der Tatsache dafür gegeben, daß mit der ersten Budgeterstellung in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates, mehr als ein Drittel neu in den Gemeinderat entsandter Gemeinderäte damit konfrontiert sind.

Lassen Sie mich, kurz bevor ich Details aufzeige, mit den Grundlagen und Zwängen, die das Zahlenwerk geprägt haben, auseinandersetzen.

Der Voranschlag 1980 ist als ein wesentlicher Teil einer kommunalen Zielsetzung zu sehen, die über mehrere Jahre hingehet und heißt "Jubiläumsjahr 1000 Jahre Steyr". Diese Zielsetzung ergibt zwar als äußere Erscheinung eine Vielfalt von Veranstaltungen und Festivitäten im Jubiläumsjahr, der Kern und wesentliche Gehalt dieser Planung aber

ergab und ergibt sich auch im Jahr 1980, in einem renovierten und zum Teil revitalisierten Stadtkern, der Beseitigung struktureller Mängel, die Neuschaffung von Einrichtungen für die Befriedigung von Wünschen seiner Bewohner und die kräftige Belegung der heimischen Wirtschaft, der Sicherung heimischer Arbeitsplätze, insbesondere des Bau- und Baunebengewerbes. Diese Zielsetzung bringt natürlicherweise einen Ausgabenrahmen mit sich, der sich finanziell wesentlich höher gestaltet als dies in manch anderem Jahr vertretbar wäre. Diese Tatsache findet natürlich in einer in dieser Höhe nicht als lange fortsetzbaren Kreditaufnahme ihren Ausdruck. Bedenken Sie nur, daß wir im momentanen Rechnungsjahr 89,4 Mill. Schilling Kredite aufgenommen haben, und das nach dem Nachtragsvoranschlag 1979. Das Fazit daraus ist, die Leitlinie bei der Erstellung der Voranschläge in den nächsten Jahren muß sein, nie das vertretbare Ausmaß der Kreditaufnahme zu überschreiten. Dieses unabdingbare Ziel zu verwirklichen, bedarf nicht nur des Willens und Könnens der für die Finanzen der Stadt unmittelbar Verantwortlichen, sondern Ihrer aller politischen Weitsicht und Vernunft im Ausdruck der dementsprechenden Beschlüsse.

Der heute von Ihnen zu beschließende Voranschlag trägt diesem Umstand in seinen Ansätzen Rechnung. In den nächsten Jahren ist zwar die Notwendigkeit der Realisierung vieler kommunaler Notwendigkeiten, wie die Bereitstellung ausreichender Mengen von Trinkwasser, die Beseitigung der Abwässer - im Klartext der Kanalbau, - die Müllbeseitigung und die Bewältigung der Verkehrsprobleme, um nur die kostenträchtigen zu nennen, zu sehen. Die Aufbringung der hierzu notwendigen Mittel hingegen stellt ein Problem dar, dessen Bewältigung ohne vermehrte Hilfe des Landes und Bundes nicht möglich sein wird, sollte nicht die Gemeinde in eine nicht mehr zu verkraftende Verschuldung getrieben werden. Die zitierten Vorhaben allein stellen schon die Bereitstellung von mehreren hundert Millionen Schilling für den AoH der nächsten Jahre dar. In diesem Licht gesehen, sind die angekündigten Kürzungen der freien Förderungsausgaben um 30 % und überdies eine Kreditsperre von 20 % im Voranschlag des Landes eine Hiobsbotschaft, deren Auswirkungen erst am Ende des Jahres 1980 in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen sein werden. Doch wird Näheres dazu im Motivenbericht zum Ergänzungsantrag zum Voranschlag 1980 noch zu sagen sein. Auch das Sparbudget des Bundes kann nicht ohne Rückwirkung auf Vorhaben bleiben, in denen Bundeszuschüsse inkludiert sind.

Die weltweite eminente Verteuerung der Energie, die alles andere als erfreuliche Situation in den Erdölgebieten und die daraus sich ergebende allgemeine Wirtschaftssituation, die sich, ob wir es wollen oder nicht, in unseren Voranschlägen niederschlägt, machen eine weiterreichende Finanzplanung fast unmöglich und sind damit ein Grund für eine zumindest vorsichtige Zurückhaltung.

Diese meine Ausführungen mögen Sie bedenken, wenn mancher Ihrer Wünsche nicht in der gewünschten Höhe oder gar nicht in diesem Voranschlag seinen Niederschlag fand. Das kommende Jahr 1980, in dem der Name Steyr 1000 Jahre geschichtlich existent ist, ist als ein Jubeljahr programmiert. Der heute von Ihnen zu beschließende Voranschlag ist aber sicher kein Jubel-Voranschlag, er sieht aber trotzdem in vielen Positionen jene Mittel vor, die uns in die Lage versetzen, mit der Steyrer Bevölkerung, die diese Gelder erarbeitet hat, dieses Jubiläum in gezielter Form zu feiern.

Im Gesamten gesehen ist dieser Voranschlag, trotz der darin geübten Vorsicht, so gestaltet, daß dieser wieder kräftige Impulse der Steyrer Wirtschaft geben wird. Die Ansätze bei den Einnahmen und Ausgaben sind so gestaltet, daß auch der in einem Jahr zu erstellende Voranschlag eine gesunde finanzielle Grundlage zu seiner Gestaltung vorfinden wird. Nach diesen Prinzipiellen Aussagen darf ich mich nun dem Zahlenwerk selbst zuwenden. Der Voranschlag 1980 ist gemäß Statut der Stadt Steyr erstellt worden. Alle gesetzlichen Auflagen und Termine seiner Einbringung wurden genau beachtet, das heißt, daß formalrechtlich alle Voraussetzungen für seine Beschlußfassung gegeben sind. Als Finanzreferent habe ich mich bemüht, die Wünsche bezüglich des Voranschlages aller Fraktionen im Gemeinderat zu erfahren. Sie wurden weitestmöglich in das zur Beschlußfassung vorliegende Zahlenwerk eingearbeitet, um damit eine womöglich große Konsensmöglichkeit herzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich will nun mit der Erläuterung der wesentlichsten Fakten des Voranschlages beginnen.

Der ordentliche Haushalt sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 369,113.600 vor und ist somit ausgeglichen, der außerordentliche Haushalt Einnahmen von 67,197.900 und Ausgaben in der Höhe von S 92,330.000 und weist somit einen Abgang von S 25,132.100 auf. Der Gesamthaushalt ergibt somit eine Gesamtsumme von S 461,443.600, . Durch Ausscheiden der im ordentlichen Haushalt enthaltenen Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen in der Höhe von S 23,100.000,- ergeben sich Reineinnahmen von S 413,211.500,- und Reinausgaben von S 438,343.600,-. In diesen Summen sind noch die im ordentlichen Haushalt vorgesehenen Mittel zur Teildeckung des außerordentlichen Haushaltes in der Höhe von S 22,557.900 und Rücklagenzuführung per Saldo in Höhe von S 445.000,- enthalten. Der wirksame Aufwand beträgt S 410,505.700,- und der Finanzertrag der Gebarung S 385,818.600,-. Sollten für die Bedeckung des Abganges von S 25,132.100,- Einsparungen nicht möglich sein, so müßte sich die vorgesehene Kreditaufnahme um diesen Betrag erhöhen. Im Vergleich mit dem Vorjahr können die Einnahmen und Ausgaben in ihrer Entwicklung als kontinuierlich bezeichnet werden. Beim aoH ist durch den Wegfall des Baues der Brücken, der Stadthalle und der Restaurierung des Stadttheaters eine wesentliche Reduzierung von S 165,722.000,- laut Nachtragsvoranschlag 1979 auf S 92,330.000,- eingetreten. Der Finanzertrag weist gegenüber 1979 inklusive Nachtragsvoranschlag einen um S 88,278.000,- niedrigeren Betrag auf und ist bedingt durch die geringer vorgesehene Darlehensaufnahme für das Jahr 1980 bzw. durch den bereits erwähnten reduzierten Ausgabenrahmen im aoH. Es bedeutet dies zugleich die Senkung des wirksamen Aufwandes um 64 Millionen Schilling.

Nun zum ordentlichen Haushalt selbst.

Der ordentliche Haushalt sieht Ausgaben in der Höhe von S 369,113.600 vor, davon sind 334,893.600,- Schilling Pflichtausgaben oder 90,73%, mit besonderer Anordnungsbeschränkung S 27,461.000,-, das sind 7,44 % und einmalige Ausgaben in der Höhe von S 6,759.000,- oder 1,83 %. Nur 9,27 %, das sind S 34,220.000,- des ordentlichen Haushaltes unterliegen einer weiteren Beschlußfassung durch den Gemeinderat.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes bzw. ihre Herkunft und Art verdienen eine besondere Beachtung.

Die eigenen Steuern und Abgaben- und Ertragsanteile, mit einer Summe von S 273,971.000, machen allein 74,2 % der Einnahmen aus, wobei die eigenen Steuern und Abgaben in ihrem Aufkommen sich mit den Abgabenertragsanteilen fast die Waage halten. Im Vergleich zum Vorjahr wird hier im Gesamtaufkommen eine Steigerung von S 10,300.000,- oder 3,9 % angenommen. Die eigenen Steuern sollen bei der Grundsteuer B ein Mehr von S 500.000,- gegenüber 1979 bringen, während die Gewerbesteuer mit 35 und die Lohnsummensteuer mit 50 Millionen unverändert angenommen werden. Die Anzeigenabgabe soll S 700.000,-, die Getränkesteuer 13 Mill., die Lustbarkeitsabgabe S 530.000,-, die Gebrauchsabgabe S 1,1 Millionen, die Verwaltungsabgabe S 1 Mill., die Kanalbenützungsgebühr 13,5 Mill. und die Müllabfuhr 4,4 Mill. erbringen. Diese zuletzt aufgezeigten Absätze weisen gegenüber den Vorjahren nur unbedeutende Veränderungen auf bzw. werden sie unverändert angenommen. Hingegen wird das Aufkommen der Abgabenertragsanteile gegenüber dem Voranschlag 1979 eine Steigerung von 5,5 Mill. aufweisen, gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1979, der zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht zur Verfügung stand, eine Minderung von 2,727.000 Schilling.

Die Einnahmen aus Leistungen - sie betreffen die Vieh- und Fleischbeschaugebühren, die Gastschulbeiträge, Kindergartenbeiträge, Eintrittsgebühren, Leihgebühren, Kostensätze, Altersheimgebühren und die Leistungen des Wirtschaftshofes - sollen 67,990.000 Schilling erbringen, dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 3,38 Mill. S. Die Transfer-Einnahmen, sie betreffen Zuschüsse, Zuwendungen, Beiträge und Beihilfen, sollen rund S 700.000,- mehr, und zwar S 7,158.000,-,erbringen. Ansätze von wesentlicher Bedeutung stellen nur mehr die Rückzahlung investitionsfördernder Darlehen mit 2,9 und der Kapitaltransfer mit 2,3 Millionen Schilling dar. Die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes gliedern sich in Personal- und Sachaufwände und sind in dieser Form im Vor-

anschlagswerk enthalten. Die ziffernmäßig größte Ausgabe die Personalkosten, verdienen aber eine nähere Betrachtung. Die Leistungen für das Personal betragen S 137,938.000,- gegenüber S 128,214.000,- im Jahre 1979 laut Voranschlag, dies ist eine Erhöhung um 9,724.000 Schilling oder 7,58 %. Diese Erhöhung ist einerseits bedingt durch die mit 1. 1. 1980 eintretende Lohn- und Gehaltserhöhung von 4,2 % und eine noch beim Dienstpostenplan zu besprechende Erhöhung im Soll- und Iststand. Die Pensionen und sonstige Ruhebezüge werden unverändert mit 19.5 Mill. angenommen. Die Aufwandsentschädigungen an Funktionäre erhöhten sich in Anlehnung an die Gehaltserhöhung um 200.000,- gegenüber 1979 auf S 5,000.000,-. Zu der oft wiederkehrenden Behauptung von Steyrs überhöhten Funktionärsbezügen gestatten Sie mir die Bemerkung, daß mit Ausnahme des hauptamtlich tätigen Bürgermeisters, dessen Bezüge als normal zu bezeichnen sind, alle anderen Funktionäre - im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung - sehr niedere Bezüge erhalten. Diese erreichen nur einen kleinen Bruchteil der im alten wie im neuen Statut vorgesehenen Sätze.

Beim Sachaufwand steigen die Kosten der Verbrauchsgüter von 18,9 Mill. auf 21,7 Mill. Schilling gegenüber 1979 an. Im Verwaltungs- und Betriebsaufwand, der mit 82,8 Mill. um 7,64 Mill. höher als 1979 anzusetzen ist, findet ein Teil der Steigerung der Energiekosten im oH ihren Ausdruck.

Die Tilgung der Investitionsdarlehen erfährt eine Erhöhung von 776.200 Schilling. Die Zuschüsse an die nettoveranschlagten Unternehmungen müssen leider auch eine Erhöhung von 1 Mill. auf 5,3 Mill. gegenüber 1979 erfahren. Das sind, beim Namen genannt, die Zuschüsse für die Betriebsabgänge bei den städtischen Bädern und bei der Kunsteisbahn und dergleichen mehr. Die Zuführung an Rücklagen steht mit 5,28 Mill. Schilling hier zu Buche. Nach Aufzählung der wesentlichsten Posten sei noch erwähnt, daß bei Erarbeitung der Ansätze für den Sachaufwand mit aller nötigen Sparsamkeit zu Werke gegangen wurde. Um das Bild des ordentlichen Haushaltes zu vervollständigen, muß ich Sie, meine Damen und Herren, noch mit Aussagen zum Zuschußbedarf bei den einzelnen Verwaltungszweigen konfrontieren. Der Zuschußbedarf im Vertretungskörper und der allgemeinen Verwaltung wurde mit S 60,162.000,- sparsam gegenüber dem VO 1979 mit 60,846.000,- angenommen. Die öffentliche Sicherheit erfuhr eine unbedeutende Zuschußerhöhung auf 4,653.500 gegenüber 4,549.500 Schilling.

Verwaltungszweig Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft wird 39,902.500 gegenüber 38,229.300 im Jahre 1979 erfordern. Bei den Schulen steht an der Spitze der Zuschußbedarf der Hauptschulen, mit einer Erhöhung um 1,353.000,- auf 6,985.000 gegenüber 5,632.000 im Jahre 1979, gefolgt von den berufsbildenden Pflichtschulen mit einer Erhöhung von 2,7 Mill. im Jahre 1979 auf 3,1 Mill. Ein Spitzenreiter im Zuschußbedarf dieses Verwaltungszweiges stellen zweifelsohne die Posten Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte dar, die zusammen den Betrag von S 11,555.500 ausmachen. Nicht laut genug kann unser Appell an das Land ertönen, sich nicht hinter einer Formel der Kostenbeteiligung zu verstecken, die eine 75 % Tragung der Kindergartenkosten vorspiegelt und nicht einmal eine 30 %ige erreicht. Das Nahziel muß sein, eine echte 75 %ige Übernahme der Kindergartenkosten durch das Land! Das Fernziel der kostenlose Kindergarten als echte soziale Leistung des Landes. Die Befreiung der Eltern von den Kindergartenbeiträgen werden mehr Kinder in die Kindergärten bringen, nicht die freie Fahrt zum Kindergarten. Erst wenn die Gemeinden von den großen Lasten der Betriebskosten weitgehend befreit sind, werden sie in der Lage sein, durch Schaffung neuer Kindergärten jedem Kind dort einen Platz und den Absolventinnen der Kindergärtnerinnenschulen einen Arbeitsplatz zu sichern!

Der Zuschußbedarf beim Zweig Kunst, Kultur und Kultus erfährt die Erhöhung von 4,840.500 auf 8,154.500,-. In der Erhöhung von 3,313.500 S gegenüber 1979, ist ein großer Teil der Kosten für die Durchführung der 1000-Jahrfeier enthalten, aber auch die Folgekosten erhöhter Möglichkeiten durch neu geschaffene bzw. revitalisierte Kultureinrichtungen.

Der Zuschuß der Sportanlagen, Heime und der Halle erreicht zusammen den Betrag von

S 1,455.500 gegenüber 1,733.000 im VO 1979.

Die Volkshochschule erfordert im Jahre 1980 den Betrag von S 852.000,- gegenüber 774.500 im Jahre 1979. Die Bücherei erfordert S 1,483.000, also um S 257.000,- mehr als im Vorjahr. Die Musikschule erfordert gegenüber 1979 leicht erhöht S 1,052.000,-. Bei Einrichtungen der darstellenden Kunst, sprich Stadttheater, wird sich die Richtigkeit des mit S 1,543.000,- angenommenen Zuschußbedarfes über eine gewisse Toleranzgrenze hinaus erst erweisen müssen, da aus der Zeit vor dem Umbau Abrechnungsergebnisse nur teilweise tauglich sind, fundierte Aussagen in dieser Richtung zu machen. Die Soziale Wohlfahrt und die Wohnbauförderung erfahren eine Erhöhung des Zuschußbedarfes um 1,630.500 auf S 40,271.000,- gegenüber 38,640.500,- im Nachtragsvoranschlag 1979, gegen den Voranschlag 1979 sogar um 5,306.000 Schilling. Fast 16.000.000 Schilling Zuschuß erfordert die Unterbringung und vor allem die Pflege unserer alten Mitbürger im Zentralaltersheim. Die Erhöhung gegenüber 1979 um 3,224.000 Schilling ist nicht nur in einer Lohnerhöhung und in gestiegenen Preisen zu suchen, sondern in einem immer größer werdenden Prozentsatz der Pflegebedürftigen gegenüber normalen Heiminsassen und einer äußerst sozialen Tarifgestaltung. Im Gesamtzuschuß dieses Zweiges soziale Wohlfahrt kommen auch der Zuschußbedarf der Aktion "Essen auf Rädern" und die Hauskrankenpflege, die Kosten der allgemeinen Wohlfahrtspflege, wie auch alle freiwilligen Unterstützungsaktionen der Gemeinde, wie Brennstoffaktion und dergleichen mehr, zum Tragen.

Im Kapitel Gesundheit, mit einem Bedarf von Zuschüssen in der Höhe von S 11,915.000 ist der Krankenhausbeitrag mit 9 Mill. unverändert gegen 1979 enthalten.

Die Müllbeseitigung wird im Gegensatz zum Vorjahr wieder einen Zuschuß von S 274.000 bedürfen. Die enorme Summe von 7,1 Mill. verschlingt die Straßenreinigung, die Park- und Gartenanlage sowie Spielplätze verlangen S 4,986.000,-. Lag der Zuschußbedarf zur öffentlichen Beleuchtung 1978 knapp über 4 Millionen, so wird es 1980 bereits des Betrages von S 5,288.000,- bedürfen.

Bevor ich die Betrachtungen des ordentlichen Haushaltes abschließe, bedarf es noch der Aussage über das Kapitel Finanzwirtschaft. Für die Landesumlage ist der Betrag von S 18 Mill. vorzusehen. Für den Zinsendienst 19,5 Mill. und die Tilgung 6,720.000, das heißt, für den gesamten Schuldendienst sind 25,920.000,-, also rund 26 Millionen, erforderlich.

Der Schuldenstand der Stadt beträgt Anfang Dezember 1979 253 Mill. und wird mit der für 1980 vorgesehenen Kreditaufnahme von rund 33 Mill. S 286 Mill. erreichen, was eine Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung zwischen 7.100 bis 7.200 ausmachen wird. Diese Verschuldung ist sicher nicht erfreulich, die Beurteilung aber, ob Steyr schwer verschuldet ist, läßt sich nur in Relation zu anderen Städten sehen. Hier schneidet Steyr aber bemerkenswert gut ab, sind doch Pro-Kopf-Verschuldungen von S 12.000,- der Durchschnitt. Bei Betrachtung der Verschuldung glaube ich, ist aber der Verwendungszweck der aufgenommenen Kredite das wesentliche Kriterium. Wurden doch für den Bau der Brücken S 45,000.000,-, für das Stadttheater S 24,000.000,-, den Stadtsaal S 26,000.000,-, das Alte Stadttheater S 55,000.000,-, die Fußgängerübergänge S 7,800.000,-, für Bad und Sauna S 10,000.000,-, für HAK und HASCH S 76,300.000,- und S 13 Mill. allein im Jahre 1979 für Altstadtanierung bzw. Erhaltung, das sind zusammen S 256,100.000,-, ausgegeben. Wenn Sie, sehr verehrte Damen und Herren, diese Ausgaben betrachten, werden Sie mir beipflichten, daß jeder dieser Posten als Investition für die nächsten Jahrzehnte zu betrachten ist. So muß auch die finanzielle Belastung über längere Zeit gesehen werden. Da aber die laufenden kommunalen Aufgaben nicht kleiner werden und die Konturen des Finanzbedarfes, welche im aoH näher besprochen wurden, mit mehreren hundert Millionen für die nächsten Jahre bereits sichtbar sind, darf ich auf meine Ausführungen über die Grenzen der Kreditaufnahme am Anfang meiner Ausführungen hinweisen und hier die Feststellung treffen, die Finanzsituation der Stadt ist, wenn die Kreditaufnahme den gegebenen Rahmen nicht überschreitet, als relativ gut zu bezeichnen.

Nun zum außerordentlichen Haushalt. Er sieht auf seiner Einnahmenseite die bereits im oH zitierte Zuführung aus diesem in der Höhe von S 22,557.900 vor. Durch Veräußerung von unbeweglichem Vermögen (Grundverkäufen) S 7,300.000,- und Entnahme aus Rücklagen in der Höhe von S 4,4 Mill. nebst einem Kapitaltransfer von S 140.000,- und der Auf-

nahme von Darlehen in der Höhe von S 32,800.000,- ist die Art der Einnahmen im AoH dargestellt. Nachdem Ausgaben in der Höhe von S 92,330.000,- vorgesehen sind, ergibt sich ein Abgang von 25,1 Mill. S.

Für die Planung des Zeughauses für den Löschzug 5 und den Ankauf eines Löschfahrzeuges benötigt die Feuerwehr rund S 900.000,-. Der Sektor Schulen und Kindergärten erfordert für Planungen, Restaurierungen und Erweiterungen rund 2 Mill. Infolge von Rechnungsüberhängen und deren Abwicklung im Jahre 1980 stehen für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege S 6,5 Mill. zu Buche, davon 3 Mill. allein für das alte Stadttheater, eine Million soll an den Verein für die Durchführung der 1000-Jahr-Feier transferiert werden und dort als Mittel zur Durchführung und Ausfallshaftung für Veranstaltungen unter diesem Titel dienen. 6,8 Mill sind der allgemeinen Wohnbauförderung gewidmet. Den Schwerpunkt der Ausgaben im aoH bildet die Summe von S 36,8 Mill. für den Straßenbau, wobei der Anteil für Beiträge an den Bundesstraßenbau 5 Mill. und die Beiträge zu Landesstraßen S 500.000,- ausmachen. Der gemeindeeigene Straßenbau mit über 31 Mill. sieht allein für straßenbauliche Maßnahmen, die dem Schutze des Fußgängers dienen, 11 Mill. vor, so die Fußgängerüberführungen und die Schaffung von Fußgängerwegen, wie z. B. der Weg am Märzenkellerhang und Schloßleitenweg. 6 Mill. S benötigt der Straßenbau im Resthof und der Waldrandsiedlung, 4 Mill. sind der Wirtschaftsförderung gewidmet und 20,6 Mill. dem Kanalbau, wie der Erschließung neuer Brunnenfelder 2 Mill. Im Straßenbau, im Kanalbau, in der Wasserversorgung und in der Wirtschaftsförderung steckt ein erheblicher Teil des Finanzbedarfes im aoH, der für die Errichtung des BMW-Steyr-Motorenwerkes zugeordnet ist. Nämlich 1 Mill. für die Aufschließungsstraße zum Motorenwerk, 5 Mill. für Kanalisation, 4 Mill. für die Wasserversorgung und 3 Mill. Zuschüsse zur Errichtung des Motorenwerkes als Jahresrate, zusammen 13 Mill. Schilling.

Für Grundankäufe stehen 7 Mill. im Ansatz und für den Wohnbau 4 Mill., worin auch die erste Rate für den Bau des Siedlungszentrums Resthof beinhaltet ist.

Soweit eine Übersicht über die wesentlichsten Vorhaben des aoH. Aus dem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt gehen 106 Mill., aus dem Reinhaltverband 40 Mill., den städtischen Unternehmungen 20,7 Mill. und aus der GWG der Stadt Steyr über 92 Mill., das sind zusammen rund 260 Mill., direkt als Aufträge in die Steyrer Wirtschaft und werden wieder zu einem ganz erheblichen Teil dazu beitragen, daß im Handel und Gewerbe die Prosperität erhalten und die Arbeitsplätze in den Firmen gesichert sind.

Soweit, meine Damen und Herren, ist die Besprechung des Voranschlages für das Jahr 1980 abgeschlossen, es ist aber nötig, auch auf den Dienstpostenplan und auf die angeschlossenen Wirtschaftspläne, als Teil des Voranschlages, kurz einzugehen.

Der Dienstpostenplan sieht im Sollstand eine Erhöhung gegenüber 1979 um 9 Bedienstete vor und im Iststand um 17 Bedienstete. Ein wesentliches Merkmal für eine positive Zustimmung ist die Tatsache, daß es sich hier um keine Verwaltungsaufblähung handelt.

Die eingestellten oder einzustellenden Bediensteten stehen im Dienste einer Serviceleistung der Bevölkerung gegenüber. Der Sollstand am 1. 1. 1980 ist mit 735 gegenüber dem Iststand am 1. 10. 1979 mit 739 Bediensteten anzusetzen. Das ergibt eine Summe der Vollbeschäftigten von 722 und 13 Nebenberuflich Beschäftigten sowie 6 Teilbeschäftigte Nebenlehrer und 79 weiteren Teilbeschäftigten.

Der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung mit einem Vermögen von S 272.000,- ergibt einen Zinsenertrag von rund 10.000,-S, welcher an Stipendiaten zur Verteilung kam.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, hier sind S 73,720.000,- im Erfolgsplan eingesetzt. Die Verluste wurden im oH bei den Zuschüssen zu den netto veranschlagten Unternehmungen bereits besprochen. Im Finanzplan sind Investitionen von rund 20,7 Mill. vorgesehen. Davon 13 Millionen für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes, 3 Mill. für die Erneuerung des Gasrohrnetzes, desweiteren Beträge für Ankäufe von Geräten, für Instandhaltungsarbeiten und Aufforstungen im Brunnenschutzgebiet. Der Betrag von 3,2 Mill. für den Erweiterungsbau der Busgarage, eine Voraussetzung für die Erweiterung des Busverkehrs bzw. für den zusätzlichen Kauf der dazu notwendigen Fahrzeuge, auch das sei noch erwähnt.

Die Finanzierung der Investitionen ist mit Eigenleistungen, Rücklagen und Förderungs-mittel für den Nahverkehr ausgewiesen.

Zum Schluß noch ein Blick auf den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. In seinem Investitionsplan sind Kanalbauten von 40 Mill. vorgesehen. Diese Aufwendungen werden vorschußweise von der Stadt übernommen und bedingen einen Beitrag von 4 Mill. S durch die Mitgliedsgemeinde, wovon auf die Stadt der Anteil von 64,11 % entfällt. Die Einreichungen von Vorhaben auf diesem Gebiet an den Wasserwirtschafts-fonds und das Land betragen für die kommenden Jahre 340 Mill.

Sehr geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem auch die angeschlossenen Pläne besprochen sind, darf ich mit Ihrer Zustimmung, um die ich Sie ersuche, den Ergänzungsantrag zum Voranschlag 1980 – der nicht gesondert gesehen werden kann – bzw. die Motive zu diesem Antrag zum Vortrag bringen. Sind Sie damit einverstanden? Ich sehe Ihr Einverständnis und danke dafür.

Der Ergänzungsantrag, über den – nach der Abstimmung zum Voranschlag selbst – separat abzustimmen sein wird, hat seine Begründung in finanziellen Maßnahmen, die im Budget des Landes Oberösterreich getroffen werden. Land und Bund haben im Sinne einer verantwortlichen Budgetpolitik, die auch in Gemeinden strikte wahrzunehmen ist, einschneidende Kürzungen vorgenommen, um in Jahren der Vollbeschäftigung zu sparen und Reserven anzulegen, das heißt, durch Ausgabenersparungen eine Budgetverbesserung durchzuführen. Dieser Maßnahme soll im Falle von Notwendigkeiten, z. B. von Betriebsansiedlungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung, wirksam werden. Es ist am Beispiel anlässlich der Errichtung des BMW-Motorenwerkes in Steyr sichtbar, daß die Förderungsmaßnahmen für das Erste einmal viel Geld erfordern, der Nutzen daraus aber erst viel später zu Buche steht.

Der Landeshauptmann und Finanzreferent, Dr. Josef Ratzenböck, aber auch der Gemeindefeferent Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl haben bei der Bürgermeisterange-lobung den Vertretern der Stadtgemeinde Steyr mitgeteilt, daß mit einer Kürzung der Ertragsanteile und mit geringeren Bedarfszuweisungen gerechnet werden muß. Zusätz-liche Subventionen sind kaum zu erwarten. So wurde bekannt, daß das Budgetkonzept des Landes Oberösterreich für 1980 eine Kürzung der freien Förderungsausgaben generell um 30 % vorsieht und überdies eine 20 %ige Kreditsperre verhängt werden soll, wobei erst im Laufe des nächsten Jahres entschieden werden kann, ob und in welchem Ausmaß eine Aufhebung möglich ist. Wir müssen diesen Fakten Rechnung tragen. Eine generelle Kürzung der freien Förderungsausgaben um rund 30 % ist aber nicht mehr möglich, da hier das Budget in seiner Struktur verändert werden müßte. Überlegungen dieser Art werden allenfalls bei dem nächsten Budget anzustellen sein. Bei der 20 %igen Kredit-sperre sollte aber dem Beispiel des Landes gefolgt werden. Diese könnte nur aufgehoben werden, wenn die Ertragslage im kommenden Finanzjahr 1980 dies zuläßt, das heißt, wenn vermehrte Einnahmen erzielt werden können, die derzeit aber noch nicht voraussehbar sind.

In diesem Sinne, im Sinne des Ihnen vorliegenden Amtsberichtes, sollte der vom Ge-meinderat zu beschließende Ergänzungsantrag lauten.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen zuerst den Antrag zum Voranschlag zur Verle-sung bringen und erst dann den Ergänzungsantrag.

16) Ha-4020/79

Voranschlag 1980.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1980 wird im ordentlichen Haushalt in den Ein-	S 369,113.600,-
nehmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 92,330.000,-
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit	S 67,197.900,-
und bei den Einnahmen mit	<u>S 67,197.900,-</u>

daher mit einem Abgang von S 25,132.100.-  
festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlä-  
gen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter An-

ordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen. Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung. Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 73,720.000,- und im Erfolgsplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 20,700.000,- sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Der zweite Antrag ist sinngemäß zum Budget eine Ergänzung. Der Antrag lautet:

Ha-4020/79

Voranschlag 1980;

#### Beschluß einer Kreditsperre

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1980 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20 %igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung dieser Kreditsperre ist auf Grund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres zu entscheiden.

Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister, über den Voranschlag und den Ergänzungsantrag die Debatte zu eröffnen und ich danke Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, für die mir erwiesene Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Finanzreferenten für die Budgetrede, die uns sicherlich die Möglichkeit geboten hat zu den vorliegenden Unterlagen Ergänzungen aufzunehmen. Wir kommen nunmehr zur Diskussion. Ich darf gleich vorwegnehmen, daß wir den Hauptantrag zur Abstimmung bringen und dann in einer eigenen Abstimmung den Ergänzungsantrag. In der Diskussion wird es aber sinnvoll sein, beide Anträge in einem zu behandeln. Ich habe hier bereits eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen, die ich zur Kenntnis bringen möchte, damit sich die anderen Diskussionsteilnehmer orientieren können. Gleichzeitig möchte ich mitteilen, daß ich für etwa 3 Uhr eine Unterbrechung der Sitzung vorschlage, eine kurze Frischluftpause und wir dann die Sitzung wieder fortsetzen.

Es ist wie bei allen Budgetsitzungen üblich, daß die Fraktionsvorsitzenden zuerst ihre Stellungnahme abgeben. Es werden daher in der üblichen Reihenfolge als Erster Stadtrat Kinzelhofer sprechen für die Sozialistische Fraktion, ihm schließt sich Bürgermeister Fritsch für die ÖVP an, dann folgt Gemeinderat Fuchs für die Freiheitliche Partei und Gemeinderat Treml für die Kommunistische Partei. Weitere Wortmeldungen liegen vor von Frau Stadtrat Kaltenbrunner, Herrn Stadtrat Wallner, Herrn Gemeinderat Radler und Vizebürgermeister Schwarz. Ich bitte, hier in dieser Reihenfolge die Diskussion abzuführen. Jetzt bitte ich gleich Kollegen Kinzelhofer zu Wort und vermerke zugleich Herrn Eichhübl als nächsten Redner auf der Liste.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die ausführliche Budgetrede des stadträtlichen Finanzreferenten Fürst hat uns ein sehr anschauliches Bild unserer Lage, unserer Möglichkeiten und auch der künftigen Entwicklung gegeben. Ich möchte Kollegen Fürst für diese Darstellung besonders danken, zumal sie das Ergebnis einer ganztägigen Fraktionstagung der SPÖ und mehrerer Beratungen mit den einzelnen Fachabteilungen widerspiegelt. Es war uns allen klar, daß die überaus große Investitionstätigkeit vor dem Jubiläumsjahr 1980 wiederum einer Phase der Konsolidierung Platz machen muß. Es wäre fast verlockend zu sagen, wir haben Jahrhundertbauwerke geschaffen, aber für Jahrzehnte haben wir jedenfalls vorge-

sorgt. Wenn ich an Zwischenbrücken denke oder an unser neues und altes Stadttheater und an den Stadtsaal. Sie sind entweder neu entstanden oder vollkommen renoviert im neuen Glanze fertiggestellt worden. Was wäre eine Stadt ohne funktionierende Brücken, ohne funktionierende Kommunikationszentren, alles Trennende würde dabei in den Vordergrund treten. So aber bieten sich nicht nur am verkehrsmäßigen, sondern auch am kulturellen und politischen Sektor überall Stätten der Begegnung an und ich bin überzeugt, daß wir damit wirklich in die Zukunft hinaus investiert haben. Vor uns liegt das Jahr 1980. Wir haben hart gearbeitet, wir wollen in diesem Jahr den 1000jährigen Bestand unserer Stadt feiern. Damit stellen wir unter Beweis, daß wir auch zu jubilieren verstehen. Dabei kann das Leben nicht einfach nur aus Unterhaltung bestehen, wir müssen auch im Jahr 1980 die nötigen Investitionen tätigen, um unsere Firmen, unsere Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen. Wir werden allerdings die Bautätigkeit mehr an die Peripherie verlegen, wir werden vor allem über die Verbändegemeinschaften den Tiefbau und den Kanalbau forcieren und letztlich werden wir vor allem jene Professionistenarbeiten vergeben, die sich im Inneren unserer Häuser abspielen.

Steyr wird im kommenden Jahr sicherlich weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt werden. Internationale Hallstattausstellung, Besuche des Bundespräsidenten, Feiern noch und noch werden den Ruf Steyrs in alle Welt hinaustragen.

Das vorliegende Budget trägt diesem allem Rechnung. Einen breiten Raum nehmen Repräsentationskosten ein. Das ist nicht zu vermeiden, das sind wir aber unseren Mitbürgern schuldig. Sie alle haben sich in den letzten Jahren mit Steyr identifiziert; sei es, daß sie ihre Fassaden herrichteten, sei es, daß sie in Vereinen und Komitees diese 1000-Jahr-Feier vorbereiteten. Es spiegelt sich aber auch in diesem Budget unser Wille zur Sparsamkeit. Beschränkung dort, wo es notwendig ist, wurde allenthalben geübt. Mit einem generellen Beschluß, 20 % aller Ermessenskredite noch vorläufig zu sperren, geben wir ein deutliches Zeichen unserer Absicht, unsere finanziellen Verhältnisse zu konsolidieren. Erst wenn Mehreinnahmen eintreten, wird es möglich sein, diese Kreditsperre teilweise oder vielleicht auch zur Gänze aufzuheben. Damit decken wir auch jene großen Ausgaben, die wir mit der Errichtung des neuen Motorenwerkes auf uns genommen haben. Einem Investitionsaufwand von 15 Millionen Schilling stehen auch noch jährliche Zuwendungen von insgesamt 21 Millionen Schilling gegenüber; diese müssen ausfinanziert werden. Auch brauchen wir eine Basis, um in künftigen Fällen hier die nötigen Mittel einsetzen zu können. Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion möchte nicht das Budget jetzt im einzelnen zerpfücken. Sie fühlt sich für das Gesamtwerk verantwortlich und ich kann daher auch ruhigen Gewissens die Zustimmung meiner Fraktion zu diesem Budgetvoranschlag kundtun.

Ich danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Vizebürgermeister Fritsch!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wäre sicherlich verlockend, zum vorliegenden Budgetentwurf eine umfassende Stellungnahme abzugeben, vorwiegend auch eine umfassende Stellungnahme aus der Sicht meiner Fraktion. Ich darf Ihnen und mir diese Strapaz ersparen. Heute haben wir ja unsere Budgetdebatte unter das Leitwort "Sparsamkeit" gesetzt. Daher ist auch die Sparsamkeit zum Ausdruck gebracht beim Umfang der Wortmeldungen. Es ist aber diese Sparsamkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, mithin auch eine Maxime bei den Vorstellungen und Wünschen meiner Fraktion an das Budget 1980 gewesen. Eine Sparsamkeit, die aus verschiedenen Notwendigkeiten, aber auch gleichzeitig auf dem Aufzeigen jener Forderungen aus der Letztzeit, auch sparsam zu sein, beruft. Wir wissen, daß ein Budget nicht unnötig ausweitbar ist, um in den Finanzrahmen einer Stadt zu springen. Noch dazu in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Sicherheit nicht unbedingt überall gegeben ist. Es ist unsere Aufgabe als verantwortungsbewußte Gemeindefraktare einer Verschuldung über das gebührende Ausmaß hinaus eine Bremse anzustellen. Wenn Sie bedenken, daß vom ursprünglichen Budgetkonzept her bereits 25 Mill. im aoH als Abgang präliminiert wurden, was sicherlich durch den Zusatzantrag, die Kreditsperre betreffend, noch unterstrichen wird, daß wir gleichzeitig unseren vertraglichen, gemeinsam beschlossenen, vertraglichen Verpflichtungen im Bezug auf BMW-Motorenwerk nachkommen müssen, -es liegen uns ja im kommenden Jahr dafür 13 Mill. Schilling Kosten auf - dann ist sicherlich das Stichwort Sparsamkeit nicht nur ein Stichwort, sondern eine unabschränkbare Notwendigkeit. Es war dies eine der Maximen unserer Fraktion bei der Erstellung unserer Wünsche zum Budget.

Eine zweite Richtlinie ist unser - und das darf ich ohne weiteres sagen - aller Jubiläumsjahr. Es ist bereits durch meinen Vorredner, Kollegen Kinzelhofer, zum Ausdruck gebracht worden, daß sich unsere Stadt so selbst darzustellen hat, wie es ihr zukommt. Das heißt also, daß Baumaßnahmen, die im innerstädtischen Bereich sicherlich notwendig sind, - ich verweise z. B. auf den Abstieg Teufelsbach- nie im Jahre 1980 realisieren wird oder realisiert werden wird können, aus begreiflichen Gründen, die ich nicht näher untermauern muß. Daß aber auch gleichzeitig unser heimisches Gewerbe und unsere heimische Wirtschaft, vorwiegend auf dem Bausektor, seine Arbeitslage gesichert erhält durch Aufgaben und Auflagen aus der öffentlichen Hand, ist auch unumstößbare Mitüberlegung gewesen. Daher also auch die Baumaßnahmen vorwiegend auf dem Kanalbausektor außerhalb des engen Stadtkernes angesetzt. Das waren auch unsere Überlegungen, die die Wünsche in jeder Hinsicht reduziert haben.

Eine nächste Überlegung ist sicherlich auch richtig anzusetzen gewesen, daß gerade der Großteil der Ausgaben für die Tausendjahrfeier, und zwar im kommenden Jahr, sie sind ja im laufenden Jahr schon größtenteils auf baulichem Sektor abgeschlossen, sich auf der kulturellen Ebene wird bewegen. Sodaß zum Beispiel auch im Kultursektor anläßlich der Tausendjahrfeier inkludiert, rund 11,5 Mill. insgesamt präliminiert sind. Wir begrüßen diese Ansatzpost, wir wissen, daß sie sicherlich nicht - so wie manche andere nicht immer - aber diese vorhin erwähnte sicherlich ausgeschöpft werden wird. Es könnte unter Umständen sogar ein Überziehen sein.

Wenn ich diese zwei Grundforderungen und diese zwei Maximen zum Budget 1980 nun tatsächlich in Anwendung gebracht habe, auch dann eben dort, wo wir an den Herrn Finanzreferenten im Bezug auf seine Einladung unsere Vorstellungen herangetragen haben. Diese unsere Vorstellungen fanden sicherlich nicht alle ihren Niederschlag. Ich bin aber überzeugt davon, aus der Kenntnis heraus, auch aus anderen Fraktionen, ist das überall das gleiche gewesen. Wir wissen, daß Wünsche und deren Realisierung zwei diametrale Tatsachen sind. Wir haben aber auch gleichzeitig die Zusicherung erhalten, die Forderungen im 80iger Jahr nicht realisiert, in weiterer Folge auch tatsächlich in das Budget aufzunehmen. Auf Grund dieser Gegebenheiten ist auch ein gemeinsamer Budgetentwurf erarbeitet worden. Und diesem gemeinsamen Budgetentwurf darf ich, - bereits vorwegnehmend, namens meiner Fraktion die Zustimmung geben. Gerade das Jahr 1980 ist es, das uns alle miteinander im Interesse unserer Stadt eint. Einige dieser Einigungen, nach außen hin gesehen, ist auch das gemeinsame Budget für das kommende Rechnungsjahr.

Einige Mitglieder meiner Fraktion, werte Damen und Herren, werden zum Voranschlag

und alles, was damit im Zusammenhang steht, noch entsprechende Details vortragen. Was ich aber den Kollegen meiner Fraktion zubillige, das gestatten Sie bitte auch mir, hier zu tun. Einige Details möchte ich nicht verabsäumen, hier zu erläutern. Wie könnte es anders sein, ich bewege mich ja noch immer als nicht Hauptamtlicher im Bereiche des Berufslebens, und das Naheliegendste ist die Schule. Sie kennen meine Forderung der Erhöhung der Lehrmittel, der Erhöhung der Lehrmittelansätze in unserem Budget. Dieser Forderung wurde allerdings nicht Rechnung getragen. Und zwar dreht es sich doch darum, eine Ausstattung unserer Schulen mit moderneren Unterrichtsmitteln in die Wege zu leiten. Eine Ausstattung auch mit Geräten, die sicherlich finanziell gesehen am Anfang etwas aufwendig sind, die aber letztlich eigentlich einer gedeihlichen Unterrichtsarbeit überhaupt zugrunde liegen können. Es ist nicht Sache der Elternvereine, Aufgaben, die der Schulerhalter zu tragen hat, zu übernehmen. Es ist dies der schnellste Weg der einzelnen Schulen, zu dem zu kommen, was sie brauchen, aber der rechtlich sicherlich nicht ganz fundierte. Der Notwendigkeit, der Schule entsprechende Lehrmittel zur Verfügung zu stellen, ist unter anderem auch von den Mitgliedern der Sozialistischen Fraktion das Wort gesprochen worden. Ich verweise nur auf Ihr Versprechen anlässlich der abgeführten Gemeinderatswahlen, wo, wenn ich auszugsweise zitieren darf, "bessere Ausstattung der Pflichtschulen zur verstärkten Praxisorientierung des Faches Werkerziehung und die Beistellung moderner Unterrichtsmittel, damit der Lehrstoff interessanter und anschaulicher präsentiert werden kann. Nachdem Sie sich selbst diese Forderung auferlegt haben, werde ich sicherlich in Zukunft annehmen können, daß Sie dieser Ihrer eigenen Forderung auch in absehbarer Zeit Rechnung tragen werden.

Wenn ich mich bei den Schulen eine Zeitlang aufhalte, darf ich noch etwas anführen. Schulschikurse werden jährlich abgehalten, sie werden – und ich muß sagen dankenswerterweise – namens des Magistrates allerdings schon seit Jahren mit einem Betrag von S 50,- pro Teilnehmer subventioniert. Diese 50 Schilling sind gerade bei den jetzigen ständig steigenden Quartierkosten nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist also unabdingbar notwendig, einer Erhöhung Rechnung zu tragen. Ich bin auch überzeugt davon, daß diese Erhöhung vielleicht noch im nachhinein berücksichtigt wird. Ich beziehe mich da auf eine Zusage vom Kollegen Schwarz, als in der entsprechenden Stadtsenatsitzung darüber Beschluß gefaßt wurde.

Der Werkunterricht für Knaben hat einen Jahresbeitrag von S 80,- dotiert. Bei den jetzigen Materialkosten ist dieser Betrag nicht mehr haltbar. Ich würde auch hier eine Erhöhung in die Überlegung miteinbeziehen. Ebenso gilt das für den Unterricht in Hauswirtschaft, also "Kochologie" in der Fachsprache ausgedrückt. Hier, meine Damen und Herren, scheiden sich die Geister. Es ist heuer durch eine Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht durch eine Lehrplanänderung der Hauswirtschaftsunterricht für Knaben als Freigegegenstand eingeführt worden. Die Mädchen bekommen einen Materialersatz, die Knaben aber nicht. Wo bleibt hier das Gleichheitsprinzip? Nebenbei, wo bleibt hier überhaupt das Prinzip der kostenlosen Unterrichtserteilung bzw. des kostenlosen Unterrichtes? Damit ich nicht einer sachlichen Berichtigung mich begeben muß, gleich noch vorweg gestellt – Kollege Schwarz weiß wahrscheinlich schon, was ich jetzt sagen werde – für Freischüler unter den Knaben sind die S 12,- pro Kochtag gerechtfertigt. Nur solche immense Summen wird es sicher nicht ausmachen und den Rahmen unseres Budgets über den Haufen werfen, wenn man diesen Forderungen der Schulen, aber eigentlich bitte nicht der Schulen, sondern der Eltern unserer Schüler, nachkommt. Sie werden auch gleich fragen, wo werden diese Mehrkosten herkommen? Wir haben gerade gehört, sparen zu wollen. Ich weiß auch schon einen Lösungsvorschlag. Es ist ja allgemein bereits bekannt, wenn auch noch nicht beschlossen, daß die Musikschule unserer Stadt in absehbarer Zeit dem Land übereignet wird. Wir sparen uns auf diese Art und Weise rund 2 Mill. Schillinges sind nicht ganz 2 Mill., ich nenne nur runde Zahlen – und auf diese Art und Weise wird es sicherlich dann möglich sein, kleine Beträge dafür abzuzwacken.

Ich habe nicht vorgehabt, über etwas zu reden, über die Kindergärten, aber ich bin eigentlich dazu mehr oder minder verpflichtet, etwas zu sagen. Es ist richtig, daß in Steyr derzeit genügend Kindergartenplätze vorhanden sind, in der Gesamtzahl, nicht aber regional. Wohnbaugebiete, in die Jungfamilien einziehen, haben logischerweise eine Vielfalt an An-

gebot an Kindern für die Kindergärten, andere Bereiche, die etwas ver- oder überaltert sind, werden deren weniger Kindergartenplätze benötigen. Im großen und ganzen aber hat jedes Kind Steyrs die Möglichkeit, derzeit einen Kindergartenplatz auch zu erhalten, wenn es willens ist. Aber, nachdem der Besuch eines Kindergartens grundsätzlich nicht Pflicht, sondern freigestellt ist, ist auch nicht eine 100 %ige Besuchsauslastung in Steyr gegeben. Damit ist in erster Linie, auf Steyr bezogen, eine Diskrepanz des Ausstoßes, wenn ich mich so ausdrücken darf, der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen einerseits, andererseits der in Steyr aufgenommenen, voll ausgebildeten Kindergärtnerinnen zu suchen. Es wird sicherlich notwendig sein, im weiteren Umland einen entsprechenden Posten, der der Ausbildung entspricht, zu finden. Was nicht immer leicht, und auch nicht immer sofort realisierbar ist. Es gibt aber in diesem Zusammenhang von meiner Sicht aus zwei Kriterien. Das eine liegt in einer Familienpolitik, die nicht unbedingt kinderfreundlich ist, für die haben wir hier auf dieser Ebene nichts Direktes mit beschlossen. Es liegt dies auch auf dem Gebiet der Fristenlösung – ich mag mich heute darüber nicht verbreitern.

Es gibt aber auch noch ein zweites Kriterium. Es ist fast in jedem Beruf möglich, durch Umschulungen einen entsprechenden anderen Berufsgang zu finden, wenn ich im ursprünglich erlernten es nicht mehr tue oder tun kann. Die Ausbildung unserer Kindergärtnerinnen befindet sich derzeit in einer Sackgasse. Sie sind nur ausgebildet einschlägig berufsorientiert, sie können von ihrer fertigen Schule nur Gebrauch machen dann, wenn Sie als erlernte Kindergärtnerinnen dort auch eingesetzt werden. Es wird also wahrscheinlich, – und soviel ich gehört habe ist bereits ein Überdenken in die Wege geleitet worden von Seiten des Gesetzgebers durch eine Änderung des Lehrplanes der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, – möglich sein, auch einen Matura- und damit einen Hochschulanspruch in die Wege zu leiten. Nur dann finden wir für unsere rund 50, die in Steyr ausgebildet werden, auch Ausweichmöglichkeiten für ihre spätere berufliche Arbeit.

Mit den Kindern im Zusammenhang steht sicherlich auch der Wohnbau. Über die Wohnbautätigkeit zu referieren ist nicht unbedingt meine Aufgabe, das wird sicherlich jemand anderer tun. Aber über die Art der Wohnungen etwas zu verlieren, sei mir gestattet. Immer wieder erhebe ich heute desgleichen, die Forderung unserer Fraktion namens der Wohnbaugesellschaft der Stadt Steyr, der GWG, Eigentumswohnungen zu errichten, nicht nur Mietwohnungen. Diese sind in den Statuten der GWG verankert. Der Zuspruch, aber auch die Frage nach Eigentumswohnungen ist nach wie vor gegeben. Man müßte in meinen Augen nur einmal den Willen dokumentieren, es zu tun. Da wäre ich auch überzeugt, daß ich einen Wohnblock ohne weiteres ins Eigentum übertragen kann. Es ist sicherlich schwierig und es ist auch rechtlich nicht ohne weiteres durchführbar, in einem Wohnblock einzelne Wohnungen als Eigentum, die anderen als Mietwohnungen laufen zu lassen. Aber grundsätzlich müßte in meinen Augen, – nachdem es ja unsere Wohnbaugesellschaft ist, kann ich es auch heute hier in der Budgetsitzung sagen, – einmal mitüberlegt werden, einen Wohnblock in unserem Neubaugebiet Resthof als Eigentumswohnung zu deklarieren. Ich bin überzeugt davon, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. In unseren Wohnbaugebieten ist dort oder da die Sicherheit nicht immer die beste. Sie, meine Damen und Herren, kennen das aus Ihren eigenen Beobachtungen, aus den Erklärungen, die an Sie herangetragen wurden, aus den Stadtteilgesprächen usw.

Ich möchte hier niemanden – ich könnte es auch nicht – beschuldigen, das liegt mir fern. Aber eine Möglichkeit fände man, um in geringem Ausmaß den Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden, errichten wir doch Polizeinotrufsäulen. Ich weiß genau, es ist nicht Aufgabe der Stadt, sie zu finanzieren. Aber es ist Aufgabe der Stadt und es ist Aufgabe des Gemeinderates, dies zu initiieren. Das wird uns vielleicht vorwiegend auch mit einem klärenden Gespräch mit dem neuen Polizeidirektor in absehbarer Zeit möglich sein. Wobei ein Einsatz zu bringen wäre, eine verstärkte Streifenförmigkeit nachts. Ich verweise auf jene Gegebenheiten, die sich in unmittelbarem Zeitraum abgespielt haben. Sie brauchen sich nur an die entsprechenden Pressemeldungen erinnern, was sich zum Beispiel auf der Ennsleite abgespielt hat. Ich weiß genau, man kann solche Taten nicht verhindern. Aber man kann sie zumindest eindämmen. Ich bitte also auch hier darum, eine entsprechende Vorsorge durch Vorsprachen und Initiativen in die Wege zu leiten.

Wenn wir von Vorsorge sprechen, meine Damen und Herren, das hängt auch mit dem Le-

ben zusammen, so ist dies die ärztliche Versorgung. Unsere Stadt ist in vielen Bereichen der Medizin gut versorgt. Aber ein Stadtteil ist noch immer etwas vernachlässigt, das ist Münichholz und da verweise ich speziell auf das Kapitel Zahnarzt in Münichholz. Sie werden mir gleich entgegen halten, wir haben uns alle bemüht, -ich weiß das, dort einen Zahnarzt anzusiedeln. Diese Bemühung ist letztlich eben nicht aufgegangen. Man soll aber nicht resignieren, denn gerade der Bevölkerungsteil Münichholz ist der zahlenmäßig nicht verschwindenste, wird also unbedingt einmal eine entsprechende Versorgung auf dem Gebiet der Zahnmedizin vonnöten haben. Es sind dies auch Forderungen von uns, die nicht finanziell zu Buche stehen, die aber sicherlich im Interesse einer gesamten gedeihlichen Entwicklung in unserer Stadt gesehen werden müssen.

Wenn Sie nun, meine Damen und Herren, aus den Sprechern meiner Fraktion einige Kritik hören zum Budget, so ist das zumindest aus unserer Sicht eine konstruktive Kritik, denn wir stehen immer auf dem Standpunkt, daß viele Denkende etwas zustande bringen, das letztlich allen im positiven Sinne gerecht wird. Dieses gemeinsam Zustandebringende ist ja auch in diesem heute vorliegenden Budgetentwurf für 1980 zum Ausdruck gekommen. Ich danke hier an dieser Stelle auch Kollegen Fürst als Finanzreferenten für seine Einladung zum Budget, unsere Gedanken zu entwickeln. Ich bitte auch darum, das in weiterer Hinsicht so zu praktizieren und sind sicherlich zeitlich wesentlich früher. Es lag dies nicht in der Schuld von Kollegen Fürst, sondern es lag dies in der Schuld unserer Wahlauseinandersetzungen.

Nur ein Ding sei mir noch gestattet, anzuziehen. Nachdem es sich ja um einen Zusatzantrag handelt zum Budget, darf ich auch zu meinen Ausführungen zusätzlich dazu etwas sagen. Kollege Fürst war so liebenswürdig, die Grundlagen für die Restriktion in unserem Bereich dem Land zuzuordnen. Das darf und kann ich nicht unwidersprochen lassen. Wir alle miteinander wissen, und wenn man real und sehr konkret die Dinge betrachtet, daß auch das Land durch Maßnahmen des Bundes dazu gezwungen wurde, hier Einsparungen vorzunehmen. Ist es doch das Land Oberösterreich, das Aufgaben übernimmt und übernehmen muß, die finanziell und rechtlich gesehen Bundesaufgaben wären. Daß aber aus der Notwendigkeit der Sicht in unserer Bevölkerung unseres Landes Baumaßnahmen auf dem Straßensektor vorzeitig durch komplette Vorfinanzierung durch das Land in Angriff genommen werden und werden müssen. Daher ist es sicherlich notwendig, auch in jenen Bereichen, für die das Land in erster Linie zuständig ist, eine entsprechende Kürzung herbeizuführen. Diese Kürzung schleppt sich logischerweise auch auf die untergeordneten Bereiche, in dem Fall also auf die Gemeinden, nieder.

Ich bitte aber darum, wenn Kürzungsmaßnahmen, Einsparungen vorgesehen sind, auch vollinhaltlich die Ursachen zu beleuchten, diesen Gegebenheiten der 20 %igen Kredit-sperre, durch den Zusatzantrag verlaublich, geben wir die Zustimmung.

Für mich bleibt jetzt nichts Weiteres mehr über, als im nachhinein nochmals zu erklären, daß wir diesem Budget, Vorwiegend im Hinblick auf unsere Jubiläumsfeiern, die Zustimmung geben werden und Ihnen für die Aufmerksamkeit danke schön zu sagen.

Applaus

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke auch für die Zustimmung. Wir kommen damit zum nächsten Sprecher, das ist Herr Gemeinderat Fuchs namens der Freiheitlichen Fraktion.

## GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir schreiten heute zur Beschlußfassung über das erste Budget der neuen Gesetzgebungsperiode. Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat schon in den letzten sechs Jahren – sicher mit einer Ausnahme – ausgezeichnet mit Einstimmigkeit und Kompromißbereitschaft dann, wenn es um die Erstellung der Voranschläge ging. Wesentlich zu diesem Konsens beigetragen hat man dadurch, daß die Minderheiten zur Abgabe von budgetären Wünschen vom Herrn Finanzstadtrat eingeladen wurden. Obwohl wir nur einen kleinen Teil unserer Wünsche – man hat das auch vom Vorredner gehört – in den jeweiligen Voranschlägen unterbringen konnten, ist diese Art der Erstellung doch ein Akt, der – ich glaube, das können auch andere konzedieren, beweist, daß man zum größten Teil kommunalpolitischen Aufgaben den Vorrang einräumt und versucht, Fehden zu vermeiden.

Ich glaube, daß viele Projekte in den letzten Jahren in Steyr verwirklicht wurden und viele Leistungen, die gemeinsam erbracht wurden, auf diesen Umstand zurückzuführen sind.

Nun zum Ziffernwerk dieses Budgets, ich kann Ihnen das nicht ersparen, weil wir ja nicht eine derart große Fraktion darstellen, daß ich doch auf einige wesentliche Punkte dieses Voranschlages und der präliminierten Summen eingehe. Das gesamte Budget 1980 wird diesmal, was die Ausgabensummen betrifft, um 4 % kleiner sein als das des Jahres 1979, wobei der ordentliche Haushalt jedoch um 4,3 % auf 369,000.00 anwächst und das außerordentliche Etat gleich um ein Drittel gegenüber dem Budget 1979 auf nun 92 Mill. Schilling gekürzt bzw. gestutzt wird. Das beweist zwar noch lange nicht ein echtes Sparbudget, aber es ist aus unserer Sicht ein Bremsbudget. Wir müssen auch schleunigst auf die Bremse steigen, weil uns ansonsten die Schulden zu erdrücken drohen. Wir können uns nicht, und das hat auch der Herr Finanzstadtrat ausdrücklich erwähnt, wir im Jahre 1979 90 oder fast 90 Mill. Schilling Darlehensaufnahmen, sprich Schulden, leisten, zumal wir jetzt bereits einen Schuldendienst von 26,2 Mill. Schilling für den Schuldenstand von 252 Mill. Schilling zu leisten haben werden, ohne die bei diesem Budget zu leistenden Darlehensaufnahmen. Das heißt, daß fast die gesamte geplante Darlehensaufnahme zur Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes in der Höhe von 30 Mill. für den Schuldendienst der Stadt Steyr in einem Jahr bereits aufgehen.

Wir beschließen auch heute wieder einen Abgang, der gleich hoch ist wie beim Budget 1979, nämlich rund 25 Mill. Das heißt, 37,4 % der gesamten Ausgaben für den außerordentlichen Haushalt sind derzeit noch durch die heutige vermutlich einstimmige Beschlußfassung ungedeckt. Wenn wir alle geplanten Aufgaben und Maßnahmen erfüllen wollen, die in diesem Budget inkludiert sind, dann wird die Darlehenssumme von 30 Mill. Schilling dafür nicht ausreichen. Es sei denn, daß wir – und das wünschen wir alle – Fehleinschätzungen bei den Einnahmen begangen haben und daß diese Einnahmen doch am Ende des Budgetjahres 1980 höher ausfallen werden. Dies ist jedoch nur durch eine gut florierende Steyrer Wirtschaft möglich.

Diese Zahlen beweisen, daß wir in den nächsten Jahren vorsichtiger agieren sollen und müssen, das heißt, wir auf die Bremse steigen. Ein erster Schritt dazu dürfte bei diesem Budget gesetzt worden sein. Obwohl dies noch kein Sparbudget – ich betone das nochmals – ist, ist zu bemerken, daß die Parteien – auch das klang schon beim geschätzten Herrn Vorredner hervor – mit individuellen eigenen Forderungen zugunsten der urbanen Gemeindeaufgaben zurückstecken sollten. Aber auch in einigen Bereichen der Verwaltung und bei Sonderaufgaben sollten die Verantwortlichen zu sparen beginnen. Wenn der Herr Fraktionsvorsitzende der SPÖ heute sagte, es kommt bei diesem Budget der Sparwille zum Ausdruck, so möchte ich Ihnen doch an Hand von konkreten Ziffern nachweisen, daß dies nicht immer der Fall ist. Nicht immer kommt dieser Sparwille bei diesem zum Ausdruck. In der Gruppe 0 steigen die Ausgaben für die Gemeindefunktionäre um 3,8 %, das ist zwar nur ein Gesamtanteil am ordentlichen Haushalt von 1,82 %, aber diese 6,7 Mill. Schilling machen doch immerhin 4,3 % der gesamten Personalkosten des Magistratsbereiches aus. Von sparen kann daher auf diesem Gebiet nicht die Rede sein.

Die renovierte Pressestelle, Amtsblatt und Öffentlichkeitsarbeit, weist gar im ordentlichen Haushalt eine Ausgabenerhöhung von 114 % auf. Nichts gegen die Person des Presse- und Propagandachefs ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Pressestelle hat auch früher nicht existiert!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

... aber Sie erinnern sich vielleicht an meinen kritischen Beitrag, als diese Pressestelle renoviert wurde. Nach der Anschaffung des von mir bezeichneten "Weiss-Schwarz-Amts-magazins", also des Amtsblattes des bunten, das wir nun haben, ist durch den Ausgabenrekord von 2, 335.000 Schilling gegenüber 1,092.000,- Schilling mein kritischer Beitrag bestätigt worden. Diese Pressestelle weist ein veranschlagtes Defizit – das wurde heute nicht gesagt vom Herrn Finanzstadtrat – 1,625.000 Schilling auf. Damals kündigte ich bei dem damals kritischen Beitrag ein Defizit von 1,8 Mill. Schilling an und ich habe dabei kaum eine Fehlbehauptung begangen. Vom Sparen also keine Rede.

Dabei gestatte ich mir noch einige Nebenbemerkungen. Für die Herstellung des Amtsblattes selbst ist unter der Voranschlagsstelle 4030 ein Betrag von 1,2 Mill. Schilling vorgesehen. Das heißt, eine Nummer oder eine Folge dieses Amtsblattes kostet – das betrifft nur die Druckkosten – 100.000 Schilling, wie aus einem Anbot dem Gemeinderat seinerzeit bekannt wurde. Dazu kommen aber noch die Personalkosten, die Portokosten, die Inseratsteuer und die sonstigen Leistungen, die notwendig sind zur Entstehung dieses bunten "Schwarz-Weiss-Amtsmagazins". Dem gegenüber stehen Nebenerlöse von insgesamt 700.000 Schilling, vermutlich, was pro Folge einen Betrag von immerhin 158.000 Schilling bedeutet. Wir glauben, daß dieses große Defizit nicht nötig wäre, wenn wir uns dieses bunte Magazin, das sicherlich anschaulich ist, das sicherlich manchem gefällt, und manches andere nicht angeschafft hätten. Sehen Sie nach, 30.000 Schilling allein sind für Telefonkosten bei dieser Pressestelle präliminiert, das sind 2.500 Schilling pro Monat. Von sparen kann keine Rede sein.

Sparen könnte man auch bei den Ausgaben der Repräsentation. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Ich weiß, wir haben ein Jubeljahr vor uns, da müssen die Ausgaben auf dieser Ebene steigen. Aber die Ausgaben für Repräsentation steigen allein durch diesen vorsichtigen Voranschlag, wie ihn Vizebürgermeister Fritsch vorhin schon zum Ausdruck brachte von 408.000,- auf 1,400.000,-, wobei für sogenannte Handelswaren, sprich Geschenke, für sogenannte Amtspauschalien und Repräsentationsausgaben allein 1,3 Mill. Schilling veranschlagt sind. Das verspricht wieder reichhaltige, kaiserliche Massenbuffets, wie sie ähnlich bei der Stadtsaaleröffnung auch dargeboten wurden, wo sich ja bekanntlich die Tische gebogen haben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber dabei warst Du immer!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Sicherlich – das habe ich vorher betont – reißt das Jubeljahr 1980 diese Ausgabensumme in die Höhe, aber es müßten nicht 1,4 Mill. Schilling dafür auf den Tisch flattern. Es geht auch manchmal, lieber Herr Vizebürgermeister Schwarz, mit einfacheren Gerichten ab, beispielsweise mit der oberösterreichischen Landessäure und mit Speck und Brot. Ein anderes Kapitel.

Nichts gegen Maßnahmen für städtische Personalbetreuung. Aber man muß auch den Mut haben, etwas Unpopuläres hier bei dieser Budgetdebatte zu sagen. Aber wenn diese Ausgaben jährlich, wie es dieser Voranschlag nachweist, um 20,4 % steigen und das so weitergehen würde, dann würden wir in 5 Jahren bei über 2 Mill. Personalbetreuungskosten angelangt sein.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir auch ein Wort zu den gesamten Personalkosten. Diese erreichen – das ist eine Feststellung von uns – mit 157,4 Mill. gegenüber 147,7 einschließlich der Pensionen eine neue Rekordhöhe. Das heißt also, um 10 Mill. werden sie diesmal gesteigert. Das sind bereits 42,6 % Anteil an den gesamten Ausgaben des ordentlichen Haushaltes. Ich erinnere mich noch, als ich 1973 dem Gemeinderat erstmals angehören durfte, daß dieser Anteil bei 34, 35, dann einmal 36 % war. Mit den vorhin genannten Betreuungskosten von über einer Million steigt dieser Anteil gar nun auf 43 % an. Auch das ist ein Anteilsrekord, der über 2 % über dem des Jahres 1979 liegt.

Erfreuliches haben wir festzustellen im Zusammenhang mit der Schülerbetreuung. Für dieses Budget ist immerhin eine Summe von 80.000 Schilling dafür vorgesehen, daß man in der unterrichtsfreien Zeit die Pflichtschüler beaufsichtigt. Damit wird unserem Antrag vom 22. Mai 1978 Rechnung getragen und wir hoffen, daß auch das ein Beitrag zur Sicherheit der Pflichtschüler sein wird.

Das Kulturretat, die Gruppe 3, wird um 65,4 % erhöht, wobei natürlich die Ausgaben für das neue Stadttheater mit 24 % mehr als verdoppelt werden müssen. Dominanten Ausgabenrekord erzielte jedoch das Kulturamt selbst, dessen Ausgaben um 154 % auf nun 4,7 Mill. gesteigert werden. Die Mehrkosten für das Personal beim Kulturamt machen 781.000 Schilling aus, wobei auf sogenannte Aushilfen oder Aushilfe 500.000 Schilling entfallen. Bitte, Herr Bürgermeister, was ist diese genannte Aushilfe, was sind das für Aushilfen, die Mehrkosten von einer halben Million Schilling verursachen. Es soll unseres Erachtens nach nicht Mode werden, daß der Herr Bürgermeister unter dem Titel "Aushilfen" teure Spezialkräfte einstellt, und zwar in Alleingängen einstellt. Ich bitte, mir diese Frage zu beantworten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Gemeinderat, das kann ich gleich beantworten, ich werde Sie immer zeitgerecht informieren.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Davon haben wir bisher nichts erfahren, daß Sie für Aushilfen 500.000,- Schilling veranschlagen ....

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das schreibt ja die Geschäftsordnung vor.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

....wir wissen derzeit noch nicht, welche Spezialkräfte Sie hier als Aushilfen beim Kulturamt einsetzen werden.

In Zeichen der Tausendjahrfeier stehen zweifellos die Kostenleistungen an Firmen und sind als solche zu sehen. Sie werden kräftig erhöht, was sicherlich auf viele notwendige Feierlichkeiten schließen läßt.

Nun auch ein Wort zu dem von Herrn Stadtrat Fürst Personalkosten-Ersatz durch das Land. Ich habe bereits bei der letzten Gemeinderatsitzung ausführlich auch darüber gesprochen, und es freut mich, daß auch der Herr Stadtrat Fürst sich dieser Meinung anschließt. Ich billige vollinhaltlich den Wortinhalt seiner Forderung und wir sollten vielleicht, Herr Bürgermeister, diese Forderung nach echtem 75 %igen Personalkostenersatz für ausgebildete Kindergärtnerinnen auch gegenüber dem Land so deponieren, wie wir es heute gemacht haben bei der Forderung nach Errichtung der S 37. Das heißt, unter Umständen auch mit einer Resolution zu Werke zu gehen, und den Inhalt dieser Resolution dem Land vorlegen.

Bei der Gruppe 4 fällt auf, daß eine Ausgabenerhöhung von 9,9 % auf 64,6 Mill. vorgesehen ist. Die Mittel für die Behindertenhilfe werden kräftig erhöht und für die Aktion "Essen auf Rädern" werden erfreulicherweise - ich bitte mir zuzuhören, Herr Stadtrat Kinzelhofer - 1,1 Mill. Schilling vorgesehen, was einer Steigerung von 71 % entspricht. Unser Antrag vom 13. 12. 1973 der kostet der Stadtgemeinde bereits 1,1 Mill. Schilling, was vor allem den Senioren dieser Stadt Erfreuliches bringt. Es werden auch Einnahmen registriert von 800.000 Schilling, sodaß die Aktion "Essen auf Rädern" der Stadtgemeinde an und für sich nur 300.000 Zuschußbedarf kostet.

Einen Ausgabenrückgang erlebt hingegen der Seniorenpaß um fast 30 % auf nun 692.000 Schilling. Vielleicht, Herr Wohlfahrts-Stadtrat, könnte man bei der nächsten Gelegenheit in einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses darüber diskutieren, ob nicht die Möglichkeit besteht, einen wesentlichen Inhalt des Seniorenpasses zu verbessern, nämlich die Gratisfahrtscheine um ein Drittel auf 48 zu erhöhen, weil man zwischenzeitlich feststellen konnte, daß gerade dieser Inhalt am ehesten und schnellsten von den Pensionisten, von den Senioren ausgeschöpft wird.

Ähnliche Anregungen vielleicht auch hinsichtlich von Möglichkeiten, die der Seniorenpaß beinhalten könnte, nämlich im Bezug auf den Saunabesuch. Es gibt auch durchaus Senioren, die vielleicht das eine oder andere vorziehen wollen, darunter auch zum Beispiel den Saunabesuch.

Zur Gruppe 5 ist anzumerken, daß das Gesundheitsbudget um 2,4 % gekürzt wird. Von uns aus negativ auffällig ist die Tatsache, daß man für den Umweltschutz nur 10.000 S eingesetzt hat. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unseren Antrag vom 1. 3. 1979, Lärmmessungen zur Vorlage einer Lärmschutzkarte durchzuführen. Der Gemeinderat hat ja bekanntlich diesem Antrag die Zustimmung erteilt. In diesem Zusammenhang wären nach Vorliegen von Lärmmessungen, nach Vorliegen einer Lärmkarte mehrere Maßnahmen ins Auge zu fassen, die der Gesundheit und dem Schutz vor Lärm dienen. Zum Beispiel könnte ein Lkw-Leitplan geschaffen werden mit dem Ziel, insbesondere in den Nachtstunden den Lkw-Verkehr von den Wohngebieten freizuhalten. Zweitens könnten für Wohngebiete zum Beispiel im Resthof Geschwindigkeitsbeschränkungen erlassen werden und ein Lkw-Durchfahrtsverbot veranlaßt werden. Es könnte auch bei der künftigen Baukonzeption darauf Bedacht genommen werden, daß die Pkw-Abstellplätze nicht unmittelbar vor den Wohnungsfenstern bzw. vor den Zimmern der Wohnungsmieter angelegt werden. Sie sollten etwas weg von den Wohnungen kommen. Weiters könnte, wenn die Lärmkarte vorliegt, ein schall- und bautechnisches Gutachten für die aktive Verkehrslärmbekämpfung an den neuralgischen Stellen in Steyr ausgearbeitet werden und konkrete Baumaßnahmen vorgeschlagen werden mit dem Ziel, absorbierende, also schallschützende Wände, auf diesen neuralgischen Punkten aufzustellen. Die ersten zwei von uns gemachten Vorschläge kosten nicht einmal viel Geld. Auf diesem Sektor Lärmschutz = Gesundheitsschutz muß mehr geschehen und ich darf bitten, diese Vorschläge in naher Zukunft zu berücksichtigen sowie gleichzeitig anzufordern, wann wird die Lärmkarte dem Gemeinderat vorgelegt, wann dem Beschluß des Gemeinderates vom 1. 3. 1979 Rechnung getragen?

Zur Gruppe 6 brauche ich keine besonderen Aussagen machen. Dies deshalb, weil es sich ja um fortlaufende Maßnahmen handelt, aber in diesem Zusammenhang ist wohl zu unterstreichen diese Resolution, die wir heute eingangs geschaffen haben. Ich glaube, daß man, wenn man mit Vehemenz bei gewissen Stellen des Bundes und Landes diese Forderung deponiert, daß wir die S 37 doch bekommen sollten, wenngleich hier Einsprüche von Kleingemeinden und kleinen Gruppen vorhanden sind. Hier gibt es völlige Übereinstimmung mit den Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters.

Bei der Gruppe 8, Dienstleistungen, werden die Ausgaben auf 66,3 Mill. angehoben. Die Stadtwerkebetriebe allein haben eine präliminierte Mehreinnahme von 68,5 % vorgesehen. Hier wirken sich verschiedene Tarifregulierungen, die im Vorjahr noch nicht sichtbar waren, zumindest nicht im Budget sichtbar waren, aus.

Nun auch eine Anmerkung zum Theaterkeller bzw. zu einem Beschluß des Gemeinderates vom letzten Mal. 6 % Pachtzins von der Bruttoeinnahme erwartet man sich laut Vertrag von der neuen Pächterin des Theaterkellers. Eine Einnahme von 100.000 S wurde diesbezüglich veranschlagt, das sind 8.333 S pro Monat. Man rechnet daher mit Bruttoeinnahmen von 138.000 S im Monat, das sind pro Tag 4.629 S. Wir können nur hoffen, daß diese Bruttoeinnahmen, die veranschlagt wurden, doch höher werden, denn sonst wird sich die Pächterin sehr schwer tun, neben ihren Personalkosten, neben dem notwendigen Wareneinkauf auch noch die 3 Jahresraten in der Höhe von je 166.667 S zu bezahlen.

Nun auch zu den Steuern einige Anmerkungen. Mit 115,9 Mill. an Gemeindeabgaben wird eine um 5,7 % erhöhte Einnahme veranschlagt, wobei vor allem die Lohnsummensteuer und die Gewerbesteuer gesteigerte Haupteinnahmen darstellen. Die Steigerung der Bundesertragsanteile hingegen macht nicht 5,7 %, sondern nur 3,9 % aus und hier haben wir bereits gehört, daß der Bund nicht in dem Maß wie in den Vorjahren uns Mittel zur Verfügung stellen möchte. Auch hier kann man nur wünschen, daß diese Einnahmenpositionen im Verlaufe des Budgetjahres 1980 gesteigert werden können, damit wir statt der veranschlagten Summe von 22,6 Mill. Zuführungsmittel des ordentlichen Haushaltes eine noch größere Summe dem aOH zuführen werden können.

Der aOH wurde schon eingangs besprochen. Gestatten Sie mir auch dazu einige Worte.

Wir beschließen heute einen um ein Drittel gekürzten Haushalt gegenüber dem Vorjahr, nämlich auf 92,3 Mill. gestutzten Haushalt, was die Ausgabenseite betrifft und die Einnahmen sollen 67,2 Mill. beantragen. Der Abgang von 25,1 Mill. muß also erst finanziert werden. Obwohl Darlehensaufnahmen von insgesamt - oH und aoH - 35,8 Mill. S geplant sind, reicht es wieder einmal nicht aus, alle Wünsche zu erfüllen bzw. zu finanzieren. Unsere Wünsche haben wir zeitgerecht beim Finanzstadtrat deponiert und wir stehen nicht an zu erklären, daß wir nichts auf einmal erfüllt erwarten können. Zu sehr sind die Ausgaben der letzten Jahre gestiegen und damit die eingangs erwähnten Schulden, die bald mit diesem Budget 300 Mill. Schilling in Steyr betragen werden. Zu dem sind, wie heute ein Zusatzbeschluß zum Ausdruck bringt, Mittelkürzungen des Landes zu erwarten. Das Land will durch diese Kürzung folgendes erreichen, es geht ja nicht nur um die verringerten Bundeseinnahmen, die dem Land gewährt werden, sondern das Land Oberösterreich möchte - das wird ja in diesen Tagen beschlossen - Das Budgetdefizit von 1,5 Milliarden Schilling auf 1,2 Milliarden Schilling zu reduzieren. Das ist ja die Vorlage des Landesfinanzreferenten an den Landtag und es wird dieses Budget beschlossen werden mit dieser Kürzung des Defizites. Daher verhängen wir auch heute eine 20 %ige Kreditsperre bzw. Kreditausschöpfung.

Nicht zurückstecken wollen wir aber mit folgenden Dingen. Erstens erwarten wir in nächster Zeit, daß für die Gesundheit unserer Bürger, besonders auf dem Sektor Umweltschutz, bzw. Lärmschutz viel getan werden möge, als dies bei diesem Budget mit der Summe von 10.000 Schilling eigentlich nicht bewiesen wird. 2., das vom Stadtsenat am 13. 12. 1979 beschlossene erfreuliche Bürgerservice soll in nächster Zeit verbessert werden. Es ist ja schon ein Erfolg, wenn unsere Forderung der Vorjahre, speziell unsere Vorjahrsforderung bei der Budgetdebatte, teilweise erfüllt wird und nicht mehr mit den Worten abgetan wird, wie sie hier fielen "wir haben ja einen Beschwerdebrieffkasten!" Mehr dazu wird noch mein Fraktionskollege in diesem Zusammenhang sagen. 3. Um die Budgetjahre und auch die Schuldenpolitik besser in den Griff zu bekommen, halten wir es für notwendig, ein neuerliches mittelfristiges Budgetkonzept als Leitlinie auszuarbeiten. Ich glaube, mit dem alten Konzept oder mit dem bereits getätigten Konzept, das für 1974 bis 1979 gegolten hat, sind wir zurecht gekommen. Man konnte zwar nicht alles erfüllen, aber es war eine Leitlinie für jede Fraktion und vor allem für die Hauptverantwortlichen dieses Gemeinderates.

Zum Abschluß noch einige Worte zur Zusammenarbeit. Es haben auch dieses Jahr wieder mehr als 7 % der Wähler uns den Auftrag erteilt, an der Verwaltung und Gestaltung der Stadt mitzuarbeiten, um eine liberale Alternative zur Politik der anderen zu schaffen und zu betonen. Wir werden diesen Auftrag selbstverständlich erfüllen. Gegenüber 1973 hat sich bezüglich der Aufgabenstellung der Freiheitlichen Fraktion nichts geändert. Damals wie heute galt und gilt es, einer Zweidrittelmehrheit im Rathaus als Opposition und auch als wirksame Kontrolle gegenüber zu stehen. Wir bieten den anderen Parteien eine gedeihliche Zusammenarbeit an der Schwelle der 80iger Jahre an zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Unser Nein zur Bürgermeisterwahl hat nichts zu tun mit der Aufgabenstellung, die dieser Gemeinderat für die 80iger Jahre zu bewältigen hat. Die Mehrheitsfraktion, die SPÖ, hat die Möglichkeit, Beschlüsse gegen den Willen der anderen Fraktionen herbeizuführen. Sie könnte sich z. B. über die Interessen von 37 % der Steyrer Wählerschaft in allen Fragen hinwegsetzen und dadurch der Versuchung unterliegen, ihren Vorstellungen den Vorrang einzuräumen, meinetwegen dann und wann auch Parteiinteressen vor das Allgemeinwohl zu stellen. Wir mahnen daher und bitten die SPÖ von dieser Stelle aus, dieser Versuchung nicht zu unterliegen, sondern den Konsens, die Zusammenarbeit, in diesem Hause zu suchen. Sie können versichert sein, daß die Freiheitliche Fraktion in der nun beginnenden neuen Legislaturperiode, was kommunale Sachfragen betrifft, bemüht sein wird, konstruktiv mitzuarbeiten. Wir werden keine unbilligen Forderungen stellen. Wir machen uns aber auch hinsichtlich der finanziellen Belastbarkeit von Bund und Land und Gemeinde keine Illusionen. Beim Umweltschutz werden wir auch in Zukunft strenge Maßstäbe anlegen, denn Umwelt- und Gesundheitschutz heißt auch Heimatschutz. Für unsere Stadt müssen wir alles tun.

Wir wünschen demnach dieser Gemeindevertretung, mit dem wiedergewählten Bürgermeister an der Spitze, eine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle der Stadt und zum Wohle der Bewohner für die 80iger Jahre. Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion wird mit Verantwortungsbe-

wußtsein an die Arbeit der 80iger Jahre gehen. Freiheitliche Gemeindepolitik heißt, mit Idealismus, Ehrlichkeit und Toleranz für die Menschen dieser Stadt eintreten. Über die Wahlen dieses Jahres hinaus wird gerade für uns Steyrer unsere Parole Gültigkeit haben, "frei sein statt abhängig". Dem Voranschlag 1980 erteilen wir mit Ausnahme jener kritischen Bemerkungen, die ich heute deponierte, die Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke für die Erklärung des Herrn Gemeinderates Fuchs. Ich möchte Kollegen Tremml, der als Nächster darankommt, bitten, noch zu warten, damit wir die Sitzung unterbrechen können.

Pause von 15.25 - 15.50 Uhr

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich darf Sie nach der kleinen Lüftungspause wieder begrüßen und darf die Sitzung wieder fortsetzen. Nächster Sprecher ist namens der Kommunistischen Partei Gemeinderat Tremml.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der heute zu beschließende Voranschlag für das Jahr 1980 macht im oH der Gemeinde 369,113.600 Schilling aus, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 15,262.700 S. Bei Berücksichtigung der Teuerung von schätzungsweise über 4 % bedeutet dies nur eine Erhöhung um die Inflationsrate.

Im aoH, den Einnahmen und Ausgaben, kommt es zu einer absoluten Verringerung von rund 34 Mill. S. Somit sind die Budgetzahlen für das nächste Jahr um rund 19 Mill. S niedriger. Wir haben natürlich gehört vom Finanzreferenten Fürst, daß, wenn man diese Zahlen gegenüberstellt dem Nachtragsvoranschlag, das rund 88 Mill. S ausmacht.

Das ao Budget enthält alle größeren Vorhaben der Stadt für 1980. Es geht hier vor allem um den Bau oder die Fertigstellung von Brücken, Straßenbau und Fußgängerüberführungen, die allein 31,260.000 S erfordern und damit rund 1/3 der Gesamtausgaben des aoH ausmachen. Für die Restaurierung des alten Stadttheaters und anderer Bauten, sowie für Denkmalpflege sind 6,5 Mill. S vorgesehen. Verhältnismäßig gering ist die Wohnbauförderung mit 6 Mill. S präliminiert, davon 4 Mill. S zur Förderung des Gemeinnützigen Wohnbaues der Stadt. In einem kürzlich gehaltenen Referat vor dem Investment-Club in Linz erklärte Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger, daß innerhalb der letzten 5 Jahre der Umsatz von 7,3 Milliarden S im Jahr 1974 auf rund 13,5 Milliarden S 1979 stieg. Im gleichen Zeitraum wurde die Belegschaft von rund 18.000 auf 16.000 verringert. Diese Erklärung zeigt deutlich, daß nicht Auftragsmangel, sondern Rationalisierungsmaßnahmen der wahre Grund der Kündigungen war, wobei man sich gleichzeitig der linken und fortschrittlichen Arbeiter entledigte. Diese Unternehmerpolitik führt zu enormen Profiten der Steyrer Aktionäre.

Die mit rund 300 Mill. S verschuldete Stadtgemeinde muß in den nächsten 7 Jahren den reichen in- und ausländischen Großunternehmungen 21 Mill. S schenken. Dazu kommen 15 Mill. S für Aufschließungskosten, für die Bereitstellung für Wohnungen werden 15 Mill. S aufgewendet und als sogenannte Starthilfe wird im Anlaufjahr der Produktion seitens der Stadt auf 5 bis 10 Mill. S Lohnsummensteuer verzichtet. Die Bilanz für die Stadt ist eine zusätzliche Verschuldung von rund 60 Mill. S. Der Voranschlag für 1980 wird besonders belastet durch die im Vorjahr eingegangene Verpflichtung der Stadt gegenüber dem Motorenwerk BMW-Steyr-Werke. Dazu eine allgemeine Feststellung. Ausgehend davon, daß eine größere Anzahl von Arbeitsplätzen im Steyr-Werk in Gefahr waren, dies wurde auch durch 187 Kündigungen im Oktober 1978 scheinhalber durch die Steyrer Werksdirektion noch erhärtet, war die KP-Fraktion bereit, den enormen Förderungsmaßnahmen zum Bau des Motorenwerkes zuzustimmen. Wie der Gemeinderat hinters Licht geführt wurde, zeigte sich sehr bald. Die Bilanz der Steyr-Werke 1978 wies einen erhöhten Reingewinn von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die Aktionäre kassierten eine Dividende von 9 Prozent. Aber auch schon wenige Monate nach Abschluß des Steyr-BMW-Vertrages und der erreichten Förderungssumme von Stadt und Land im Ausmaß von rund 165 Mill. S wurden bis heute ca. 800 Arbeiter aufgenommen und außerdem werden laufend Überstunden im Werk

geleistet. Allein im Vormonat 83.000 Überstunden. Als erste Rate für die Errichtung des Motorenwerkes sind 3 Mill. S vorgesehen, für Aufschließungskosten – Straßenbau (1 Mill), Kanalisation (5 Mill.) und für die Wasserversorgung 4 Mill. S. Insgesamt werden im kommenden Jahr 13 Mill. S aufgewendet, laut Ziffern und Zahlen dieses Voranschlages. Ich glaube, wir dürften im Anschluß an die Budgetdebatte noch einige Punkte haben, wo es um weitere Zuwendungen geht – Kanalbau Münchenholz – und die werden dann natürlich etwas mehr ausmachen, wie diese im Budget angeführten Zahlen von 5 Mill. S.

Für die Realisierung des Vorhabens im aoH sind finanzielle Mittel in der Höhe von 92,3 Mill. notwendig, denen aber nur Einnahmen von rund 67 Mill. S gegenüberstehen. Also ein Abgang von über 25 Mill. S. Trotzdem vom oH dem aoH rund 22,5 Mill. S zugeführt werden, müssen 30 Mill. S auf dem teuren Kreditmarkt besorgt werden. Allein diese aufgezeigten Fakten, Ziffern und Zahlen zeigen wiederum deutlich, daß der Gemeinde immer mehr Aufgaben zufallen, und die dazu notwendigen Mittel von Bund und Land vorenthalten werden. Ja, wir müssen im kommenden Jahr sogar 25 Mill. S für Landesumlage (18 Mill.) und Krankenanstaltsbeitrag (9 Mill.) an das Land abführen. Und der Schuldenstand wird sich von derzeit 260 Mill. S um weitere 30 Mill. S auf rund 300 Mill. S erhöhen, wenn alle geplanten Vorhaben realisiert werden. Das heißt gleichzeitig, daß der seit 1. Jänner 1979 in Kraft getretene Finanzausgleich keine Lösung und Verbesserung der finanziellen Lage für unsere Stadt brachte. Daher wird immer wieder von der Mehrheit des Gemeinderates, mit Ausnahme eines Wahljahres versucht, die fehlenden finanziellen Mittel durch unsoziale Gebühren- und Tarifierhöhungen durch zusätzliche Belastungen der eigenen Bevölkerung aufzubringen. Ich glaube – ich habe kurz geblättert im neuen Amtsblatt, das ich mittags erhalten habe – hier schreibt unser Bürgermeister in den Worten, die ich gebraucht habe, daß nur mit Bitt- und Bettelgängen bei Land und Bund zusätzliche Beträge hereingebracht werden können. Er setzt das in ähnlichen Argumenten weiter fort. Daher ist es eben notwendig – er spricht von fallweisen Anpassungen der Gebühren und Tarife auf die neuen Bedürfnisse.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, auch der Voranschlag für das Jahr 1980 unserer Stadt kann und darf nicht isoliert von der ökonomischen und politischen Gesamtsituation betrachtet werden. Im kommenden Jahr feiern wir nicht nur 1000 Jahre Steyr, sondern auch den 35. Jahrestag der Befreiung Österreichs vom Faschismus und den 25. Jahrestag des Abschlusses des Staatsvertrages. In diesen Jahren nach 1945 haben günstige Bedingungen für die Kommunalpolitik geherrscht. Vieles wurde in unserer Stadt geschaffen, unsere Stadt ist schöner geworden, ermöglicht durch das Wirken der demokratischen Parteien, durch die Steuerleistungen der Bewohner dieser Stadt, durch die Jahrzehnte anhaltende Konjunktur und nicht zuletzt durch über 3 Jahrzehnte des Friedens in Europa.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß es sehr wohl auch für die Sicherheit der Steyrer Bevölkerung von Bedeutung ist, ob jenseits des Inns, in der BRD und in Westeuropa, neue Atomraketen der Nato stationiert werden, ob weiter aufgerüstet wird oder ob Erfolge in Richtung Friedenssicherung und Abrüstung errungen werden können. Es wäre Verpflichtung jedes friedliebenden Gemeinderates, auch im eigenen Interesse und für die Zukunft der Kinder alle Initiativen im Sinne der Abrüstung gegen die atomare Aufrüstung zu unterstützen, damit sich unsere schöne Stadt im Frieden weiterentwickeln kann.

Die KPÖ trat und tritt für die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa vor allem auch deshalb ein, weil nur so die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa ausgebaut werden kann. Nur dank der bisherigen Entspannungspolitik und gleichzeitig dank des besonderen Entgegenkommens der sozialistischen Länder gegenüber unserem Land konnte Österreich den heutigen hohen Grad an Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern erreichen. Diese Wirtschaftsbeziehungen waren und sind neben anderen ökonomischen und politischen Faktoren, ausschlaggebend dafür, daß unser Land und auch unsere Stadt von der kapitalistischen Wirtschaftskrise weniger betroffen wurde. Allein das 15jährige Kooperationsabkommen zwischen Steyr-Daimler-Puch und der polnischen Außenhandelsorganisation Pol-Mot sichert hunderte Arbeitsplätze in unserer Stadt. Wie Ihnen ja lallen bekannt ist, befand sich kürzlich (25. 11.) eine österreichische Regierungsdelegation unter Leitung des Bundeskanzlers Kreisky in Polen und erzielte eine grundsätzliche Einigung über die Lieferung von 1,2 – 1,5 Mill. Tonnen Kohle über einen Zeitraum von 20 Jahren.

Die Steyr-Werke exportieren bis zum Auslaufen des Vertrages im Jahre 1995 jährlich um 500 - 700 Mill. S nach Polen. Es besteht die Möglichkeit der Ausweitung des Lieferumfangs von Lkw und deren Teilen sowie die Ausweitung des Vertrages in Richtung Mittelklasse-Lkw von 16 Tonnen, wie Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger nach der Rückkehr aus Polen mitteilte. Die Handelsbeziehungen der Steyrer Firmen mit den krisenfreien sozialistischen Ländern waren und sind auch in den Achtziger Jahren äußerst wichtig zur Sicherung der bestehenden und der Schaffung notwendiger neuer Arbeitsplätze und sichern gleichzeitig die steuerlichen Einnahmen für die Weiterentwicklung unserer Stadt.

Ich habe auch schon des öfteren darauf hingewiesen, daß man Gemeindeprobleme immer im Zusammenhang mit der Bundes- und Landespolitik sehen muß. Dies kommt heuer wiederum ganz deutlich zum Ausdruck. Laut Bundesbudget für 1980 werden die unsozialen Massensteuern um rund 12 Milliarden wachsen, davon allein die Lohnsteuer um fast 8 Milliarden S. Gleichzeitig ist so gut wie keine Erhöhung der Unternehmersteuern vorgesehen. Im Gegenteil - der sozialistische Finanzminister, der für die nächsten 3 Jahre eine Lohnsteuerreform ablehnt, beabsichtigt weitere Steuergeschenke für das Kapital und benachteiligt die verschuldeten Gemeinden. Dazu kommen Einsparungen von rund 8 Milliarden S, die wieder fast ausschließlich die arbeitende Bevölkerung betreffen. Trotz immer neuer Belastungsrekorde wird das Bundesdefizit heuer rund 55 Milliarden S betragen und die Staatsschulden werden 1980 auf 267 Milliarden S anwachsen. Dies aber nur deshalb, weil die Großunternehmer und Kapitalisten im Vergleich zu den Arbeitenden Menschen immer weniger zum Steueraufkommen beitragen. Daher tritt die KP für eine grundlegende Änderung der Finanzpolitik ein, für eine soziale Umverteilung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und der Gemeinden. Das gesamte Einkommen und Vermögen der Reichen muß steuerlich erfaßt und wesentlich höher besteuert werden. Der jährliche Steuerausfall auf Grund der zahlreichen Möglichkeiten, der Unternehmerbesteuerung zu entgehen, beziffert der Finanzminister mit 70 Milliarden S. Weiters sind wir für die Streichung der steuerlichen und anderen Privilegien der Politiker, insbesondere für die Abschaffung ihrer hohen Mehrfachbezüge. Es ist halt einmal zu viel, wenn es Politiker gibt wie den Bundespräsidenten mit 2,4 Mill. S, den ÖVP-Bürgermeister von Innsbruck mit 2,2 Mill. S und den FPÖ Bürgermeister von Graz mit 1,9 Mill. S Jahresbezug. Ihnen ist sicherlich auch bekannt die jüngste Veröffentlichung im Profil, wo man die 60 Bestverdiener unter den österreichischen Politikern aufzeigt, die in einem Jahr zusammen - also nur diese 60, davon ist keiner unter uns, das möchte ich objektiverweise sagen - 84 Mill. S einstreifen.

Meine Damen und Herren, wir sind auch für die Heranziehung der hohen Profite der verstaatlichten Banken und für die Einschränkung der unnötig hohen Ausgaben für das Bundesheer. Besonders wären budgetäre Impulse für eine soziale Infrastrukturpolitik, höhere Anteile für die Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundessteuern, sowie erhöhte Zweckzuschüsse für aufwendige Gemeindevorhaben erforderlich. Mit diesen Grundsätzen und Vorstellungen knüpfe ich nur an frühere Forderungen der SP und den geltenden Beschlüssen der Gewerkschaft an.

Das heute von uns zu beschließende Budget ist mit großer Zurückhaltung erstellt und als Sparbudget zu bezeichnen. Allerdings bei den eigenen Bezügen, bei den Funktionsgeldern der Mandatare, vermißt die KP-Fraktion die Zurückhaltung. Dem Voranschlag zufolge erhöhen sich die Ausgaben für die Gemeindepolitiker von derzeit 6,5 Mill. S auf 6,749.000 S. Zum Vergleich möchte ich Ihnen anführen, im Jahre 1972 betragen sie hier in Steyr noch 1,700.000,- S. Somit steigen diese Kosten innerhalb von 7 Jahren um das Vierfache.

Meine Damen und Herren, jeder Arbeiter, Angestellte und Bedienstete wäre zufrieden, wenn sein wesentlich geringerer Lohn oder Gehalt sich im gleichen Zeitraum vervierfacht hätte. Noch dazu, bei einer nur 50 %igen Besteuerung.

Die KPÖ-Fraktion ist für eine Kürzung der Bezüge und verlangt konkret ihre Halbierung, um damit eine Budgetentlastung zu erreichen. Dies wäre ein echter Beitrag, um den Sparwillen der Allgemeinheit, wie man so schön sagt, zu fördern.

Ich stehe auch nicht, weil Kollege Fürst in seinen einleitenden Worten die Frage der geringen Höhe der Bezüge in Steyr erwähnte, daß zu vergleichbaren Städten Steyr weit zurück liege. Ich bin da anderer Auffassung. Mit Ausnahme von zwei hauptberuflichen Bürgermeistern sind alle anderen Mandatare in Steyr nebenberuflich tätig. Das trifft bei vergleichbaren Städten - es betrifft sicherlich die Stadt Wels - nicht zu, dort gibt es ja

hauptberufliche Stadträte. Ich wollte sagen Linz. Aber sämtliche andere Mandatare machen das neben ihrer beruflichen Tätigkeit und wir sagen, das Amt eines Gemeinderates ist eben ein Ehrenamt und soll nicht unentgeltlich gemacht werden, sondern es soll ein angemessener Betrag bezahlt werden, und ich glaube, der ist in dieser Form, wie ich das vorhin ausgeführt habe, wohl gegeben.

Zur Erstellung des Voranschlages 1980 hat meine Fraktion eine Reihe von Vorschlägen und berechnete Wünsche der Bevölkerung dargelegt, die auch teilweise Berücksichtigung fanden. So schlagen wir vor, daß im kommenden Jahr der Kindergartentarif gesenkt wird, damit die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen ihre Kinder in den Kindergarten schicken können. Derzeit besuchen nicht einmal 40 % der drei- bis sechsjährigen Kinder in unserer Stadt den Kindergarten. Es ist sicher notwendig, daß sich der gesamte Gemeinderat verstärkt dafür einsetzt, daß das derzeitige öö. Kindergartengesetz zugunsten der Gemeinde novelliert wird. Wir sind auch dafür, daß die Stadtgemeinde zur Beseitigung des Tarnanstriches der WAG-Häuser einen Kostenbeitrag leistet, damit verhindert wird, daß die Kosten dieser Fassadenaktion den Mietern aufgelastet werden. Außerdem treten wir für die Befreiung aller Pflichtschüler von der Eintrittsgebühr im städtischen Hallenbad im Rahmen des Unterrichtes ein. Aus energiepolitischen Gründen ist die KPÖ-Fraktion für die verstärkte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel. Um dies zu erreichen, ist der Ausbau der städtischen Verkehrslinie und das verstärkte Anfahren der Randgebiete notwendig.

Ein allgemeiner Wunsch der Bewohner der Resthofsiedlung und der Steinfeld- und Neustraße ist die Errichtung von Wartehäuschen in der Resthofstraße bzw. bei der Haltestelle Annaberg. Bei beiden Haltestellen der städtischen Verkehrsbetriebe gibt es für die wartenden Fahrgäste bei Schlechtwetter keine Unterstellmöglichkeit.

Meine Damen und Herren, ein Bereich, dessen Entwicklung in der nächsten Zeit erhöhte Aufmerksamkeit erfordern wird, ist der Wohnbau in unserer Stadt. Im Gegensatz der allgemeinen Auffassung der SP-Landes- und Bundespolitiker, die meinen, der quantitative Wohnungsfehlbestand sei beseitigt, besteht in Steyr weiterhin ein großer Bedarf nach Neubauwohnungen. Es sind immer noch rund 2000 Familien, die auf eine Zuweisung einer GWG-Wohnung warten.

Eines der vorrangigsten Probleme ist daher nach wie vor der verstärkte Bau von Wohnungen und die Qualität der bestehenden Wohnungen im Altstadtbereich und im Wehrgraben zu verbessern. Die GWG der Stadt Steyr wird 1980 für den Wohnbau 92,7 Mill. S aufwenden. Zur Deckung der Kosten des vorgesehenen Wohnbaues kommen vom Land aus den Wohnbauförderungsmitteln 40 Mill. S an Baukostenbeiträgen der Mieter rund 8 Mill. S, von der Stadt selbst nur 4 Mill. S Förderungsmittel und daher müssen 38 Mill. S auf dem teuren Kreditmarkt aufgenommen werden. Nach dem derzeitigen Wohnbauförderungsgesetz bringt der Wohnungsbau Riesengewinne für die Banken und immer höhere fast unerschwingliche Zinse für die Mieter. Dies zeigen die ständig steigenden Mietzinsrückstände, die im Vorjahr gerichtliche Klagen und Kündigungen zur Folge hatten. Es ist auch keine Erfindung von mir, daß zum Beispiel die Baupreise im Wohnungsbau seit 1972 sich exakt verdoppelten. Der derzeitige Quadratmeterpreis beträgt 8.400 S. Es ist auch nicht neu, wenn ich daran erinnern darf, die SPÖ und ÖVP-Aufsichtsräte der GWG der Stadt von 485 Resthofmietern eine Baukostennachzahlung bis zu 6000 S noch vor Weihnachten verlangen. Obwohl schon vor den Gemeinderatswahlen die Höhe der Nachzahlung bekannt war, hat man diese Mieterbelastung aus wahlpolitischen Gründen verschwiegen. Die bedauerliche Preisentwicklung ließ leider auch die individuellen Wohnungskosten recht stark ansteigen und nur durch den Ausbau der Subjektförderung in Oberösterreich konnten bisher die ärgsten Auswirkungen, besonders für sozial schlechter gestellte Familien auch in unserer Stadt verhindert werden. Die Wohnbeihilfe für einkommenschwache Gruppen, wie der öö. Wohnungslandesrat Ernst Neuhauser jene Familien nennt, die sich ohne öffentliche Zuschüsse keine Neubauwohnung leisten können, wird in Oberösterreich im kommenden Jahr die Höhe von rund 280 Mill. S erreichen. Im Jahre 1976 lagen die Ausgaben für die Wohnbeihilfe noch bei 70 Mill. S und diese 280 Mill. S werden im Jahre 1980 sicherlich der Wohnbauförderung fehlen. Mit diesem Betrag könnte man nämlich etwa 400 Neubauwohnungen errichten. Diese Fakten machen es daher notwendig, eine Adaptierung des Wohnbauförderungsgesetzes vorzunehmen, die Bodenankaufpolitik der Gemeinde und der Gemeinnützigen Wohnbauträger zu koordinieren, die Zinssätze für Hypothekarkredite zu senken sowie zusätzliche kreditpolitische Maßnahmen zu setzen. Eine davon wäre, die von der KP-Fraktion seit Jahren verlangte Forderung, daß die Banken

ein bestimmtes Kreditvolumen zu einem wesentlich niedrigeren Zinssatz als bisher für den Wohnbau zur Verfügung stellen. Weiters ist auch die Erhöhung der staatlichen Wohnbauförderung und wirksame Maßnahmen gegen Spekulation mit Grund und Boden notwendig. Meine Fraktion ist seit Jahren gegen die Besteuerung der Wohnung durch die Einhebung von 8 % Umsatzsteuer und verlangt erneut die Beseitigung dieser unsozialen Steuer. Die GWG Steyr zahlt im kommenden Jahr 3,4 Mill. S Umsatzsteuer, teilweise wird dieser Betrag aus den Instandhaltungsrücklagen entnommen und fehlt dann bei notwendigen Hausreparaturen. Nach einem vor wenigen Tagen an 2200 GWG-Mieter verteilten Schreiben, werden rückwirkend ab 1. Dezember 1979 die Instandhaltungszinse auf 25 S pro m<sup>2</sup> zuzüglich 8 % Umsatzsteuer und die Verwaltungskosten von derzeit 840 S auf 900 S erhöht. Gegen diese neuerliche Belastung der Mieter und gegen diese Vorgangsweise der Geschäftsführung und der teilweisen Verunsicherung der Mieter habe ich bereits in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung am 13. Dezember Stellung genommen und protestiert. Eine weitere Forderung der KPÖ ist die Anschaffung eines dringend notwendigen Notarztwagens. Es ist auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates bekannt, daß das Weiterleben oft weitgehend davon abhängt, wie schnell ein Arzt mit den notwendigen medizinischen Geräten zur Stelle ist. Es geht oft um Minuten, ja Sekunden, die über Leben und Tod entscheiden. Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich bereits im Vorjahr anläßlich der Budgetsitzung die Anschaffung eines Notarztwagens verlangt. Unserer Vorstellung nach soll der Notarztwagen bei der Intensivstation stationiert und mit den diensthabenden Ärzten im Landeskrankenhaus Steyr koordiniert werden. Dadurch würden auf dem Personalsektor keine wesentlichen Mehrkosten entstehen. Ableitend davon, daß die Stadt im Jahre 1980 9 Mill. S an Krankenhaussprengelbeitrag an das Land zahlt, müßte eine Teilfinanzierung für diese lebensrettende Einrichtung vom Land OÖ. geleistet werden. Vor allem müßte die Stadtgemeinde für die Betriebskosten des Notarztwagens aufkommen. Vorstellen könnte ich mir auch, daß der Gemeinderat an die reiche Werksdirektion der Steyr-Werke herantritt, damit sie die Anschaffung des zusätzlichen Rotkreuzwagens samt der notwendigen Infarktbekämpfungsgeräte finanziert. Der KPÖ-Fraktion ist klar, daß in der derzeitigen Gesellschaftsordnung auf der Basis der sogenannten Sozialpartnerschaftspolitik die Grundprobleme für die Mehrheit der Bevölkerung nicht gelöst werden. Dazu wären entscheidendere Maßnahmen und Reformen notwendig. Es ist uns auch klar, daß die von uns gemachten Vorschläge nicht alle in einem Haushaltsjahr verwirklicht werden. Die KPÖ-Fraktion fordert jedoch vom Gemeinderat, daß mit dem Voranschlag für das Jahr 1980 ein Schritt in der Richtung getan wird und entsprechende Prioritäten festgelegt werden. In diesem Sinne werde ich dem vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1989, einbezogen die Ablehnung der neuerlichen Erhöhung der Funktionsbezüge und der kritischen Feststellungen, die Zustimmung geben. Ich danke.

#### VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Ich darf die weitere Reihenfolge der Wortmeldungen kurz wiederholen, Kollegin Kaltenbrunner, Stadtrat Wallner, Kollege Radler. Ich bitte Frau Stadtrat zum Rednerpult.

#### STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Herr Vizebürgermeister Fritsch zu Deinen Ausführungen darf ich ganz kurz sagen. daß die Familienpolitik, die in Österreich gemacht wird, weit über die Grenzen Österreichs hinaus anerkannt wird. Wo geht es heute unseren Familien und unseren Kindern schlecht? Angefangen von der Kinderbeihilfe zu den Schülerfreifahrten, Heiratsbeihilfe, Wohnungsbeihilfe usw. sorgt unsere sozialistische Regierung für die Familie. Und Gott sei Dank gibt es eine Fristenlösung für unsere Frauen, die sie ja nur in Konfliktsituationen in Anspruch nehmen wollen und sollen. Natürlich wird jeder Mutter eine dementsprechende Beratung lieber sein und geordnete Verhältnisse. Aber eine ungewollte Schwangerschaft kann eine Frau so unglücklich machen und hat früher viele in den Tod geführt, eben durch Pflückerinnen. Das hat sich heute Gott sei Dank durch die Fristenlösung geändert. Es wird ja keine Frau dazu gezwungen und zum Glück einer Familie gehören meiner Meinung

nach auch glückliche Kinder. Das wollte ich zu Deinem Beitrag sagen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Gemeinderat steht nie so sehr im Licht des öffentlichen Interesses als dann, wenn er zusammentritt, um den Voranschlag für ein bevorstehendes Jahr zu beraten und zu beschließen. Und heuer tritt nun wieder der Fall ein, daß ein neugewählter Gemeinderat zur ersten Budgetsitzung seiner Funktionsperiode zusammentritt. Das politische Mandatsverhältnis im Gemeinderat hat sich ja nicht geändert, aber dennoch erblickt man eine Reihe neuer Gemeindefunktionäre, die heute zum ersten Mal mit der Verantwortung der Voranschlagserstellung konfrontiert sind. Und deshalb darf ich Sie, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, gleich zu Beginn meines Budgetbeitrages um eine gute Zusammenarbeit im Hinblick auf mein Ressort bitten.

Erlauben Sie mir, daß ich als Mitglied des Wohlfahrtsausschusses einige Worte über "Altenbetreuung", Aktion "Tagesmütter" und "Ganztagsschule" spreche. Der Bevölkerungsanteil der Pensionisten nimmt auch in unserer Stadt ständig zu. Ich führe das auf eine richtige, humane Sozialpolitik zurück. Beispielhaft ist unser umfangreiches soziales Service: die Betagtenerholungsaktion, die Pensionistenheime, die altengerecht ausgestattet sind, unser Alters- und Pflegeheim und unsere Seniorenklubs, die - mit Ausnahme des Stadtzentrums - schon in jedem Stadtteil etabliert sind. Aus dieser hinweisenden Namhaftmachung ist bereits ersichtlich, daß heute nicht mehr die Sicherung des materiellen Wohlstandes für unsere betagten Mitbürger im Vordergrund der Betrachtungen bzw. der Problemlösung steht, sondern daß es vielmehr darum geht, einer gesellschaftlichen Isolierung entgegenzuwirken. Durch die Änderung unserer sozialen Struktur - Abgehen von der Großfamilie - kann der Großteil unserer betagten Mitbürger nicht mehr im gemeinsamen Familienverband leben. Sie wohnen, abgesehen vom ländlichen Raum, vielfach allein und zum Teil in Alters- oder Pensionistenheimen. Der dadurch auftretenden Vereinsamung entgegenzuwirken, ist ein Hauptanliegen unserer derzeitigen Sozialpolitik. Die Sorge um das Verständnis für unsere betagten Mitbürger ist und bleibt eine hohe Verpflichtung für die sozialistische Fraktion hier im Gemeinderat. Die berufstätige Generation schafft die Werte. Durch diese Leistungen sollte jeder einen gesicherten Lebensabend erwarten dürfen. Materielle Sicherheit, Dank und Anerkennung, sowie Integration im gesellschaftlichen und kulturellen Leben müssen bis ins hohe Alter gewährleistet sein. Wenn ich bei meinen zahlreichen Besuchen im Altersheim, in den Seniorenklubs und im Rahmen der Betagtenerholungsaktion die Lebensfreude, die Aktivität und selbst die Agilität unserer betagten Menschen sehe, so bestätigt dies meine Auffassung, daß es unseren Pensionisten noch nie so gut gegangen ist, als jetzt unter unserer sozialistischen Regierung. Auch die Angst vieler älterer Menschen, daß sie, falls sie einer Heimpflege bedürfen, ihren Kindern zur Last fallen, gibt es ab 1. Oktober laufenden Jahres nicht mehr. Landesrat Ing. Reichl ist es gelungen, die von den Betroffenen als Sippenhaftung empfundene Rückerstattung von Kosten für die Heimunterbringung alter und kranker Familienmitglieder abzuschaffen. Dies ist ein außerordentlich sozialer, aber auch menschlicher Weg, der von vielen alten Leuten den Druck der Angst nimmt: Jetzt kann ich mir beruhigt einen Platz im Altersheim suchen, meine Kinder müssen für mich nicht mehr aufzahlen.

Als Referentin des Zentralaltersheimes, wo ich mit vielen solcher Sorgen konfrontiert bin, danke ich an dieser Stelle namens der vielen betroffenen Mitbürger, unserem Landesrat Ing. Hermann Reichl für seine großartige Initiative.

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Steyr hat in den letzten sechs Jahren 325 Mill. Schilling für soziale Hilfen und Maßnahmen ausgegeben. Das entspricht pro Kopf der Bevölkerung einem Betrag von S 8.000,-, eine Leistung, die in Österreich nur von wenigen Städten erreicht wurde. Für die neue Funktionsperiode steckt sich die sozialistische Gemeinderatsfraktion folgende Ziele: Qualitative Verbesserung der Pflegeabteilung des Zentralaltersheimes und Ausbau der persönlichen Betreuung der dort lebenden Menschen - Ausweitung der sozialen Hilfsdienste für unsere alten und behinderten Menschen - Förderung der Aktion "Tagesmütter" und "Krabbelstuben", die besonders uns sozialistischen Frauen im Gemeinderat sehr am Herzen liegt.

Ausgangspunkt für die Aktion "Tagesmütter" bildet der Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder berufstätiger Mütter im Alter von ein bis drei Jahren, also zwischen dem Ende des Karenzjahres und dem Kindergartenalter. Eine Alternative bildet nun die Aktion "Tagesmütter". In Oberösterreich ist dies ein unpolitischer Verein mit dem Sitz in Linz, Grillparzerstraße 50, dessen Tätigkeit sich auf das ganze Bundesland

Oberösterreich erstrecken soll. Durch den Einsatz geeigneter und geschulter Frauen als Tagesmütter soll berufstätigen Frauen die Obsorge für ihre Kinder während deren Arbeitszeit abgenommen werden. Die Tagesmütter werden mittels Arbeitsvertrages zu Angestellten des Vereines. Die Finanzierung soll durch sozial gestaffelte Kostenbeiträge der berufstätigen Mütter, durch Zuschüsse der Arbeitsmarktverwaltung, durch Beiträge des Sozialreferates des Landes Oberösterreich sowie durch Zuschüsse an dieser Aktion interessierten Gemeinden und Institutionen erfolgen.

Ich hoffe sehr, daß sich auch in unserer Gemeinde Frauen für diesen schönen, wohl aber auch aufopferungsvollen Beruf, interessieren und sich melden, und unser soziales Service bald durch die Aktion "Tagesmütter" erweitert werden kann.

Wichtig erscheint mir, daß Kinderkrippen und Tagesmütter dort sein sollen, wo sie dringend gebraucht werden, z. B. in Neubaugebieten.

Die ÖVP redet in letzter Zeit sehr viel von der sogenannten "Wahlfreiheit der Frauen". - Gemeint ist, daß eine Frau, die verheiratet und Mutter ist, sich frei entscheiden können müsse, ob sie berufstätig bleiben oder Nurhausfrau sein möchte. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Tatsache aber ist, daß viele Frauen diese Wahlmöglichkeit gar nicht haben. Denn wenn niemand da ist, der sich um die Kinder kümmert, während die Mutter arbeitet, so muß sie im Interesse der Kinder zu Hause bleiben, auch wenn sie ihrem Beruf noch so sehr nachtrauert. Schülerhorte sind hier sicher eine Hilfe, aber eine optimale Lösung sind sie nicht. Auch der Ausbau der "Ganztagschulen" wäre dringend nötig. Das zeigte sich an dem regen Interesse von 500 interessierten Eltern anlässlich des "Tages der offenen Tür" in unserer Gemeinde an unserer Ganztagschule auf der Ennsleite, die dort mit großem Erfolg, jedoch nur für Hauptschüler, geführt wird., obwohl die Nachfrage für Volksschüler ebenso groß ist. Den Ausbau der Ganztagschulen - so dringend deren Bedarf in ganz Österreich ist - verhindert eigenartigerweise die ÖVP, die andererseits von der "Wahlfreiheit der Frauen" schwärmt. Wie es um die Wahlfreiheit tatsächlich bestellt ist, zeigt sich für die meisten Frauen aber bereits nach Ablauf des Karenzjahres. Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das waren auf Sicht wieder einige meiner Wünsche. Ich bin mir aber bewußt, daß die gesellschaftspolitischen Aufgaben, die von unserer Stadt zu erfüllen sind, immer zahlreicher werden und sich bereits zu einem umfassenden Bürgerservice entwickelt haben. Die Kommunalpolitik ist für uns Sozialisten von ganz besonderer Bedeutung, weil gerade auf Gemeindeebene die sozialdemokratischen Grundwerte der Chancengleichheit, der Gerechtigkeit und Solidarität auf anschauliche Weise verwirklicht werden können. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke der Kollegin Kaltenbrunner für ihren Diskussionsbeitrag. Nächster Redner ist Kollege Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn es die Budgetsitzung am Ende des Jahres nicht geben würde, so müßte man - so glaube ich - sie erfinden. Gibt eine solche Sitzung doch jedem Mitglied des Gemeinderates die Möglichkeit, Rückblicke zu halten, und auch vorausschauend Vorschläge für die Gemeindefarbeit zu erstatten und zur Diskussion zu stellen. Bei dieser Art von Sitzungen ist man mit seinen Wortmeldungen nicht so starr an eine Tagesordnung gebunden, wie etwa bei den anderen Gemeinderatsitzungen, denn zum Budget paßt so quasi alles. Hier ist der Bogen der zur Sprache gebrachten Themen und Beiträge sehr weit gespannt, so haben wir alle in den letzten Jahren schon erlebt, daß z. B. ein Kollege die Vorzüge anderer Staatsformen im Osten Europas schmackhaft machte und diese - wenn es ginge - auch hierher transferieren möchte. Ein anderer Kollege der Mehrheitsfraktion wiederum antwortete auf diesen Beitrag in sehr eindrucksvoller Form mit einem imaginären "Kettengerassel" von Panzern usw. Wie dem auch sei, dies alles dient der Auflockerung solcher Gemeinderatsitzungen. Meine Fraktion muß ich aber bei dieser Gelegenheit in diesem Zusammenhang schon sehr lobend erwähnen. Unsere Beiträge waren bisher immer konstruktiver Art und so darf ich bitten, meine kurzen Ausführungen auch so zu verstehen. Zunächst eine grundsätzliche Feststellung zur Wirtschaft im allgemeinen. Die heimischen

Klein- und Mittelbetriebe sind die beste Garantie für sichere Arbeitsplätze und damit für eine leistungsstarke und florierende Wirtschaft. Eine praktische Hilfe hiezu wäre zum Beispiel die Änderung der Kanalanschlußgebührenordnung oder eine großzügigere Handhabung bei der Vorschreibung von diesen Anschlußgebühren. Es würden damit keine Beträge verschenkt werden müssen, da auch auf Seiten der Gemeinde kein oder nur ein verhältnismäßig geringer Aufwand entstehen würde. Ich denke im besonderen an die Lager- und Werkstättenhallen, wo wenig oder gar keine Abwässer anfallen, jedoch die Vorschreibung der Anschlußgebühren in die Hunderttausende geht. Sollten Bedenken wegen der Dachwässer und der asphaltierten Flächen bei starken Regengüssen bestehen, so könnte man genehmigen, daß diese reinen Dachwässer zum Beispiel in Sickergruben eingeleitet werden dürfen. Eine weitere Forderung der Wirtschaft wäre, Überlegungen anzustellen, auf welche Art weitere Grundstücksflächen zur Erweiterung bestehender Betriebe als auch zur Ansiedlung neuer Unternehmen zu erschwinglichen Preisen bereitgestellt werden könnten. Hier muß aber auch – ich stehe nicht an, das zu tun – ausdrücklich anerkannt werden, daß bisher in Steyr auf diesem Gebiet schon sehr viel getan wurde. Eine weitere Feststellung liegt mir auch noch sehr am Herzen. Jeder von Ihnen hat sicherlich seit dem Bestehen der sogenannten Richtlinien zur Förderung von Kleinbetrieben durch die Stadt Steyr – so glaube ich jedenfalls annehmen zu dürfen – die Überzeugung gewonnen, daß diese Aktion keine Hilfe für unsere Kleinbetriebe war und ist, und daß die Richtlinien wegen ihrer Kompliziertheit nicht praktikabel sind. Wir haben im Jahre 1977 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß – um einige Punkte herauszugreifen – die Anschaffung von Geschäftseinrichtungen für den Handel unbedingt in diese Förderungsaktion einbezogen werden müßten, daß die Richtlinien zu verwaltungsaufwendig sind und daß das Kontrollrecht der Gemeinde viel zu weit geht. Sie brauchen dabei nur an die laufenden Überprüfungen zu denken, an die alljährlich unaufgefordert vorzulegenden Bilanzen etc. und daß letztlich die Förderung für ein Darlehen von – damals beschlossen – bis zu 100.000 S bei einem maximalen Zinszuschuß bis zu 5 % auf 5 Jahre zu wenig wirksam ist. Der maximale – ich habe das damals ausgerechnet – Förderungsbetrag besteht nur in einer Höhe von 12.500 S und das auf 5 Jahre gerechnet. Ich glaube, sind wir doch ehrlich zueinander, Sie die Stadtgemeinde, der Magistrat, handhaben doch selbst kaum mehr diese Richtlinien, sonst wären doch viele gewerbliche Förderungen, wie sie in den letzten Jahren durchgeführt worden sind, nicht erfolgt. Sie selbst wollten doch bisher einen freien Ermessensspielraum bei der Zuerkennung von gewerblichen Förderungen und haben dies in vielen Fällen auch praktiziert. Das war richtig so. Zur Illustration, wie wirkungsvoll – das letzte Wort wollen Sie unter Anführungszeichen verstanden wissen – die seinerzeit von Ihnen bzw. von Ihren Vertretern des Freien Wirtschaftsverbandes initiierte oder von Ihnen im Jahre 1977 eingeführten Richtlinien sind, wie tragbar sie sind, wie sehr sie nicht in Anspruch genommen werden, verrate ich Ihnen hiemit etwas. In den Jahren 1978 und 1979 – also in einem Zeitraum von zwei Jahren – haben nur 6 von 1.117 Wirtschaftstreibenden in Steyr diese Richtlinien beansprucht und um eine Förderung angesucht. Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich, ich habe hier nichts mehr hinzuzufügen. Ich glaube also sagen zu dürfen, Mut für eine Initiative und weg mit diesen unpraktikablen und manchmal sogar unsinnigen Bestimmungen. Ich glaube, man kann uns allen ohne weiteres eine freie Entscheidung über Förderungsansuchen der gewerblichen Wirtschaft zumuten. Eine weitere Bitte. Auch die Stadtgemeinde Steyr soll beim Städtebund dahingehend versuchen Einfluß zu nehmen, daß es bei der Berechnung der diversen Abgaben im Fremdenverkehrsgewerbe – im besonderen bei der Getränkesteuer – zu Vereinfachungen kommt und zu einer gerechteren Besteuerung. Es wäre zweckmäßig, als Bemessungsgrundlage für die Getränkesteuer die Einkaufsrechnungen heranzuziehen. Damit würde man erreichen, daß eine gleichmäßige Besteuerung sämtlicher getränkesteuerpflichtigen Abgaben erreicht wird und nicht die Steuern auf allgemeine Regien des Gaststättenbetriebes, die in der Kalkulation Eingang finden müssen, aufgerechnet werden. Die Besitzer der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe leisten sehr viel und setzen noch dazu ihr gesamtes Vermögen ein. Nur durch großen Idealismus und viele unbezahlte Arbeitsstunden ist es möglich, so manchen Gaststättenbetrieb aufrecht zu erhalten. Ein solches Verhalten von Gewerbetreibenden erscheint auf Dauer nur dann möglich, wenn es mit Eigentums- und Gewinnbildung verquickt ist. Wir im Gemeinderat wissen, wie es mit der Ertragslage bei den gemeindeeigenen Restaurants und Beherbergungsbetrieben aussieht und wie schwer es ist, einen geeigneten Pächter zu finden. Diese Liegenschaften sind für die Gemeinde nur eine Belastung und

bringen keinen Ertrag. Die Entscheidung im Jahre 1979, bestehende Gewerbebetriebe mit entsprechender Bettenkapazität zu unterstützen, war richtig und ist auch für die Gemeinde zweifellos die billigste Lösung. Die kleinen selbständigen Betriebe sind der Motor der Stadt und bringen uns damit die Lebensqualität. Kleine Betriebe haben geringe Anpassungsschwierigkeiten bei eventuellem Strukturwandel. Durch Steuerbelastung wurde den Betrieben Kapital entzogen, was durch Fremdkapital mit hoher Zinsenbelastung ausgeglichen werden muß. Eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals in Form von Anlagevermögen ist in der Kalkulation meistens nicht unterzubringen. Dies ist eine Erklärung dafür, daß Pachtbetriebe auf die Dauer nicht gut existieren können. Die Selbständigen verdienen zweifellos Anerkennung für ihre Tätigkeit, die in hohem Maß der Allgemeinheit zugute kommt. Es sollte keine generelle Abqualifizierung stattfinden, wie etwa im letzten Amtsbericht bezüglich der Müllkompostieranlage. Dort finden sie auf Seite 2 folgenden Satz: Auf Grund der mittlerweile gewonnenen Erfahrungswerte hat es sich nämlich gezeigt, daß private Errichter bzw. Betreiber solcher Anlagen die erforderliche Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit missen lassen, was immer zu Schwierigkeiten hinsichtlich einer Umweltbelastung führt. Meines Erachtens liegt das nur an der Person, die ein solches Unternehmen betreibt bzw. an den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen und der nötigen Kontrolle über die Einhaltung dieser gesetzlichen Erfordernisse. Um die Kosten der Gemeinde nicht übermäßig aufzublähen, haben sich auch sozialistische Gemeinden prinzipiell zur Reprivatisierung von Betrieben bekannt, die bisher von der öffentlichen Hand geführt wurden. Die öffentliche Hand soll bei der Entstehung und Gründung von Betrieben, z. B. einer Müllrotteanlage, Einfluß nehmen, aber dann die Führung einer privaten Person überlassen, die das doch in den meisten Fällen zum Nutzen der Bevölkerung viel billiger durchführen kann.

Daß ein kleinerer Betrieb nicht so schwerfällig ist und leichter entscheiden kann, beweist auch die Gesellschaft LiWeSt. Dieses Unternehmen existiert seit 1977. Praktisch geschehen ist bis heute nur eine Kabelverlegung in unbedeutendem Ausmaß in der Waldrandsiedlung. Die zugesagte Verkabelung der Stadt und die damit verbundene Anschlußmöglichkeit ist meines Wissens nicht gegeben. Die Kosten des zukünftigen Services sind wahrscheinlich auf Grund der hohen Verwaltungskosten rund doppelt so hoch als bei der privaten Firma in Steyr, die – soweit mir bekannt ist – einwandfreie Bild- und Tonqualitäten liefert. Es würden sich auch noch andere private Firmen mit dieser Firma, die derzeit die Funkberechtigung hat, zusammenschließen, um möglichst rasch alle Bewohner der Stadt mit gutem Fernsehempfang zu versorgen, wenn nicht diese "Monstergesellschaft" LiWeSt stehen und für sich gewisse Rechte in Anspruch nehmen würde. Eine kurze Zusammenfassung des bisher Gesagten.

Die Selbständigen sind zum Großteil an der Grenze der Belastbarkeit angelangt. In Zukunft wird man an Maßnahmen denken müssen, die der Gemeinde auf die Dauer gesehen keine weiteren Kosten anlasten. Wie z. B. das Freihalten von Grundstückflächen für die Ausstellungsgemeinschaft – als Beispiel angeführt –, Hilfestellungen bei Werbeveranstaltungen und Ausstellungen der Gewerblichen Wirtschaft. Bei dieser Gelegenheit, Herr Bürgermeister, darf ich Dich bitten um die Interpretation einer seinerzeitigen Aussage von Dir, die von der Presse wiedergegeben worden ist. Demnach soll gesagt worden sein, daß der sogenannte Formierungsplatz an der Kaserngasse durch Wohnbauten verbaut werden soll. Ich darf mir die Feststellung erlauben, wenn dies richtig ist, würde dies das Ende der Gewerbeausstellung in Steyr bedeuten.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Darf ich kurz unterbrechen und gleich erklären, daß das nicht stimmt so wie es gesagt wird, sondern die Bauabteilung oder die Planungsabteilung hat den Auftrag erhalten, einen Verbauungsplan zu erstellen, um zunächst einmal die Möglichkeiten in diesem Areal zu prüfen.

**STADTRAT MANFRED WALLNER:**

Also keine konkrete Absicht.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ob dort Wohnbauten entstehen oder andere Einrichtungen, das kommt dann auf diesen Be-

bauungsplan an.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich danke, Herr Bürgermeister.

Nun zum Schluß noch ein Beitrag, der mehr in das Verkehrsressort fällt, der aber speziell die gewerbliche Wirtschaft betrifft.

Es handelt sich um die derzeitige Verkehrssituation am Stadtplatz. Die Handelskammer hat sich vor Einführung der neuen Verkehrsmaßnahmen unter anderem dagegen ausgesprochen, daß auf der Straßenseite von der Volkskreditbank bis zur Firma Kriszan ein Halteverbot zu erlassen. Desgleichen vom Kreisgericht bis zur Konditorei Schmid. Meine Fraktion hat sich damals dieser Ansicht angeschlossen und sie unterstützt. Das Halteverbot wurde aber trotzdem verfügt und nun gibt es – das werden mir viele bestätigen – viele hunderte von verärgerten Pkw-Fahrern, die bisher an diesen Stellen Strafen zahlen mußten, weil sie dort oft nur ganz kurze Zeit gehalten haben. Ich lade Sie ein, schauen Sie sich dort die Situation tagsüber an. Es gibt dort Zeiträume, wo nach einer generellen Abstrafung diese Flächen unsinnigerweise völlig leerstehen, obwohl sie als Parkflächen dringendst benötigt werden würden. Dann gibt es wieder Zeiträume, wo diese Flächen einfach alle verparkt sind. Dann beginnt wieder das liebevolle Spiel von vorne, generelle Abstrafung, anschließend alles leer, dann wieder alles verparkt, dann wieder generelle Abstrafung. So könnte man diese Aufzählung, unter Umständen bis Mitternacht, fortsetzen. Ich überlege gerade, ob ich nicht aus Protest gegen diese unsinnige Konsumenten- und ich würde auch sagen wirtschaftsfeindliche Maßnahme das tun sollte. Aber mit Rücksicht auf Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren – da schließe ich ausdrücklich den Herrn Bürgermeister aus, der der geistige Vater dieser Halteverbotszonen war und ist – und nehme von der weiteren Aufzählung dieses von mir aufgezählten Spiels Abstand. Ich bin mir sicher, daß Sie diese meine soeben bewiesene Haltung bei einer allfälligen Beratung über verschiedene Änderungen des derzeitigen Verkehrskonzepts würdigen und unseren Intentionen folgen werden.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Wallner für seinen Beitrag und vermerke als nächsten Redner auf der Liste Herrn Gemeinderat Radler.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Wertes Präsidium, sehr geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir zur Gruppe 6, Straßen- und Verkehrswesen, des vorliegenden Haushaltsvoranschlags einiges zu sagen.

Zunächst einmal ein kurzer Rückblick. Zweifelsohne, das ist ja heute schon gesagt worden, war das Großereignis des abgelaufenen Jahres die Eröffnung der neuen Brücken, der Enns- und Steyr-Brücke in Zwischenbrücken, mit Inkrafttreten eines innerstädtischen Verkehrskonzeptes für den gesamten Bereich der Innenstadt. Zu diesem Verkehrskonzept darf gesagt werden, daß sich die Fußgeherzone in der Enge Gasse, die Verkehrsregelung allgemein am Stadtplatz, das Inkrafttreten der Einbahn- und Parkregelung auf der Promenade und die Einbahn in der Schlüsselhofgasse und über die Brücken im allgemeinen gut bewährt hat. Es geben allerdings auch einige Punkte Anlaß zur Kritik. Ich darf an den Vorredner anschließen und noch einmal kurz wiederholen die Halteverbote auf dem Stadtplatz. Die Verkehrsteilnehmer verstehen es einfach schwer, daß Halteverbote erlassen werden, dort wo sich eigentlich der ruhende Verkehr befindet. Die Verkehrsteilnehmer nehmen gerne in Kauf, wenn Halteverbote erlassen werden, um der Flüssigkeit des Verkehrs zu dienen. Das sind auch diese Probleme. Das sind auch die Probleme in den Halteverbotsbereichen auf dem Stadtplatz für die Verkehrsteilnehmer und nicht zuletzt auch für die Überwachungsorgane. Es ist oft sehr schwer zu unterscheiden, was ist Ladetätigkeit, hat er jetzt das Recht hier zu stehen oder nicht. Da gibt es natürlich große Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde würde ich noch einmal darum ersuchen, wenn das innerstädtische Verkehrskonzept noch einmal überdacht wird, wie es ursprünglich versprochen wurde, daß diese drei Halteverbotsbereiche, nämlich von der Mayrstiege bis zur Pfarrgasse und vom Kreisgericht beidseitig bis zur Enge Gasse überlegt werden.

Der nächste Kritikpunkt ist mehr von der technischen Seite her, und zwar betrifft dieser die Ausfahrt von der Enge Gasse zur Ennsbrücke in Zwischenbrücken. Es ist dort eine Rampe – ich glaube das kann man so bezeichnen – angebracht worden, die sehr schwierig zu überfahren ist. Fachleute sagen, daß es sich hier um eine normgerechte Gestaltung der Abfahrt von der Enge Gasse nach Zwischenbrücken handelt. Dazu muß ich aber sagen, nachdem ca. 50 % der Pkw's mit dem Auspuff oder anderen Fahrzeugteilen beim Passieren auf dieser Schwelle aufsitzen, daß es nur die Möglichkeit gibt – angeblich, wie schon angeführt, handelt es sich um eine Norm – daß das nicht stimmen kann. Wenn das wahr ist, müßte die Norm geändert werden. Noch dazu muß man bedenken, daß die Fahrzeuge diese Schwelle nicht mit beiden Rädern – also Vorder- und Hinterachse – gleichzeitig passieren, sondern, dahier ein Rechtseinschlag in Richtung Ennsbrücke erfolgen muß, das auf vier Etappen geschieht. Und zwar zuerst linkes Vorderrad, dann rechtes Vorderrad, dann linkes Hinterrad und rechtes Hinterrad. Für Lkw's, die eine Ladung haben, welche umkippen kann, ergeben sich hier besondere Schwierigkeiten. Das ist ein Kritikpunkt, der von vielen Fahrzeuglenkern geäußert wird und es kommt immer wieder vor, daß Fahrzeuglenker dort aussteigen, die Situation besichtigen und dann umkehren und zurück in Richtung Stadtplatz fahren.

Der nächste Punkt befindet sich auch noch im innerstädtischen Verkehrsbereich, und betrifft das Senkrechtparken vor dem Forum-Kaufhaus. Diese Markierung ist unglücklicherweise und sehr rasch zum Senkrechtparken angebracht worden. Auf eine Anfrage zu einer früheren Zeit ist gesagt worden, würde man das ändern, müßte man die weißen Linien überstreichen. Dazu muß ich aber sagen, daß man die Linien auch dann überstreichen muß, wenn man diese Parksituation in zwei Jahren ändert. Es wäre vollkommen gleich gewesen, das jetzt schon zu ändern oder erst zu einem späteren Zeitpunkt. Das ist auch ein Punkt, der insbesondere mit der Verkehrssicherheit zusammenhängt. Sie alle wissen ganz genau, daß zum Einfahren in diese Parklücken der Fahrzeuglenker auf die rechte Fahrbahnseite ausscheren muß und beim Herausstoßen überquert er wieder beide Fahrstreifen. Zu den Asphaltierungsarbeiten, die im heurigen Jahr durchgeführt wurden, ist zu sagen, daß so wie auch im vergangenen Jahr wieder zeitgerecht durchgeführt wurden. Das ist nicht nur für die Abwicklung dieser Arbeiten bei günstiger Witterung, sondern auch im allgemeinen vorteilhafter gegenüber früher, wo diese Arbeiten generell November/Dezember durchgeführt worden sind.

Zu den Straßenmarkierungen darf ich lobend erwähnen, daß sie auch im heurigen Jahr wieder sehr rasch und zügig durchgeführt worden sind. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß der Städtische Wirtschaftshof diesbezüglich seit zwei Jahren technisch relativ gut ausgerüstet ist. Diverse Baustellen – das wissen Sie alle – im Stadtgebiet haben die Verkehrsteilnehmer auf harte Proben gestellt und ihnen bewundernswerte Geduld abverlangt. Das trifft insbesondere zu für die Baustelle in der Haratzmüllerstraße, für die Baustelle in der Eisenstraße einschließlich der Neuschönauer Hauptstraße, für die Waldbrandsiedlung und in den vergangenen Wochen für die Leopold-Werndl-Straße. Gott sei Dank sind diese Stellen weitgehend bereinigt. Übrig geblieben sind die Haratzmüllerstraße und die Neuschönauer Hauptstraße. Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Fußgängerübergang beim Landeskrankenhaus fertiggestellt worden ist. Leider haben die Anschlußstücke, sowohl links als auch rechts, relativ lange auf sich warten lassen. Aus einem Schreiben von Landesrat Winetzhammer an den Bürgermeister geht hervor, daß nun auch diese Anschlußrampen ausgeschrieben sind und daß zu hoffen ist, daß sie ehestens realisiert werden. Ein kleiner Probegalopp hat angeblich des Wandertages nach Christkindl schon stattgefunden, wo dieser Übergang bereits erfolgreich benützt worden ist. Erfreulich ist auch, daß der Fußgängerübergang Märzenkeller sich im Bau befindet und in absehbarer Zeit den Fußgehern zur Verfügung stehen wird. Ebenso erfreulich ist, daß im Oktober dieses Jahres die Baumeisterarbeiten für die Fußgängerunterführung Ennsener Knoten ausgeschrieben worden sind und es ist zu hoffen, daß er im kommenden Jahr – nämlich 1980 – realisiert wird. Diese ganzen Bauarbeiten und noch viele andere im Zusammenhang mit der Tausendjahrfeier, haben die Beamten des Stadtbauamtes vor große Aufgaben gestellt. Sie haben die alle nach meinem Dafürhalten glänzend gemeistert und ich erlaube mir hier, den Beamten des Stadtbauamtes und den Arbeitern des Städtischen Wirtschaftshofes aber auch den Baufirmen und deren Arbeiter, Dank zu sagen.

Nun aber zum vorliegenden Budget 1980, verbunden mit Wünschen und Anregungen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion. Besonders begrüßenswert im vorliegenden außerordentlichen Haushalt sind Parkplätze rechter Brückenkopf, S 500.000,-. Wir hoffen, daß diese Parkplätze zur 1000-Jahr-Feier bzw. zu Beginn der Hallstattausstellung benützbar sein werden. Es sind auch erfreulicherweise Parkplätze zwischen Spitalskystraße und Stelzhamerstraße geschaffen worden. Ob sie natürlich bei starkem Andrang ausreichen werden, bleibt dahingestellt. Immerhin ist auch auf diesem Gebiet etwas geschehen. Sehr erfreulich ist auch, daß 500.000 S vorgesehen sind für die Sanierung Wieserfeldplatz, 2. Teil, und es bleibt auch hier zu hoffen, daß eine Realisierung im heurigen Jahr erfolgt und auch eine Entlastung für den ruhenden Verkehr eintritt. Wir haben gleichzeitig 2 Mill. S eingesetzt für den Fußgeherübergang Neuschönau. Wir wissen auf Grund der letzten Fraktionsbesprechung, daß hier eine konkrete Planung und insbesondere eine genaue Situierung vorliegt und es darf auch gehofft werden, daß dieser Fußgängerübergang Wirklichkeit wird. Schließlich sind noch 1,500.000,- für den Fußgeherübergang Blümelhuberberg eingesetzt. Ob es zu einer Realisierung im nächsten Jahr kommen wird, ist fraglich. Aber immerhin, es sind Vorzeichen vorhanden, daß er an die Reihe kommen wird. Der Weg Märzenkellerhang mit 1 Mill. S wird eine zwangsläufige Notwendigkeit sein, denn wenn die Bauarbeiten weiter fortschreiten, wird man den Jägerbergweg zur Eisenstraße nicht mehr benutzen können, sodaß dieser Weg notwendig wird. Schloßleitenweg mit 500.000 S, dieser wird im innerstädtischen Bereich nächstes Jahr kaum möglich sein, weil hier alle Arbeiten weitgehend zurückgestellt werden sollen im innerstädtischen Bereich. In Zwischenbrücken gibt es noch einen kleinen Schönheitsfehler, wobei ich hoffe, daß er bis zur Ausstellungseröffnung beseitigt werden kann. Ich meine die Verkehrspostennische. Diese muß entweder neu verglast werden oder zumindest entsprechend verschalt, der jetzige Zustand wäre ein Makel in Zwischenbrücken, der sich nicht sehr günstig auswirken würde.

Nun zum Straßenbau. Wir haben heuer für den Abstieg Teufelsbach als Planung 500.000 S vorgesehen. Es bleibt zu hoffen, daß es tatsächlich im Jahre 1980 zur Planung kommt. Ich erinnere an eine Aussage des Herrn Bürgermeisters, der gesagt hat, der Baubeginn für den Abstieg Teufelsbach kann nicht vor 1981, mit Rücksicht auf die 1000-Jahr-Feier geschehen. Es wäre erfreulich, wenn der Herr Bürgermeister diese Aussage ergänzen könnte, "nicht vor 1981, aber im Jahre 1981".

Sanierung Neuschönauer Hauptstraße. Der dringende Wunsch nach dieser Sanierung wird von den Bewohnern und auch von Leuten, die nur fallweise dorthin kommen, geäußert. Aber mit Rücksicht darauf, daß das eine auswärtige Baufirma war und dann ein Firmenwechsel stattgefunden hat, haben sich diese Bauarbeiten dort sehr lange hinausgezögert und die Anrainer haben sehr unter dem derzeitigen Straßenzustand zu leiden. Es bleibt zu hoffen, daß dort ehest baldig eine Abhilfe geschaffen wird. Bedauerlicherweise ist im Voranschlag 1980 für den Straßenbau Dornach, wo wir voriges Jahr 1 Mill. S eingesetzt hatten, und wir uns der Hoffnung hingegeben haben, daß es sich hier um die Friedhofstraße handelt, diesmal kein Ansatz drinnen. Entweder war bei dieser Million Schilling etwas anderes gemeint, z. B. der Stefan-Fadinger-Ring, oder ist dieser Ansatz einfach gestrichen worden. Vielleicht darf ich noch erwähnen, daß der Ausbau der Feldstraße und in weiterer Folge die unbenannte Verbindungsstraße von der Steiner Straße zur GFM herüberführt, auch früher oder später unbedingt eines Ausbaues bedarf. Der Verkehr auf diesem Straßenzug zwischen Ennser Straße und Wolfenstraße wird immer stärker und es sind dort nicht nur sehr viele Engstellen, es ist auch auf den meisten Strecken ein Gegenverkehr für Pkw schon kaum möglich, für größere Fahrzeuge aber überhaupt nicht. Ich komme jetzt zu einem verkehrs- und straßenmäßig relativ wunden Gebiet, und zwar zu den Gebieten Stein und Gleink. Wir haben dort einige Straßen, wenn man diese nach Regentagen besichtigt, muß man ohne Übertreibung feststellen, daß es sich hier um ein Entwicklungsgebiet handelt. Ich darf diese Straßen nennen und ich habe die Länge abgemessen, das heißt mit dem Pkw abgefahren und weiß daher die Längen. Es handelt sich um die Hasenrathstraße mit einer Länge von 900 m, die Verbindung von der Hasenrathstraße zur Wolfenstraße mit 1200 m, die Goldhanstraße mit zwei Stücken von je 500 m, insgesamt also 1000 m, die Zehetnerstraße mit 500 m, die Friedhofstraße vom Friedhof bis nach Dornach mit 600 m, dann die Förgerstraße - das ist die einzige nicht asphaltierte Straße rechts der Ennser Straße zum Gasthaus Paulmayr und schließlich die Steyrecker

Straße, wo nur mehr ein Stück von 200 m fehlt. Das wären insgesamt 5,2 km, die dringendst einer Sanierung bedürfen. Es gibt nicht nur jede Menge Schlaglöcher, sondern auch eine starke Staubentwicklung und es sollte den Bewohnern dort das Gefühl gegeben werden, daß sie nicht zweitrangig sind, sondern das gleiche Recht haben wie Bewohner des Stadtplatzes, daß sie auf asphaltierten Wegen ihre Liegenschaften erreichen. Wobei noch zu erwähnen ist, daß ein nicht unbedeutender Anrainer seit einem Jahr oder seit etwas mehr als einem Jahr, die Stadtgemeinde Steyr ist durch den Erwerb der Liegenschaft Brunmayr, die sich dort gerade in diesem Bereich befindet. Es geht sogar so weit, daß Besitzer – genaugenommen der Herr Strauß, der das Haus Hasenrathstraße 9 besitzt – sich bereit erklären würde, kostenlos ein Stück seines Gartens abzutreten für den Straßenbau, und zwar deshalb, damit die Straße zumindest 2 – 3 m von seiner Haustüre wegkommt. Denn wenn er jetzt aus der Haustüre hinausgeht, fährt ihm das nächste Fahrzeug über die Zehen.

Nun noch einige Worte zur Verampelung von Kreuzungen. Wir haben heute erfreulicherweise aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters gehört, daß Bautenminister Sekanina nun endgültig zugesagt hat, daß die Verampelung Seifentruhe – Sierninger Straße demnächst erfolgt, nachdem sie schon ausgeschrieben ist. Die Bauarbeiten sind ja schon durchgeführt, die Ampeln brauchen nur mehr aufgestellt zu werden. Wir hoffen, daß das sehr bald der Fall ist. Allerdings darf ich noch einmal darauf hinweisen – ich habe das bereits bei zwei Budgetsitzungen getan – daß man sich doch noch einmal überlegen soll, ob es nicht möglich wäre, vom Wiesenberg kommend in Richtung Sierninger Straße das dortige Straßenstück um etwa 1 m zu verbreitern, damit Richtung Seifentruhe echt zwei Fahrspuren vorhanden wären. Bei Nachinstallierung der Ampeln wird es sich dort zeigen, daß der Linksabbieger rot hat und der Rechtsabbieger zwar grün hat, aber nicht fahren kann, weil er zu wenig Platz hat, um vorbeizufahren.

Seifentruhe – Wolfernstraße. Hier darf ich erwähnen, daß am 10. 12. anläßlich des Verkehrsausschusses diesbezüglich ein Grundsatzbeschluß gefaßt worden ist, daß die Stadtgemeinde Steyr nunmehr aktiv wird hinsichtlich Verampelung dieser Kreuzung. Ich habe damals – das möchte ich heute noch einmal tun – erwähnt, daß man in diesem Zusammenhang unbedingt trachten soll, dort eine Autobusbucht zu errichten, von der Seifentruhe aus gesehen in Richtung Wolfernstraße – weil dort die Omnibusse – zumindest schaut es so aus, auch wenn es mit einer Bodenmarkierung gekennzeichnet ist – als würden diese Busse auf der Fahrbahn stehen.

Ein wunder Punkt am innerstädtischen Verkehrsring ist nach wie vor die Kreuzung Seifentruhe – Azwangerstraße – Taschelried. Man wundert sich dort wirklich – das ist bis zu einem gewissen Grad dem Zufall zuzuschreiben – daß dort nicht mehr passiert. Mit Rücksicht darauf, daß dort zwei Haltestellen sind und sehr viele Schüler die Kreuzung passieren würde ich vorschlagen, daß man bezüglich dieser Kreuzung auch initiativ wird hinsichtlich Verampelung oder für Fußgänger – das ist einmal im Gespräch gewesen – eine Unter- oder Überführung errichtet. Wenn die Fußgänger von der Kreuzung weg sind, müßte man vielleicht nicht unbedingt verampeln. Mit Rücksicht auf die Fußgänger müßte dort unbedingt etwas geschehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch erwähnen, daß man beim Bau der Südumfahrung auch rechtzeitig beim Ministerium darauf drängen sollte, daß die Kreuzung Pachergasse beim Beginn der Südumfahrung, wo jetzt die Dr. Klotzstraße ist, verampelt wird. Es sollte dort so sein, wenn diese Straße dem Verkehr übergeben wird, müßte sie auch schon verampelt sein. Sonst zögert sich das wieder so lange hinaus und es sind verschiedene Verfahren notwendig, denn dort wird mit Sicherheit eine Ampelanlage notwendig sein, weil der Fahrzeugverkehr aus Richtung Schönauerbrücke – Pachergasse – Südumfahrung und der ganze Steyr-Werkeverkehr daranhängen werden und das ganze Ennstal. Man soll hier auf jeden Fall rechtzeitig Vorsorge treffen.

Ein paar Worte noch zur Straßenbeleuchtung. Es ist fast das gleiche wie voriges Jahr. Die Feldstraße schreit nach einer Beleuchtung, uns zwar insbesondere beim Stück von der Steiner Straße Richtung Wolfernstraße, wo sich die Wohnbauten befinden, dann Eisenstraße von der Neuschönauer Hauptstraße bis zur Stadtgrenze, die Wolfernstraße von der Firma Ratzinger bis zur Waldschenke und schließlich im Münichholz zwischen Haager Straße und Schumannstraße der Verbindungsweg auch noch im Dunkeln. Auch dort könnte man einige Beleuchtungspunkte errichten, das könnte nicht allzu viel kosten.

Ein paar Worte noch zu den Gehsteigen. Steiner Straße, ich habe heute bereits mit dem

Straßenbaureferenten gesprochen, auch die schreit nach einer Regelung, insbesondere für die Fußgänger. Man sollte trachten, daß die Steiner Straße a) saniert wird und b), daß von der Schule bis hinunter zur Feldstraße ein Gehsteig errichtet wird. Es gehen dort immer mehr Kinder, sehr viele Fußgänger und Ausflügler und man sollte für diese Leute etwas tun. Ein wunder Punkt diesbezüglich ist auch der Taborweg, und zwar vor der Kreuzung Posthofstraße. Dort würde, nachdem der Grund der GWG gehört, auf einer Länge von 15 m ein lebender Zaun zu entfernen sein, um einen Gehsteig hinmachen zu können. Diese Stelle, das können sich alle anschauen, ist sehr gefährlich, wenn sich dort zwei Fahrzeuge begegnen und auch Fußgeher dort herumlaufen. Mit relativ geringen Mitteln wäre dort eine Lösung möglich.

Für den Unteren Schiffweg, den wir auch voriges Jahr angezogen haben, daß er wieder für Fußgänger eröffnet werden soll als Promenadeweg, zeichnet sich aber - wie wir gehört haben - eine Lösung ab und wir hoffen, daß es tatsächlich im kommenden Jahr dazu kommt, daß er wieder benützbar sein wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist Kollege Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin sicher, daß Kollege Fürst in seinem Schlußwort auf viele der angezogenen Probleme eingehen wird. Es sei mir aber doch gestattet, auf einige in der Diskussion angezogene Punkte etwas näher einzugehen, darüber hinaus natürlich noch über das Problem des Personalstandes und das Wohnungsproblem. Zum Kollegen Fritsch möchte ich sagen, daß es richtig ist, daß wir darüber gesprochen haben bezüglich einer Erhöhung der Mittel für den Werkunterricht und es wurde eine Untersuchung in dieser Richtung durchgeführt. Gleichzeitig muß ich anführen, daß die Gemeinde Steyr immer wieder durch gesetzliche Bestimmung gezwungen ist, erhöhte Ausgaben auf diesem Sektor zu tätigen. Jeder weiß, daß heuer auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung der Werkunterricht in den Volksschulen eingerichtet wurde und wir haben für diesen Zweck allein für den Ankauf von Werkzeugen und Papierschnidemaschinen einen Betrag von 179.800 S ausgegeben, darüberhinaus einen Betrag von 40 S pro Schüler und Jahr beschlossen für diesen Werkunterricht. Also nicht unerhebliche Mittel. Ich darf dazusagen, daß diese Leistungen der Gemeinde freiwillige Leistungen sind. Die letzte Erhöhung für die Zuteilung für den Werkunterricht wurde im Jahre 1974 vorgenommen von damals 50 auf 80 S. Ich bitte um Verständnis dafür, bisher wurde im wesentlichen - da muß ich widersprechen - nicht in allen Schulen, das gebe ich zu, das Auslangen gefunden. Das muß hier schon angeführt werden, weil es sicher richtig ist. Über die Bedeckung möchte ich jetzt gar nicht reden, weil man das Fell eines Bären nicht verteilen sollte bevor man es hat. Ich beziehe mich auf die Musikschule. Die Gespräche sind eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen, es gibt gewisse Fristenläufe, die eingehalten werden müssen und wir wissen sicher den genauen Zeitpunkt in diesem Zusammenhang nicht. Im übrigen wird die Einsparung nicht 2 Mill. sondern voraussichtlich 1,3 - 1,5 Mill. S jährlich betragen, sofern uns diese Verhandlungen mit einem positiven Abschluß gelingen sollen.

Zur Sicherheit der Bevölkerung darf ich sagen, daß wir auf dem Gebiet des Wohnbaues eigentlich einen ersten Schritt gesetzt haben. Im Wehrgraben bei den Pensionistenwohnungen wurden erstmals in Steyr Sicherheitsschlösser eingebaut und die Pensionisten haben das sehr positiv aufgenommen. Ich kann mir vorstellen, daß wir gerade diesen Punkt - es sind Gespräche in dieser Richtung - nicht nur für Pensionistenwohnungen, sondern künftighin überhaupt für alle Neubauwohnungen vorsehen. Die damit verbundenen Kosten sind nicht sehr hoch, es ist allerdings notwendig, daß wir mit der Wohnbauförderung in diesem Zusammenhang sprechen, damit auch diese Mittel in die Wohnbauförderung einbezogen werden. Wir haben uns auch, - hier sind wir sicher einer Meinung - sehr bemüht, das hast Du bestätigt, bezüglich eines Zahnarztes für den Ortsteil Münchenholz. Wir waren monatelang in Verhandlung mit Herrn Dr. Obergottsberger. Es wurden Räumlichkeiten angeboten, aber von dieser Person wurde dann ein anderer Standort ausgewählt. Wir wären sehr froh gewesen, wenn es gelungen wäre, ihn in Münchenholz anzusiedeln. Ich glaube

aber, daß wir die Bemühungen und Bestrebungen in dieser Richtung fortsetzen sollten. Ich hoffe, daß es bald gelingt, dort Möglichkeiten zu finden. Auch die Wohnungs-AG ist bereit, wohnungsmäßig entgegen zu kommen, wenn so etwas gelingt. Nun aber doch zu einem sehr grundsätzlichen Punkt. Du hast gesagt, die Aufgaben des Bundes werden zum Teil vom Land übernommen. Das ist sicher richtig, das wird nicht bestritten. Aber ich muß auch sagen, daß die Aufgaben des Bundes, die vom Land übernommen werden, auch im wesentlichen finanziert werden vom Bund, zum Teil auch von den Gemeinden. Es ist nämlich ein Unterschied und das sollte man deutlich sagen. Auf Landesebene sind die Steuereinnahmen, die eigenen Steuern, 2 % des Gesamtbudgets. Das ist ein lächerlicher Betrag. Das heißt, daß alle Einnahmen, die das Land hat, über den Finanzausgleich oder über die Landesumlagen dem Land zugehen. Das Land als Gebietskörperschaft hat eine sehr angenehme Aufgabe, nämlich eine Verteilungsposition inne hat. Wir als Gemeinde haben im Verhältnis zu unserem Budget Einnahmen von 35,9 % aus eigenen Steuern. Das heißt, wenn wir zusätzliche Ausgaben haben, wirken sich die natürlich die damit verbundenen Mehreinnahmen auch auf die Bevölkerung aus. Beim Land ist das in keiner Weise der Fall, nur über den Umweg des Bundes. Das heißt, daß also die unpopulären Maßnahmen in jedem Fall der Bund treffen muß, wenn also Steuererhöhungen sind und die positiven Maßnahmen kann das Land treffen. Das sollte man hier sagen, wir würden also sehr gerne Aufgaben des Bundes übernehmen, wenn wir von woanders das Geld bekommen und das nicht selbst aufbringen müssen. Ich darf sagen, auch wir haben Landesaufgaben schon in sehr breitem Maß übernommen bei der Wirtschaftsförderung, das wurde ja schon anerkannt, aber auch auf dem Sektor des Schulwesens übernehmen wir laufend Aufgaben des Bundes. Gerade die Dinge, die hier angezogen wurden, sind ja letztlich nicht Gemeindeaufgaben, sondern wären Bundesaufgaben, genauso wie die Wirtschaftsförderung. Gerade das große Beispiel des BMW-Motorenwerkes ist ja typisch dafür, wir geben also viele Millionen Schilling aus, die wir aber zum Teil aus Steuermitteln, zu 35,9 %, hereinbringen müssen. Das Land macht das nicht aus Steuermitteln, sondern das geht über den Bundesweg herein. Das ist eine wesentlich einfachere Aufgabe. Wir haben es dabei ein bißchen schwieriger. Ich glaube, das sollte man hier aufzeigen, weil es notwendig ist, daß man doch auf diese Dinge hinweist. Die Position des Landes in dieser Richtung ist wirklich viel einfacher als die der Gemeinde und des Bundes.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:  
Der Länder ist besser.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Jawohl der Länder. Die Widerstände, das bestreite ich gar nicht, kommen von allen Ländern, auch von den sozialistisch regierten. Das muß ich der Wahrheit halber sagen. Zum Kollegen Fuchs möchte ich sagen, er verlangt immer wieder eine bürgernahe Verwaltung und hat mehrmals Beispiele angeführt und ist sehr stolz darauf auf das Bürgerservice, auf dessen Notwendigkeit er schon vor Jahren hingewiesen hat. Zu einer bürgernahen Verwaltung gehört eben auch eine entsprechende Bürgerinformation. Und der Ausbau unseres Informationswesens ist eben mit einem gewissen Mehraufwand verbunden, das wird ja gar nicht bestritten. Ich weiß aber wirklich nicht, wie man das recht machen soll. Wir haben die von Dir zitierte "Weiss-Schwarz-Zeitung" in einen Mehrfarbendruck umgewandelt und das war auch nicht recht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:  
Wahrscheinlich ist zu wenig blau drinnen!

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Ja das wäre möglich. Ich möchte sagen, daß die Einnahmen auf Grund der Gestaltung dieser Zeitung, die Einnahmen aus dem Inseratenteil, wesentlich größer sind als früher und dadurch der Abgang und die Mehrkosten sich in einem vertretbaren Rahmen halten. Soweit zu diesen Mitteilungen und Beiträgen.  
Zur Müllkompostieranlage, Kollege Wallner, muß ich sagen, die Aussage, die im Amtsbericht enthalten ist, stammt aus einem Gespräch, das wir mit Landesrat Winetzhammer - Kollege Fritsch war dabei - geführt haben. Es ist etwas abgeändert, aber gerade von

dieser Stelle wurde darauf hingewiesen, daß Müllkompostieranlagen in dieser Größenordnung, die von privater Seite errichtet werden, sich nicht bewährt haben. Es war das eines der Hauptthemen in Linz bei diesem Gespräch. Wegen des billiger Kommens bei einem Betrieb usw., auch darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ein Privatunternehmen hat eben einen bestimmten Gewinn zu kalkulieren. Dieser Gewinn fällt bei öffentlichen Betrieben eben weg. Da ist die Kalkulationsbasis eben eine etwas andere. Dabei – das gebe ich auch zu – ist die Schwerfälligkeit, der Bürokratismus, in einem öffentlichen Betrieb sicher größer, das ist gar keine Frage. Aber es ist eine sehr grundsätzliche Überlegung in diesem Zusammenhang, und da haben wir eben unterschiedliche Auffassungen.

Meine Damen und Herren, es wurden auch Probleme des Wohnungswesens angeführt und ich möchte doch hier einige Punkte aufzeigen. Es schwebt hier immer die Zahl von 2.000 Wohnungssuchenden im Raum. Ich möchte die Gelegenheit der heutigen Sitzung doch dazu benutzen, um einige Worte über die allgemeine Situation auf dem Wohnungsmarkt zu sagen, weil dieses Problem unmittelbar mit dem Budget im Zusammenhang steht. Der Stand an Wohnungssuchenden verändert sich – das wissen Sie alle – täglich, und es ist sehr schwer, eine konkrete Statistik hier bekannt zu geben. Ich habe Erhebungen durchführen lassen und festgestellt – das ist vielleicht ganz interessant, weil es nicht bekannt ist – daß mit Ende November 1979 1.794 Wohnungssuchende bei uns in Vormerkung gestanden sind. Die Struktur dieser Wohnungssuchenden ist recht unterschiedlich und verändert sich natürlich auch ständig, ebenso wie der Stand. Den größten Anteil an diesen Vorgermerkten haben nach wie vor die Pensionisten. 550 Ansuchen auf Pensionistenwohnungen liegen noch immer vor. Ich kann aber dazusagen, daß es gerade in der letzten Zeit gelungen ist, die Vormerkzeit durch die Errichtung der neuen Pensionistenwohnhäuser wesentlich zu verringern und wir haben insgesamt schon 293 Pensionistenwohnungen in Steyr. In dieser Zahl ist allerdings auch das Pensionistenhaus Münchenholz inbegriffen, das von der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft errichtet wurde. Dort sind 72 Wohnungen, wir haben aber in diesem Haus das alleinige Einweisungsrecht. Wir haben darüber hinaus von den übrigen 1.244 Wohnungssuchenden 328 Anmeldungen für Einraumwohnungen, 296 für Zweiraumwohnungen, 486 für Dreiraumwohnungen und 134 für Vierraum- oder größere Wohnungen. Interessant dabei ist noch, daß rund 12 % aller vorgemerkten Wohnungssuchenden nicht in Steyr wohnhaft sind. Das ist doch eine erkleckliche Anzahl von Bewerbern, die aus umliegenden Gemeinden kommen. Es handelt sich durchwegs um Arbeitskräfte, die in Steyr arbeiten und täglich pendeln müssen. Der gemeinderätliche Wohnungsausschuß hat im Durchschnitt der letzten 5 Jahre jährlich rund 450 Wohnungen vergeben und von diesen 450 Wohnungen sind im Durchschnitt 150 Neubauwohnungen zu vergeben gewesen im Jahr. In 300 Fällen handelt es sich also um Fluktuation, um Wohnungsveränderungen usw. Ich möchte auf die Forderung des Kollegen Fritsch noch einmal eingehen und ich kann es nur wiederholen, was ich schon seit Jahren sage. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen ist, soweit es die Gemeinde Steyr betrifft, und die GWG betrifft, nicht vorhanden, also praktisch null. Das möchte ich noch wieder anführen. Das heißt aber nicht,

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Weil es keine gibt!

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

In den Gesprächen, auch das darf ich sagen, bei den Wohnungssprechtagen wurde immer wieder darauf hingewiesen, ob eventuell Interesse an Eigentumswohnungen vorhanden wäre. 99 % aller Fälle haben das abgelehnt. Das heißt aber nicht, daß nicht der Wunsch vorhanden ist nach Eigentum. Dieser Wunsch ist vorhanden, das kann man nicht bestreiten. Es ist die Nachfrage nach Grundparzellen, nach sogenannten Reihenhäusern, nach wie vor gegeben und es zeigt ja, daß wir z. B. durch den Verkauf der Parzellen in der Waldsiedlung eine positive Entwicklung eingeleitet haben, daß wir auf diesem Weg weitergehen sollten. Ich darf auch sagen, daß das nächste Projekt, das in diesem Zusammenhang heransteht, die Stohlgründe sind. Hier sollen ja 37 Wohneinheiten in Form von Reihenhäusern errichtet werden und für dieses Projekt besteht verhältnismäßig große Nachfrage. Auch für das Gebiet der Dorngründe ist die Nachfrage sehr groß. Wir haben sehr viele Vormerkungen und ich glaube kaum, daß es sehr große Schwierigkeiten geben wird,

diese Wohnungen dort entsprechend zu vermieten bzw. zu verkaufen. Das ist außerdem Angelegenheit der Neuen Heimat. Ich möchte aber auch betonen, daß sich der Wohnungsmarkt in Steyr nicht auf die GWG alleine erstreckt, sondern wir haben auch noch andere Wohnbauträger. Der zweitgrößte Wohnbauträger, die WAG Linz, hat für die nächsten Jahre ein großes Programm vor, ein Investitionsprogramm, und zwar rund 85 Mill. S ist geplant, in den nächsten Jahren auszugeben. Das wird sicher auch für unsere Wirtschaft wieder sehr interessant sein. Wir sind in sehr guten Kontakten mit der WAG. Es ist auch gelungen, das Einweisungsrecht in den Neubauten in Münchenholz zu erreichen.

#### BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Entschuldigen Sie die Unterbrechung. Der Herr Gemeinderat Fuchs hat mich um eine Mitteilung ersucht, er hat dringend in Linz eine Sitzung und muß daher die Budgetsitzung früher verlassen. Die Zustimmungserklärung seitens der FPÖ zum Budget wurde bereits erteilt. Wir können ihn damit beruhigt verabschieden.

Gemeinderat Ernst Fuchs verläßt um 17.30 Uhr die Sitzung.

#### VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch mit der Wohnungsgesellschaft der Steyr-Werke haben wir gute Verbindungen und ich darf sagen, ebenso mit allen anderen Wohnbauträgern in Steyr. Es wird im Jänner 1980 der Wohnbaureferent, Landesrat Neuhauser, wieder nach Steyr kommen. Hier wird das Wohnbauprogramm für die nächsten Jahre wieder abgesteckt werden, so wie jedes Jahr. Ich hoffe, daß es gelingt, sehr positive Entscheidungen herbeiführen zu können. In diesem Zusammenhang möchte ich aber doch darauf hinweisen, weil es hier immer wieder angeführt wird, daß die Gemeinde Steyr - besonders Kollege Tremel führt das öfters an - zu wenig Mittel für den Wohnbau als Gemeinde ausgibt. Wir errichten im Resthof dieses große Siedlungsgebiet und jetzt sind wir darangegangen, das Siedlungszentrum zu errichten. Dieses Siedlungszentrum, das zur Infrastruktur des Resthofes gehört, erfordert natürlich riesige Mittel. Auf Grund eines Vorschlages der dort beschäftigten Firma soll dieses Zentrum allein rund 19 Mill. S kosten. Das ist ein Betrag, der nicht durch die Wohnbauförderung gedeckt wird, sondern der eben durch die Stadt getragen werden muß. Dazu darf ich noch sagen, daß wir auf Grund unserer Konstruktion der GWG immer noch in der Lage sind, die billigsten Mieten in Österreich zu haben. Auch bei Neubauwohnungen. Sie können vergleichen mit anderen Städten, mit anderen Gemeinden und werden daraufkommen, daß es in Steyr bei Neubauwohnungen die billigsten Mieten gibt. Das liegt daran, daß die Geschäftsführung, die Bediensteten der GWG, ihre Arbeit ehrenamtlich machen. Das wollte ich hier einmal aussprechen. Es gibt keine Wohnungsgesellschaft in Österreich, bei welcher die Geschäftsführer ehrenamtlich tätig sind. Sie bekommen keinen Groschen Geld dafür. Das wirkt sich letztlich auf die Miete aus, nur deswegen ist das möglich. Allerdings - das muß ich jetzt sagen - ist die Größenordnung der GWG derart konstruiert, daß es wahrscheinlich nicht mehr sehr lange in dieser Form weitergehen wird. Wir werden hier neue Überlegungen anstellen müssen, weil wir - auch das wurde angeführt - auf Grund dieses kleinen Beschäftigtenstandes, den wir haben, immer wieder in Probleme kommen, die letztlich auch für die Mieter unangenehm sind. Zum Beispiel Resthofangelegenheiten. Wir waren immer bestrebt, - auch das möchte ich hier sehr deutlich sagen - für ein bestimmtes Gebiet, für einen bestimmten Abschnitt, einheitliche Mieten zu haben. Seit Jahren werden wir von den Prüforganen darauf hingewiesen, daß das ungesetzlich ist. Wir müssen blockweise abrechnen und diese blockweise Abrechnung ergibt natürlich auf Grund der Verschiedenartigkeit des Baues für jedes einzelne Haus einen anderen Preis. Wir müssen uns, um in den Genuß der Förderung zu kommen, diesen gesetzlichen Bestimmungen beugen. Es wurde daher in den letzten Jahren der erste Bauabschnitt im Resthof blockweise abgerechnet. Das ist furchtbar viel Arbeit, es hat sich herausgestellt, daß wir im Durchschnitt etwas zu wenig Eigenmittel verlangt haben. Es gibt allerdings auch Mieter, die etwas zurückbekommen haben, aber der Durchschnitt war etwas zu gering bemessen. Diese Nachzahlung wurde nunmehr vorgeschrieben. Über den Zeitpunkt kann man geteilter Meinung sein. Ich stehe auf dem Standpunkt, es gibt keinen Zeitpunkt, überhaupt keinen im ganzen Jahr, der günstig ist für eine Nachtragsvorschreibung. Vor Weihnachten ist es nicht günstig, da sagen die Leute, wir wollen Weihnachtsgeschenke kaufen, nach Weihnachten ist es nicht günstig, da sagt jeder, jetzt haben wir ein Weihnachtsgeschenk gekauft, hättet ihr es vorher gesagt. Vor den Ferien geht es nicht, denn da will jeder auf Urlaub fahren und nach dem Urlaub geht es nicht, weil wir kein Geld mehr haben, denn wir waren auf Urlaub. So kann man das das ganze Jahr hinziehen, das gilt für ein Wahljahr genau so, diese Situation ist immer gegeben. Das wollte ich sagen. Es gibt keine Möglichkeit, einen Zeitpunkt zu finden, wo einer sagt ich bin erfreut, daß ich S 5.000,-

nachzahlen muß. Das gibt es nicht. Ich glaube, darüber sind wir alle einig.

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, ich habe etwas länger gesprochen, als ich vor hatte, aber das ist ein Thema, das mir am Herzen liegt.

Mit dem Budget wird natürlich auch der Dienstpostenplan beschlossen und ich darf in diesem Zusammenhang die allgemeine Personalsituation etwas erläutern. 1980 werden wir bei der Gemeinde insgesamt 735 Bedienstete beschäftigen. Wir sind damit der viertgrößte Dienstgeber in Steyr nach den Steyr-Werken und der GFM und dem Landeskrankenhaus Steyr und zählen damit sicher auch zu einem der bedeutendsten Faktoren auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben in den letzten Jahren im Durchschnitt jährlich die Möglichkeit, 50 Kräfte einzustellen. Es handelt sich dabei durchwegs um Ersatz für Pensionierungen oder um Kräfte durch Veränderungen in unserer Zusammensetzung, auch durch Verehelichungen usw. In den letzten Jahren war die Erhöhung des Personalstandes äußerst gering und ist ausschließlich auf die Ausweitung der Dienstleistungen für unsere Mitbürger bedingt.

Ich darf hier eine ganz kurze Aufstellung bringen. 1970 hatten wir 692 Bedienstete, 1971 712, 1972 711, 1973 719 – hier wurde eine kleine Erhöhung durch Ausweitung des Zentralaltersheimes notwendig – 1974 718 und so geht das weiter. 1976 trat eine Verringerung auf 705 ein durch die Verminderung der Lehrer durch die Verbundlichung der Handelsschule und HAK. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir bei einem nahezu gleichen Umfang an Aufgaben um 400 Bedienstete weniger in Steyr haben als dies in der Stadt Wels der Fall ist. Wir haben sogar in manchen Bereichen mehr Aufgaben. Die Welser führen keinen Verkehrsbetrieb, sie haben keine GWG und diese Liste könnte man noch etwas fortsetzen. Vielleicht ist auch die Zusammensetzung unseres Beschäftigtenstandes, und zwar 51 % Angestellte, 49 % Arbeiter. Wir sind ein Frauenbetrieb. 45 % Männer, 55 % unserer Bediensteten sind Frauen. Ich glaube aber auch, daß man die Bereitschaft, behinderte Kräfte einzustellen, daran ermessen kann, daß 21 unserer Bediensteten mehr als 50 % Erwerbsminderung haben. Die überwiegende Zahl der Bediensteten ist im Dienstleistungsbereich, und zwar 76,2 %. Nur 23,8 % sind sogenannte "Schreibtischbedienstete". Wenn man das umrechnet auf die Bevölkerung, entfallen auf 70 Steyrer 1 Servicebediensteter und auf 223 Steyrer ein Schreibtischbeamter. In diesem Zusammenhang darf ich auch darauf hinweisen, daß sich auch die Personalausgaben nicht wesentlich erhöht haben, sie haben sich 129,5 Mill. S auf 137,9 Mill. im Jahre 1980 erhöht, das ist eine Steigerung um 6,5 %. Hier sind die Beträge der Teuerungsabgeltung und verschiedene Verbesserungen im Dienstrecht enthalten. Am Gesamtbudget betragen die Personalausgaben 30 % und wir liegen auch mit diesem Anteil weit unter vielen anderen Städten. Soweit eine Mitteilung zu den Problemen, die mich unmittelbar berühren.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke für diesen Beitrag. Als nächster Sprecher hat sich Herr Gemeinderat Eichhübl gemeldet, anschließend Stadtrat Wippersberger.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte diese Sitzung nicht bewußt in die Länge ziehen, aber gestatten Sie auch mir, daß ich kurz zu einigen Problemen Stellung nehme und versuche, Anregungen zu bringen, da diese Probleme von Teilen der Bevölkerung Steyrs aufgezeigt und deren Lösungen mit großem Interesse verfolgt werden.

So auch die Einrichtung eines Bürgerservices. Seit kurzem gibt es nun auch in Steyr einen derartigen Dienst in Form eines mobilen Bürgerservices. Als bei der Budgetdebatte des Vorjahres von den freiheitlichen Gemeinderäten ein Bürgerservice verlangt wurde, vertrat der jetzige Landtagsabgeordnete und frühere SPÖ-Gemeinderat Dresl die Meinung, daß wir ohnehin einen "Beschwerdebüro" hätten. Wir sind froh, daß hier doch ein Umdenken erfolgte und begrüßen die ersten Schritte. Wir vertreten die Meinung, daß diese Neueinführung nicht allein im Stadtsenat, sondern auch im Gemeinderat zu besprechen bzw. zu beschließen gewesen wäre, um zu klären, ob es sinnvoll ist, für die Tätigkeiten, wie sie im Amtsbericht angeführt sind, einen Gemeinderat einzusetzen. Ohne jetzt gegen den Gemeinderat Reisner etwas zu haben oder aussetzen zu wollen. Dies möchte ich be-

sonders deutlich zum Ausdruck bringen. Aber es kann doch nicht Aufgabe eines Beamten und Gemeindemandatars sein, durch das Stadtgebiet zu fahren und womöglich umgestürzte Tafeln aufzustellen oder dies aufzuzeigen. Dafür sind doch andere Stellen zuständig, z. B. der Städtische Wirtschaftshof.

Wir meinen auch, daß es notwendig wäre, durch den immer größer werdenden Verwaltungsapparat ein Büro zu schaffen, das jedem Steyrer Bürger zugänglich ist. Hier könnte sich der Betreffende Informationen holen, wenn er bei Verwaltungsangelegenheiten nicht mehr alleine zurecht kommt. Folgende Aufgaben könnten in den Bereich dieser Stelle fallen:

Zusammenarbeit und ständiger informativer Kontakt mit den in der Stadt Steyr bestehenden Bürgervereinigungen, Interessengemeinschaften, Hausgemeinschaften.

Bereitstellung von Unterlagen zur Information der Gemeindeglieder im Weg der Massenmedien.

Veranstaltungen von Bürgerversammlungen, Lokalausweisungen und Kontaktgesprächen zwischen Stadtverwaltung, Politikern, Experten, wissenschaftlichen Institutionen und Bürgern.

Einblick in alle Planungen des städtischen Baugeschehens, soweit sie Gegenstand einer Bürgerinitiative sind oder werden können. Anschaffung und Betreuung von Informationshilfen.

Hilfe für Bürger, die in Erledigung eines Anliegens mehrere Stellen in der Stadtverwaltung einschalten müssen (Vereinfachung des Verwaltungsweges).

Diese Bürgerhilfe könnte auch als Ombudsmann fungieren, um den Bürgern zu ihrem Recht zu verhelfen.

In Wels gibt es außerhalb des Rathauses ein Büro für Bürgerservice. Dies hat den Vorteil, daß viele Bürger diese Möglichkeit verstärkt nutzen, weil sie keine "Amtsatmosphäre" vorfinden und diese Stelle von einer parteipolitisch unabhängigen Person besetzt ist. Ich darf in diesem Zusammenhang auch die Stadt Graz erwähnen. Hier wurden in der Abteilung für Bürgerinitiativen seit Errichtung im Jahre 1973 bis 1977 sechshundert Vorträge, 178 Bürgerversammlungen, Lokalausweise, Vorträge und dergleichen gezählt und durchgeführt.

Da ja, wie eingangs erwähnt, es sich hier in Steyr um die ersten Schritte in Richtung Bürgerservice handelt, ersuche ich diese, unsere Vorschläge, zu berücksichtigen, um dieses Bürgerservice im aufgezeigten Sinne Schritt für Schritt zu verbessern.

Nun darf ich zu einem anderen Problem einige Worte deponieren. Ich möchte ein Problem aufzeigen, das sicherlich nicht allen bekannt ist, aber doch diejenigen betrifft, die entweder in der Neuschönau wohnen, oder aus anderen Gründen in diesen Stadtteil fahren, und den Bahnübergang nächst der Fa. AVEG benutzen müssen. Wenn man diesen Bahnübergang Richtung Eisenstraße überquert, stellt man fest, daß dieser Holzübergang nicht der Fahrbahnbreite entspricht und daher auf der rechten Seite ein Stück fehlt. Kommt man von der Eisenstraße, macht man die Feststellung, daß offensichtlich der untere Schranken zu kurz geraten ist, denn es steht der stählerne Anschlagpfosten ein beträchtliches Stück innerhalb der Fahrbahn. Dadurch ist man gezwungen, am Bahnübergang ein Lenkmanöver durchzuführen, das schon einigen Fahrzeuglenkern zum Verhängnis geworden ist. Abgesehen von diesen Mängeln ist der Bahnschranken die meiste Zeit geschlossen. Die Betätigung erfolgt von Garsten aus und es ist durchaus üblich, daß man 15 - 20 Minuten Stehzeit in Kauf nehmen muß, auch wenn nur ein Zug diese Stelle passiert. Wie oft diese unangenehme Situation auftritt, kann man sich daher leicht vorstellen. Daß sich dadurch an beiden Seiten Kolonnen bilden, ist eine weitere negative Folgeerscheinung. Sicher wurde diese Situation heuer seit Monaten deswegen verschärft, weil Kanalbauarbeiten in diesem Gebiet durchgeführt werden und daher ein Teil der Neuschönau nur über diesen Bahnübergang zu erreichen ist. Davon aber abgesehen entspricht diese Anlage in keiner Weise der dortigen Verkehrsfrequenz. Mein Appell richtet sich daher an alle Stellen, die eine Möglichkeit haben, raschest Abhilfe zu schaffen, und einen - den Anforderungen entsprechenden - Bahnübergang zu schaffen.

Nicht nur um jenen Personen ein rasches Überqueren der Schienen zu ermöglichen, die in der Fa. AVEG zu tun haben, sondern im Interesse und der Sicherheit aller Straßenbenutzer und Bürger dieses Stadtteiles. Es wäre daher dringend notwendig, daß sich der Herr Verkehrsreferent mit der ÖBB wegen dieser Verkehrsmisere raschest in neuer-

liche Verbindung setzt, um Abhilfe zu schaffen. Auch wenn die ÖBB auf eine Teilung der Kosten drängen sollte, so müßte der Stadtgemeinde ein gefahrloser Ablauf des Verkehrsflusses in diesem Stadtteil auch das Tragen von Kosten wert sein.

Den abschließenden Teil meiner Anliegen und Ausführungen betreffen die sogenannten "Wurz-Gründe".

Mit einem Millionenaufwand hat die Stadt Steyr vor Jahren die "Wurz-Gründe" gekauft und aufgeschlossen. Der Zweck war, dafür einen Interessenten für einen Hotelbau zu finden. Unter den Interessenten waren auch die Vertreter einer Schlafwagengesellschaft. Diese dürften aber in den weichen Betten ihrer Schlafwagen eingeschlafen und nicht wieder munter geworden sein. Dieses Ziel, jemanden zu finden, der einen Hotelbau errichtet, ist dann noch einige Male gescheitert. Kein Mensch weiß, was nun dort geschehen soll. Es gab und gibt jedoch viele Meinungsäußerungen und die verschiedensten Vorstellungen. Es ist noch immer vom Hotelbau die Rede, andere reden von Park-Abstellflächen für Omnibusse, von Park-Abstellflächen für Pkw's mit Hochgaragen. Andere Vorstellungen gehen in Richtung Wohnungs- oder Bürobauten und auch in die Zielvorstellung, daß die Wurz-Gründe ein Treffpunkt für Wanderer sein sollten, wobei das Schiffmeisterhaus als Kaffeehaus adaptiert werden soll, das Felbingerhaus als modernes Eisen-Museum. Diesem Wirrwarr sollte schon im Hinblick auf die 1000-Jahr-Feier raschest begegnet werden. Denn niemand wird als Betrachter der sich jetzt mit Überwucherungen dararbeitenden Wurz-Gründe feststellen können, daß dieser, sich bereits jahrelang nicht veränderte Zustand zur Hebung und Verschönerung des Stadtbildes beiträgt.

Wir regen daher an, daß raschest auf zwei Ebenen Maßnahmen gesetzt werden sollen: 1) sollte die Planungsstelle des Bauamtes womöglich 2 - 3 konkrete Alternativziele ausarbeiten, 2) sollte die Bevölkerung mittels des Amtsblattes zu einem Ideenwettbewerb eingeladen werden. Denn manchmal haben auch die sogenannten "Normalbürger" gute, ja sogar bessere Ideen, als mancher professionelle Projektant - siehe Stadtsaalmissere mit fehlendem Fluchtweg.

Außerdem wäre das ein Akt, der auch mit Bürgerservice und Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der Stadt zu tun hat.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Stadtrat Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich hatte ursprünglich nicht vor, mich zum Budget 1980 zu Wort zu melden. Nachdem ich aber mehrmals persönlich angesprochen wurde bzw. über Dinge gesprochen wurde, die meine Ressorts betreffen, sehe ich mich doch veranlaßt, eine kurze Stellungnahme dazu abzugeben.

Herr Gemeinderat Fuchs ist leider nicht mehr anwesend, er hat die Lärmmeßkarte urgirt. Diese ist bekanntlich vom Amt der OÖ. Landesregierung übernommen worden und wurde von uns erst vor kurzem wieder urgirt. Ein Beamter der OÖ. Landesregierung war erst heute hier im Amt und hat eine Aussprache mit Ing. Grassnigg geführt und dabei erklärt, daß diese Lärmmeßkarte sich in Arbeit bzw. in Umarbeit befindet. Mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung, das ist ebenfalls eine Angelegenheit, die Herr Gemeinderat Fuchs vorgetragen hat, für ein Wohngebiet, hat sich bereits der letzte Verkehrsausschuß beschäftigt und dieses Ansinnen abgelehnt. Geschwindigkeitsbeschränkungen führen zwangsläufig zu Verkehrsstauungen und diese wieder zu erhöhtem Lärm. Ganz abgesehen davon, daß eine Geschwindigkeitsbeschränkung in einem Wohngebiet zu einer analogen Regelung auch in anderen Wohngebieten führen würde, was einer Geschwindigkeitsbeschränkung fast für das gesamte Stadtgebiet gleich käme. Das würde sicherlich zu einem Verkehrschaos führen und wäre somit nicht in unserem Sinne.

Herr Kollege Wallner und Kollege Radler, was die Verkehrsregelungen innere Stadt anbelangt, verweise ich auf die letzte Sitzung des Verkehrsausschusses hin. Dort habe ich bereits kurz erklärt, daß wir uns in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses mit den bisher gemachten Erfahrungen beschäftigen werden und wo es notwendig

ist. Selbstverständlich kann man auch Änderungen durchführen.

Die Verampelung Kreuzung Azwangerstraße dazu darf ich sagen, ich verweise auf die letzte Bauausschußsitzung und brauche mich daher darüber nicht mehr weiter verbreiten. Sie wissen, bekanntlich war diese Verampelung eine Sache der Verkehrszählung und die Bundesstraßenverwaltung, sprich Landesbaudirektion, hat es damals abgelehnt auf Grund einer zu geringen Frequenz. Diese Verkehrsfrequenz wird sicherlich noch größer werden, wenn in einigen Monaten das neue Kaufhaus eröffnet wird. Ich glaube, die Notwendigkeit ist dann sicherlich gegeben.

Die Wünsche und Anregungen des Kollegen Radler, vor allem was den Bau und Ausbau des Straßennetzes in Stein und Gleink anbelangt, ebenso die Wünsche für die Straßenbeleuchtung, mit denen rennt er bei mir offene Türen ein, denn diese Anliegen sind fast ausnahmslos auch auf meiner Wunschliste zu finden. Trotzdem muß ich Ihnen sagen, daß in Anbetracht der derzeitigen angespannten finanziellen Lage unserer Stadt diese Anliegen im kommenden Jahr nur teilweise realisiert werden können. Die Wünsche eilen leider den finanziellen Möglichkeiten voraus. Ich ersuche Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Holub.

**GEMEINDERAT KARL HOLUB:**

Ein schönes altes Weihnachtslied heißt "Alle Jahre wieder", und zwar alle Jahre wieder kommt nicht nur das Christkind, sondern auch die Budgetdebatte und alle Jahre wieder, meine Damen und Herren und sehr geschätztes Präsidium, gibt es ähnliche Diskussionsbeiträge. Unser Freund Otto Tremml beglückt uns alle Jahre mit den Problemen rund um die Politikerbezüge, einschließlich der Funktionärsgebühren, die die Stadt Steyr ausschüttet.

Es ist auch eine Gewohnheit von Dir, die Banken zu zitieren und ich habe die Gewohnheit, darauf zu antworten. Ich arbeite zwar in einer Bank, nur leider gehört mir keine. Es wäre ganz nett, eine Bank zu besitzen. Man sollte aber, Otto, die Funktion der Banken in der freien Wirtschaft gerecht beurteilen und ich glaube, Du brauchst darüber keine Erklärung und Belehrung, welche Funktionen in volkswirtschaftlicher Hinsicht da erfüllt werden. Es gibt ja, soweit mir Informationen zugänglich sind, auch in den von Dir immer gepriesenen Ländern ähnliche Institutionen mit ähnlichen Aufgaben, die auch ihre Funktionen erfüllen. So weit, so gut.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Privat einstecken!

**GEMEINDERAT KARL HOLUB:**

Darüber ließe sich streiten, ob hier jemand privat einsteckt.

Zu dem "Alle Jahre wieder" gehört auch die grundsätzliche Auseinandersetzung rund um die Wohnungsfragen und das ist der Grund, warum mich mich jetzt auch noch zu Wort gemeldet habe, obwohl ich mich in schöner Gesellschaft mit Ihnen, Herr Stadtrat Wippenberger, befinde. Ich wollte mich auch nicht melden, aber die Fragen des WohnungsweSENS sollten doch nicht ganz undiskutiert bleiben und der Hinweis unseres Vizebürgermeisters Schwarz, daß das Interesse nach Eigentumswohnungen praktisch in Steyr null vorhanden wäre, das stimmt mich doch etwas nachdenklich.

Meine Damen und Herren, sehr geschätzte Mitglieder des Gemeinderates!

Ich glaube ganz einfach, daß ein Angebot, das nicht vorhanden ist, auch keine Nachfrage erregt. Wenn ich mir vorstelle, ich wäre Wohnungswerber und ginge zu einem Wohnungssprechtag der Stadt Steyr und bekäme die Frage vorgesetzt, wollen Sie lieber eine Mietwohnung oder eine Eigentumswohnung, und ich wüßte, daß die Stadt nur Mietwohnungen vergibt, so würde ich mit hoher Wahrscheinlichkeit die Antwort geben, nachdem ich eine Wohnung will, will ich doch eine Mietwohnung und nicht eine Eigentumswohnung, die ihr mir ohnehin nicht geben könnt. Ich glaube, daß sich das Bild grundsätzlich verändern könnte, wäre das Angebot vorhanden. Wir könnten dieses Spiel gleich dem Tischtennispiel weiter fortsetzen. Wir haben das ja schon einige Jahre lang geübt.

Ein bißchen Besorgnis erregt mir auch die Situation in der Neuschönau, Herr Vizebür-

germeister Schwarz, mir ist zu Ohren gekommen, daß in der Neuschönau ein Vorhaben der "Bautreuhand" projiziert ist und mir ist auch zu Ohren gekommen, daß dieses Bautreuhand-Vorhaben

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**  
Auf den Eisenbahngründen.

**GEMEINDERAT KARL HOLUB:**  
in ursprünglicher Projektion als Eigentumswohnungen vorgesehen waren. Nun flüstert man hintenrum, daß dank der Intervention der Stadt dieses Vergeben als Eigentumswohnungen hintangehalten würde und daß daraus eine Mietwohnungssituierung mit Einweisungsrecht .....

**VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**  
Es wurden keinerlei Interventionen von unserer Seite in dieser Richtung unternommen. Eine andere Gesellschaft oder Genossenschaft kann machen was sie will, das geht uns nichts an. Das wollte ich klarstellen.

**GEMEINDERAT KARL HOLUB:**  
Dazu war meine Wortmeldung, um das klarzustellen.  
Was die Anzahl der Wohnungssuchenden betrifft, meine Damen und Herren, so ist es zwar erfreulich, daß man von Zahlen, die über 3.000 gelegen sind, heruntergekommen ist auf Zahlen die um die 2.000 herum liegen, was die Wohnungsvormerkungen betrifft, nur sind zum Teil schon sehr alte Wohnungsvormerkungen dabei und Herr Vizebürgermeister Schwarz, Du warst lange Jahre Vorsitzender des Wohnungsausschusses, Du weißt, wie dringend die Probleme noch immer sind, die wir gemeinsam bewältigen werden müssen. Die Wohnungsnot nämlich sind die Probleme, die den Bürgern extrem stark unter die Haut gehen und genau die Wohnungsprobleme sollten es sein, die mit der normalen Parteitagespolitik überhaupt nichts zu tun haben.  
Das gute Klima, das Du Herr Vizebürgermeister im Ausschuß geschaffen hast, wird, so hoffe ich, Dein Nachfolger als Vorsitzender dieses Ausschusses sicherlich fortsetzen und ich hoffe, daß wir alle gemeinsam die dringlichsten Probleme unserer Mitbürger, nämlich die Wohnungsfragen, klären können und hier doch gemeinsam Abhilfe schaffen können. Ich glaube nur nicht, daß tatsächlich 1.700 Vormerkungen sind, nachdem die Gepflogenheit hier in der Stadt ist, länger zurückliegende Wohnungsvormerkungen, die nicht beintervenierte wurden, mit der Zeit wieder auszuschneiden wegen "mangelnden" Interesses. Das ist halt das große Kreuz dabei, daß jemand, der bescheiden wartet, bis auf ihn die Lösung des Problems zukommt, mit der Zeit aus der Beobachtung der Betreuenden verloren gehen muß. Das ist kein Vorwurf an irgend jemanden, das ist nur ein Ausdruck der ernstesten Sorge, daß die bescheidenen Leute - das ist im Leben oft so - zu kurz kommen. Vielleicht können wir als Funktionäre den Leuten noch mehr helfen als bisher, indem wir - das ist sicher ein Problem, mit dem sich vor allen Dingen der Ausschuß beschäftigen soll - eine Kartei der ältesten Wohnungsansuchen erstellen und einmal daran gehen, diesen nachzugehen bzw. diese so lange zurückliegenden Ansuchen gesondert zu besprechen. Ich bin überzeugt, daß ich hier an Sie, meine Damen und Herren der Mehrheit, keine leeren Bitten geleistet habe und verspreche Ihnen, daß dies mein letztes Wort war.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**  
Ich danke für diesen Beitrag. Nunmehr als wirklich letzter Sprecher meldet sich Kollege Fritsch.

**VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:**  
Nachdem sich der Herr Bürgermeister als Hellseher betätigt und meine Wortmeldung als die allerletzte bezeichnet, man weiß ja nicht, wer sich auf Grund meines Beitrages noch zu Wort meldet, sei es mir doch gestattet, der Aufforderung und Herausforderung einer Dame Rechnung zu tragen und ihr die Antwort zu geben. Ich hätte es nicht getan, weil ich glaubte, daß wir heute in einer halbwegs sachlichen Budgetatmosphäre uns bewegen.

Aber nachdem jetzt Weihnachten ist, glaubte die Frau Kollegin Kaltenbrunner, auch Weihrauch streuen zu müssen. Weihnachten und Weihrauch ist scheinbar eine unabtrennbare Einigkeit. Den Weihrauch hat sie sicherlich begonnen, unter das Volk zu werfen. Allerdings muß ich auch sagen, ist da noch einiges andere drinnen als Weihrauchkorn. Sie hat die Familienpolitik der SPÖ in allen nur möglichen rosigensten und angenehmsten Farben geschildert. Es ist also in Österreich und vielleicht auch bezogen auf Steyr mehr oder minder der Garten Eden, mehr oder minder das Paradies ausgebrochen, auf Grund der sozialistischen Familienpolitik. Da muß ich gleich einmal fragen, ob die Er rungenschaften der sozialistischen Familienpolitik wirklich so gut sind, daß sich alle daran erfreuen, ob die Tätigkeit eines Finanzministers familienfreundlich ist mit den ständigen progressiven Steuern, die er auf die Art und Weise für andere Zwecke gebraucht, ob es wirklich so gut ist, daß man heutzutage die Diskriminierung der "Nur-Hausfrau" in die Wege leitet, ob es wirklich so gut ist, daß ÖVP-Initiativen und Anträge betreffend der Einrechnung der Tätigkeit als Mutter zur Erziehung ihrer Kinder in die Gesamtdienstzeit ablehnt. Hier kann die ÖVP nichts dafür, das ist die gute Familienpolitik der sozialistischen Partei. Und wenn die Familienpolitik der sozialistischen Partei, Frau Kollegin Kaltenbrunner, wirklich so gut wäre wie dargestellt, warum gehen denn dann so viele Mütter arbeiten, warum ist denn auf einmal der Geburtenrückgang zu verzeichnen? Ich möchte das bitte nicht so darstellen, daß es ausschaut, daß man aus Bequemlichkeit kein Kind bekommt, sondern aus ganz anderen Gründen, weil eben die einzelnen politischen Maßnahmen dahingehend abzielen, die Hausfrau und Mutter zur Arbeit zu bringen. Frau Kollegin Kaltenbrunner, der Geburtenrückgang ist in Österreich eine unzweifelhafte und unbestreitbare Tatsache. Es gibt deren viele Gründe, in meinen Augen sind es zwei Gründe, der eine Grund ist sicher an die Konzeptionsmittel bedingt. Ich bin nicht dagegen. Der zweite Grund liegt aber auch in der Freigabe der Fristenlösung. Er liegt auch darin, und Frau Kollegin Kaltenbrunner ich bitte Sie mir nachzuweisen, daß es nicht stimmen würde, daß sich heutzutage in Wien bereits Kliniken damit beschäftigen – ich möchte fast sagen gewerblich – die Abtreibungen durchzuführen. Ich verweise z. B. auch auf die letzte Ausführung in einer sicherlich in Österreich behandelten Ausgabe des "Profil". Nur die Tatsache bleibt bestehen, Österreich ist sicherlich auch im Verein mit anderen europäischen Ländern derzeit eine sterbende Nation und wenn man einer Statistik Glauben schenken

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:  
Aber nicht wegen der Fristenlösung!

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

darf, soweit Statistiken überhaupt glaubhaft sind, dann wird im Jahre 2000 auf einen Werk tätigen der Anfall von 4 Pensionisten oder Rentnern, die er zu erhalten hat, gegeben sein. Hier bleibt – auch das sage ich sehr offen, Frau Kollegin Kaltenbrunner – nur die Möglichkeit, den Anreiz zu einer Familiengründung zu schaffen, die dahingehend gipfelt, den Mut zu einem Kind zu haben, in einer gezielten und bar jeglicher parteipolitischen Linie ausgerichteten Familienpolitik. Eines ist sicherlich auch nicht dazu angehtan, die Familie zu fördern, das ist – hier muß ich als zweites eine Replik geben dem von Ihnen erklärten Lobgesang der Ganztagschule. Ich möchte jetzt keine Debatte über pro oder kontra, für wider, Tagesheimschule, Ganztagschule usw. ausführen. Das liest und hört man überall, wenn man Parteibrillen aufsetzt, wird man logischerweise nur eine einzige Färbung haben. Ich stelle aber fest, und Frau Kollegin Kaltenbrunner ich bitte Sie mir zugestehen auf Grund meiner beruflichen Information, daß auch Ihr Unterrichtsminister Sinowatz – unter ihr meine ich jetzt die Partei – erklärt hat, daß Schulversuche erstens einmal eingedämmt werden müssen. Wir haben nur 10 % aller Schulversuche laufen, daß beide Möglichkeiten – Ganztagschule oder Tagesheimschule – in die Überlegungen mit einzubeziehen sind. Aber jetzt zu sagen, die ÖVP verhindert die Ganztagschule. Sehr gut Frau Kollegin, wir verhindern aber nicht, wenn nicht die Ganztagschule, aber unter Umständen die Möglichkeit, eine Politik in die Schule hineinzubringen, die eigentlich mehr oder minder der Entmachtung der Familie gleichkommt. Hier treffen wir uns durch ideologische Gegensätze auf dem Schlachtfeld. Das gebe ich

ohne weiteres zu. Aber auf Steyr bezogen jetzt zu sagen, wir brauchen auch in der Volksschule eine Ganztagschule, da muß ich sagen, lassen wir erstens einmal Schulversuche reifen und lassen wir Erfahrungswerte sammeln und zweitens würde ich unter Umständen Ihnen, Frau Kollegin Kaltenbrunner, empfehlen, mit dem Vorsitzenden des Bezirksschulrates und mit dem Bürgermeister der Stadt Steyr und mit Ihrer Fraktion diesbezüglich Rücksprache zu pflegen, ob es überhaupt der Wille wäre alier, oder ob das nur die Ausdrucksform von Ihnen alleine gewesen ist.

Schauen Sie, eine Budgetdebatte ist sicherlich dazu angetan, um verschiedenes vorzubringen. Meine Fraktionssprecher haben sich bemüht, nur Dinge aufzuzeigen, die in den unmittelbaren Kompetenzbereich des Gemeinderates der Stadt Steyr fallen. Wenn das ausgeföhrt ist, dann muß man logischerweise auch in Kauf nehmen, daß man ungefähr in der gleichen Art ausufernd eine Replik bekommt. Es tut mir persönlich sehr leid, denn ich weiß ganz genau, in dem Augenblick, wo die Sachdifferenzen ausgeredet sind, ist logischerweise auch das Verhältnis ungetrübt. Wobei das Wort "Verhältnis" im Bezug auf die Aufforderung durch eine Dame nicht falsch verstanden werden möge. Ich danke.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke. Nach dieser, wie ich sehe allerletzten Wortmeldung - ich habe wieder einmal recht gehabt - zum Budget, gebe ich nunmehr dem Finanzreferenten neuerdings das Wort, der in einem kurzen Schlußwort resümieren wird.

**STADTRAT RUDOLF FÜRST:**

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Wenn wir auch verschiedene Anschauungen haben, in einem werden Sie mir 100 % beipflichten, und zwar wenn ich behaupte, daß es eine richtige Maßnahme war, die Tagesordnung für die heutige Sitzung umzustellen. Es hat sich bewiesen, daß eine Tagesordnung, auf der der Punkt "Erstellung des Haushaltsvoranschlages" steht, anderwärts nicht viel Spiel geben. Ich glaube, es soll auch nicht der Anschein erweckt werden, daß irgend jemandem die Möglichkeit zu einer ausreichenden Sachdiskussion genommen werden soll. Wenn ich jetzt boshaft wäre, dann würde ich - wie Kollege Schwarz angekündigt hat, auf sehr viele der hier vorgebrachten Einwendungen und Anregungen eingehen und würde manche Berichtigung hier anbringen und es würde bestimmt ein sehr später Abend werden. So boshaft will ich aber nicht sein.

Aber ein paar Beispiele gestatten Sie mir, hier anzuziehen. Ich fange von rückwärts an. Nicht daß ich auf die Kontroverse über die Familienpolitik eingehen möchte, Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich mich auf das Budget beschränke. Unser neuer Kollege der Freiheitlichen Partei Eichhübl das Wirrwarr angeführt, das in verschiedenen Teilen der Stadt und in verschiedenen Planungen der Stadt herrschen soll.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Damit habe ich nicht Planungen gemeint, sondern die Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung.

**STADTRAT RUDOLF FÜRST:**

Ich glaube, das Wirrwarr, Kollege Eichhübl, besteht einzig und allein im Mangel Ihres Wissens aus der kommunalen Geschichte der Stadt heraus, sonst hätten Sie Gewisses hier überhaupt nicht vorgebracht. Es heißt, leeres Stroh dreschen, wenn ich zum Beispiel nur anführe den Bahnübergang beim Isabellenhof. Dieser war bereits in die Planung im Rahmen der Umfahrungsstraße in die Zufahrt nach Steyr aufgenommen, es waren sogar Grundablösen und Hausankäufe getätigt worden, die dann storniert werden mußten. Die Gemeinde mußte die sogenannte alte Schuhfabrik zurückkaufen, weil die Bevölkerung der Neuschönau in einem Stadtteilgespräch sich gegen eine Überführung der Eisenbahn und eine Einfahrt in den Stadtteil Steyr, die sich bei den sogenannten Eisenbahnerhäusern in der Höhe des ersten Stockes bewegt hätte, ausgesprochen hat. Die Bevölkerung hat sich geschlossen dagegen ausgesprochen und hat die Nachteile, wohlwissend - es wurde ihnen vor Augen geführt - in Kauf genommen, daß dort dieser Schranken weiter bleibt.

Ich könnte das in verschiedenen von Ihnen angezogenen Dingen weiter ausführen, aber ich meine, als verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker müßte man sich eigentlich damit beschäftigen, was ich von Ihnen auch angenommen habe. Zumindest müßte Ihnen Ihr Kollege mit seinem Wissen da beistehen.

Weiter zurückverfolgend darf ich eines sagen. Wir wissen, daß wir auf dem Straßengebiet, um Kollegen Radler zu antworten, natürlich noch Forderungen zu verwirklichen haben, Mängel zu beseitigen haben. Ich darf aber eines sagen, dies ist alles eine Frage der Zurverfügungstellung von Mitteln. Wenn Sie, Kollege Radler, aufzeigen, daß wir 5 km unbefestigte Straßenzüge besitzen, dann meinen Sie damit ein sehr dünn besiedeltes Gebiet und nicht überall kann der Asphalt in der gewünschten Schnelligkeit aufgebracht werden. Wir müssen natürlich Straßenzüge, die von der Verkehrsfrequenz her natürlich vordringlicher sind, vorziehen. Am Willen zur Beseitigung dieser berechtigten Wünsche fehlt es von unserer Seite her bestimmt nicht.

Ganz neue Töne habe ich heute gehört von Kollegen Wallner. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, wo der Reglementierung von allem und jedem das Wort geredet worden ist. Ich denke nur an die vielen Ordnungen, die wir beschließen hätten sollen. Heute, - es hat mich direkt gefreut, dieses Lob zu hören wurde gesagt, daß wir so vernünftig waren und von einer vorhandenen Regelung abgegangen sind und in der Wirtschaftsförderung einer gesunden Überlegung gefolgt sind. Ich betrachte das als einen Fortschritt.

Ich habe mir verschiedenes notiert, aber das hätte Kollegen Fuchs betroffen. Ich schätze es nicht, Dinge auszuführen wenn der Betroffene nicht anwesend ist. Ich darf nur eines sagen, es ist ein Wort gefallen und ich glaube mich nicht zu irren, es war Vizebürgermeister Fritsch, der es verwendet hat, gemeinsames Budget.

Werte Damen und Herren, es freut mich, diese Bezeichnung von der Opposition zu hören. Ich meine, es ist doch so, daß wir jeder Anregung immer ein offenes Ohr geliehen haben. Wir stecken auch gerne eine Kritik ein, sofern sie sachlich und konstruktiv ist. Eine solche hat noch nie geschadet und auch deren Beherzigung nicht. Es ist so, daß hier - leider war es wieder Kollege Fuchs - die Wahlen angezogen wurden. Die Bevölkerung hätte seiner Partei die errungenen Prozente gebracht und es hätten sich nicht viele Änderungen ergeben. Daran anknüpfend kann ich sagen, die Bevölkerung hat über die vergangene Periode ihr Urteil gesprochen bei der Wahl, sie hat Noten und Zensuren vergeben und die Zensuren, die meine Partei bekommen hat, reden hier eine beredete Sprache. Eine Zweidrittelmehrheit durch drei Wahlen gefestigt heißt, die Bevölkerung ist zufrieden mit der Art, wie wir die Probleme angehen, wie wir sie angegangen haben und wie wir sie in Zukunft angehen sollen. Ich glaube, daran ist nichts zu rütteln. Es wurde uns das Zeugnis gegeben, daß wir auch im Sinne der Bevölkerung gut gewirtschaftet haben, und daß wir so weiter wirtschaften. Es ist eben einmal so, daß dort, wo eine große Mehrheit ist, wo der Auftrag der Bevölkerung an einen politischen Willensträger ergangen ist, so weiter zu arbeiten, die entscheidet dann eben über das Wie, über das Wann und über das Wo. Was aber nicht heißt, daß diese Mehrheit zu einer Unterjochung der anderen Anschauung ausgenutzt wird. Ich unterstreiche noch einmal, jede Anregung gerne aufzunehmen, und ich glaube, ich habe es ein klein wenig bewiesen daß es mir nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern daß ich mich ehrlich bemühe, hier für das Budget, für den Voranschlag einen Konsens zu erreichen, zu dem Sie ehrlichen Herzens auch ja sagen können. Wenngleich Sie beileibe nicht zufrieden sind, aber bedenken Sie auch, daß auch meine Fraktion nicht mit allem zufrieden ist, was wir an Notwendigkeiten in den Voranschlag einbauen müssen. Es liegt auch an mir, Ihnen heute den Dank auszusprechen für Ihre Konsensbereitschaft und ich hoffe nur, daß dieses sachlich gute Klima auch das ganze Jahr über herrschen möge, dann wird es nur zum Vorteil der Stadt Steyr und ihrer Bürger sein.

Ich bitte nun Herrn Bürgermeister, die Abstimmung durchzuführen.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke dem Referenten für sein ausgezeichnetes Schlußwort. Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung über den Voranschlag 1980 mit dem Ergänzungsantrag über die 20 %ige Kreditsperre. Im Voranschlag sind, wie Sie wissen, alle Einzelheiten der Stadtverwaltung einbezogen, der oH, der aoH, der Dienstpostenplan, die Stiftungen, Stadtwerke etc. Der Voranschlag ist daher als Ganzes zu sehen und in diesem Sinne stimmen wir ab.

Nachdem mir die alte Geschäftsordnung die Möglichkeit nicht gibt, Sie zum Aufstehen aufzufordern, wenn Sie zustimmen, so muß ich Sie bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie einverstanden sind? Danke, ich sehe aus dem Handerheben, daß bereits die Einstimmigkeit besteht und es erübrigt sich somit die Abstimmung über Enthaltungen oder Gegenstimmen. Ich darf Ihnen auch hier namens des Berichterstatters für Ihre Entscheidung danken. Sie sind sicher dabei nicht schlecht beraten gewesen. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen nunmehr gemäß der zugesendeten Tagesordnungspunkte zu Berichterstatter Vizebürgermeister Heinrich Schwarz.

#### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates und vier Anträge der gemeinderätlichen Personalkommission zur Entscheidung vorzulegen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Umbau des Volkskins zu einem Kulturzentrum und in diesem Zusammenhang mit der erforderlichen Anschaffung für den Theaterkeller.

##### 1) Bau5-3550/77

Umbau des Volkskins zu einem Kulturzentrum;  
Anschaffungen für den Theaterkeller.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 26. 11. 1979 wird zum Ankauf der genannten Gegenstände (Komplettierung des Restaurantbereiches im Volkskino) eine überplanmäßige Ausgabe von

S 288.000,-- (Schilling zweihundertachtundachtzigtausend)

bei VSt 5/3230/0100 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen. Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

Küchengeschirr: Firma Gast, Steyr, zum Preise von S 95.670,-

Wurstschneidemaschine und Waage: Firma Sautner, Gmunden, zum Preise von S 23.144,-

Waschmaschine, Trockner: Firma Schulthess, Linz, zum Preise von S 50.283,-

Mülltonnenschränke: Firma Spannbeton, Linz, zum Preise von S 19.168,-

Büroeinrichtung, Tische und Stühle: Firma Wiesner & Hager, Altheim, zum Preise von S 7.176,-

Schränke und Büroschreibtische: Firma Haberleitner, zum Preise von S 12.358,-

Elektroinstallation: Firma Berger, Steyr, zum Preise von S 68.263,-

Feuerlöscher: Firma Pluto, Steyr, zum Preise von S 1.910,-

Durchführung von Anschlußarbeiten im Werte von rund S 10.000,-.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme des Antrages.

#### BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht so. Gibt es eine Gegenstimme oder eine Enthaltung?. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

#### VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Bauplatzbeschaffung für die BMW-Steyr-Motoren-GesmbH, und zwar die Auflassung bzw. Umlegung von öffentlichem Gut. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

##### 2) Präs-486/78

Bauplatzbeschaffung für die BMW-Steyr-Motoren-GesmbH;  
Auflassung bzw. Umlegung von öffentlichem Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Der Ausscheidung der in der Natur nicht mehr vorhandenen öffentlichen Wegverbindung, Parzelle 279, Kat. Gem. Hinterberg, im Ausmaß von 540 m<sup>2</sup>.

2) der Auflassung des Ortschaftsweges und Ausscheidung aus dem öffentlichen Gut, eines

Flächenteiles von 664 m<sup>2</sup> aus dem öffentlichen Gut, eines Flächenteiles von 664 m<sup>2</sup> aus der öffentlichen Wegparzelle 273/1, Kat. Gem. Hinterberg und die Überlassung dieser beiden Grundstücke im Gesamtausmaß von 1204 m<sup>2</sup> an die BMW Steyr Motoren GesmbH laut Lageplan des Dipl. Ing. Oswald Daxinger vom 7. 7. 1979, GZ 1330/79-A als Beitrag der Stadt zur Aufschließung des Geländes der genannten Firma, wird zugestimmt. Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Meine Damen und Herren, ich möchte dazusagen, auf Grund einer Diskussion im Finanz- und Rechtsausschuß, daß es sich nicht um eine zusätzliche Leistung der Gemeinde Steyr als Förderung für die Stadt handelt, sondern um einen Beitrag im Rahmen der vorgesehenen 15 Mill. S für die Aufschließungen.

Ich bitte um Kenntnisnahme und um positive Bescheidung.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte noch anführen, daß es sich um einen Betrag von ca. 250.000 Schilling handelt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Entschuldigung, das habe ich vergessen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nach dieser Korrektur durch Kollegen Tremml verlangt der Berichterstatter die Abstimmung. Gibt es dazu eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich bitte um den nächsten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, auch die nächsten Anträge, die die Personalkommission und den Stadtsenat schon passiert haben, und die Abstimmung überall einstimmig erfolgt ist, in entsprechender Kürze vortragen zu dürfen. Es handelt sich durchwegs um Personalakten und Verbesserungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jahreswechsel und Neueinführungen von dienstrechtlichen bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen. Der erste Antrag lautet:

3) Präs-1051/79

Bezugsregulierung mit Wirkung vom 1. 1. 1980.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

A)

Auf Grund der mit Wirkung vom 1. 1. 1980 erfolgenden allgemeinen Bezugsregulierung im öffentlichen Dienst (Erhöhung um 4,2 %) werden den Beamten in handwerklicher Verwendung (Schema I) bis zu einer Novellierung des § 30 (2) StBGB ab dem genannten Zeitpunkt vorschußweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den derzeit geltenden Gehaltsansätzen und den in der Anlage 1) angeführten Ansätzen gewährt. Diese Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik. Sinngemäß gilt diese Regelung auch für die Bediensteten im Schema III.

Die Gehaltsansätze für die Bediensteten im Schema II werden bis zur landesgesetzlichen Regelung ebenfalls ab 1. 1. 1980 vorschußweise in Höhe der entsprechenden Ansätze für die Bundesbeamten bezahlt (Anlage 2).

Für die Bediensteten im Schema III und IV werden die Linzer Ansätze, insbesondere auch hinsichtlich der Leistungszulage, laut Anlage 3) und 4) hiemit übernommen. Die Gehaltsansätze für die Bediensteten im Schema I L/Beamte und I L/VB werden laut Anlage 5 - 6 zur Auszahlung gebracht.

B) Bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden landesgesetzlichen Regelung wird der im § 65 StGBG festgesetzte Pensionsbeitrag ab 1. 1. 1980 neu mit 5 1/2 % bestimmt. Dasselbe gilt für den im § 3 des OÖ. Nebengebühreuzulagengesetzes (LGBI. Nr. 60/73) i. d. I. F. festgelegten für anspruchsbegründende Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeitrag.

Ebenfalls ab 1. 1. 1980 bemißt sich der im § 7 der Verordnung des Gemeinderates vom 20. 2. 1969, Präs-191/68, i. d. I. F. (Bezügeverordnung) begründete Pensionsbeitrag mit 8 1/2 %. (BEILAGE A)

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf hinzufügen, daß diese Punkte, die das Personal betreffen, bereits in der Personalkommission zur Behandlung standen und dort kein Widerspruch aufgetreten ist, sodaß ich annehmen darf, daß Sie zustimmen, Gibt es eine Gegenstimme zu dem Bericht? Eine Enthaltung? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag lautet:

4) Präs-787/79

Familienbeihilfen aus Anlaß der Geburt eines Kindes;  
Anhebung des Beihilfensatzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Wirkung vom 1. 1. 1980 wird lit. b der Richtlinien über die Gewährung von Familienbeihilfen aus Anlaß der Verehelichung bzw. der Geburt eines Kindes dahingehend geändert, daß anstelle des Beihilfenbetrages von S 1.350,- ein solcher von S 1.500,- tritt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu die Frage, ob Sie dagegen sind? Das ist nicht der Fall. Es gibt auch keine Enthaltungen, daher einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag soll eine Verbesserung der besoldungsrechtlichen Stellung der Bediensteten in handwerklicher Verwendung. Er lautet:

5) Präs-701/79

Verbesserung der besoldungsrechtlichen Stellung der  
Bediensteten in handwerklicher Verwendung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I)

Die Vorrückung in die 9. Gehaltsstufe der Dienstklasse III aller Verwendungsgruppen der Bediensteten in handwerklicher Verwendung erfolgt ab 1. 1. 1980 bei Vorliegen einer zufriedenstellenden Dienstleistung (Gesamtbeurteilung wenigstens gut) nach 1 in der Gehaltsstufe 8 dieser Dienstklasse zugebrachten Jahr.

II)

Die besoldungsrechtliche Stellung der Bediensteten, die sich am 1. 1. 1980 auf Grund der bisher geltenden Bestimmungen schon in der 9. Gehaltsstufe der III. Dienstklasse einer der oben genannten Verwendungsgruppen befinden, wird unter unter der Voraussetzung des Vorliegens einer zufriedenstellenden Dienstleistung mit Wirksamkeit vom 1. 1. 1980 um ein Jahr verbessert.

III)

Die entsprechenden Maßnahmen sind durch das Personalreferat von Amts wegen durchzuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu gibt es, wie ich sehe, keinen Einwand. Gegenstimmen oder Enthaltungen werden keine vermerkt, daher einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag wird Ihnen empfohlen, eine Treueentschädigung für Vertragsbedienstete, analog der Regelung für die Beamten, zu beschließen.

6) Präs-1085/79

Treueentschädigung für Vertragsbedienstete.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Ab 1. 1. 1980 gebührt Vertragsbediensteten, die durch Pensionierung (Erreichung der Altersgrenze, vorzeitige Pensionierung, wegen langer Versicherungsdauer oder Invalidisierung) aus dem Dienststande des Magistrates ausscheiden und zu diesem Zeitpunkt eine wenigstens 25jährige Magistratesdienstzeit aufweisen, eine Treuebelohnung, sofern diese Bediensteten während der letzten 5 Jahre ihrer Dienstzeit eine zufriedenstellende Dienstleistung aufzuweisen in der Lage sind und innerhalb dieses Zeitraumes keinen Schaden

zulasten der Stadtgemeinde von mehr als S 3.000,- verursacht haben.

Als Dienstzeit zählt ausschließlich die beim Magistrat Steyr verbrachte Zeit, die für die Festsetzung des Vorrückungsstichtages anrechenbar ist oder die lediglich deswegen nicht berücksichtigt werden konnte, da sie vor der Vollendung des 18. Lebensjahres liegt oder daß es sich um einen Überstellungsverlust handelt. Im übrigen gelten für den Anfall und die Auszahlung der Treueentschädigung sinngemäß die Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 27. 5. 1975, Präs-369/73, betreffend Treuebelohnung Abs. 7 des zitierten GR-Beschlusses wird gleichzeitig aufgehoben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch hiezu die Frage, gibt es eine Gegenstimme? Auch keine Enthaltung, der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster ist Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzutragen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit darf ich mir die Einleitung ersparen und auch die entsprechenden ergänzenden Ausführungen in Kurzform vortragen.

7) K-15/79

Fassadenaktion 1979, I. und II. Abschnitt;  
Mehraufwand durch Folgeleistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 7. 12. 1979 wird einer Überschreitung der Aufwendungen für die I. Etappe der Fassadenaktion 1979 im Ausmaß von

S 12.000,- (Schilling zwölftausend)

und einer Überschreitung der II. Etappe der bezeichneten Aktion um

S 265.000,- (Schilling zweihundertfünfundsechzigtausend)

nachträglich zugestimmt, wobei bezüglich der Überschreitung des II. Abschnittes zur Kenntnis genommen wird, daß ursprünglich vorgesehene Arbeiten im Werte von rund S 96.000,- nicht zur Ausführung gelangt sind.

Zum genannten Zweck wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 277.000,- (Schilling zweihundertsiebenundsiebzigttausend)

bei VA-St 5/3630/7780 bewilligt.

Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um entsprechende Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu diesem Antrag hat sich Gemeinderat Sablik gemeldet.

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es vergeht keine Sitzung, wo wir nicht beträchtliche Mittel für die Fassadenaktion beschließen. Es freut uns als Steyrer und es freut sicher auch alle Besucher, daß immer wieder ein neues Haus neu gerichtet wird, immer wieder neue Denkmäler geschaffen werden. Es muß hier einmal der Dank ausgesprochen werden an die Hausbesitzer, an das Bundesdenkmalamt, an das Land, aber auch an die Beamten des Hauses, die in langwierigen, zähen Verhandlungen mit den Hausbesitzern immer wieder das Optimale schaffen. Wir müssen betonen, daß es sich um freiwillige Leistungen der Hausbesitzer handelt,

also es ist schon eine beispielhafte Tätigkeit, die der Umwelt geboten wird. Es ist aber auch zu bemerken, daß unter dem Begriff "Revitalisierung" sehr viel geschehen ist, aber trotzdem noch sehr viel zu tun ist. Der Begriff Revitalisierung beinhaltet ja die Wiederbelebung der alten Stadtteile, wo die Strukturen vorhanden sind, die anderswo noch fehlen bzw. mühselig geschaffen werden müssen. Revitalisierung kann nicht bedeuten, daß wir – so lobenswert es ist – Portale neu bauen, Museen umbauen, Theater restaurieren, sondern wir sollen auch für die Bevölkerung neue Lebenszwecke schaffen und auch die Geschäfte in dieser Umgebung sollen von den dort lebenden Bewohnern zum Teil leben können, nicht nur von Herzueilenden, die in den Randbezirken wohnen. Wenn ich hier ganz kurz einige Ziffern beleuchten darf. Es dreht sich hier um den inneren Stadtbereich. Genau so gültig sind diese Beispiele aber auch für Randgebiete, Steyrdorf usw. In den letzten zwei Funktionsperioden des Gemeinderates haben im inneren Stadtbereich 407 Personen gelebt, 160 Männer und 247 Frauen. Heute, zum Stichtag 1. September, wohnen hier nur mehr 342 Personen, davon 145 Männer und 197 Frauen. Verstorben oder verzogen sind 15 Männer und 50 Frauen. Es ist bekannt, daß Frauen eine längere Lebenserwartung haben wie Männer, aber es geht hier darum, daß es sich meistens um alleinstehende Frauen gehandelt hat, die große Wohnungen mit sehr schlechter Ausstattung im Stadtbereich bewohnt haben. Diese Wohnungen stehen leer und zugleich hören wir hier Zahlen über Zahlen von Wohnungssuchenden. Es muß hier einmal gesagt werden, daß die von der Stadt zur Verfügung gestellten Serviceeinrichtungen, wie Beratung für Althausanierung und Zurverfügungstellung von Wohnungen, Mithilfe bei der Beschaffung der möglichen gesetzlichen Förderungen, daß alle diese Möglichkeiten nicht genützt werden, daß kaum jemand zur Gemeinde, zu den Beamten kommt und hier um Rat und Hilfe ansucht. Im Jubeljahr wird dazu nicht die Zeit reichen und auch nicht das Geld. Ich glaube doch, daß wir uns im Laufe des nächsten Jahres, mit Ausklingen des Jubiläumsjahres, zusammensetzen sollen, alle Fraktionen, um Wege zu suchen, um die Altstadt wieder zu beleben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt gibt es keine mehr. Kollege Fritsch verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ist jemand gegen den vorgebrachten Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Eine Enthaltung sehe ich ebenfalls keine, daher einstimmig angenommen.

Ich danke dem Referenten. Wir kommen nun zum Nächsten, Kollegen Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzulegen. Der erste Antrag lautet:

8) SH-3420/74

Einführung einer mobilen Hauskranken-  
pflege; Ankauf eines Pkw's.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 16. 11. 1979 wird im Zusammenhang mit der Einführung einer mobilen Hauskrankenpflege (Beschluß des Gemeinderates vom 18. 10. 1979) ein Pkw Marke Fiat, Type 127 von der Firma Heinz Schmid GesmbH & Co. KG, Steyr, Pachergasse Nr. 14, zum Anbotpreis von

67.267,20 (Schilling siebenundsechzigtausendzweihundertsiebenundsechzig 20)

angekauft. Zu diesem Zwecke wird eine außerplanmäßige Ausgabe bei der neu zu errichtenden VSt 1/4240/0400 im Betrag von

S 67.300,-- (Schilling siebenundsechzigtausenddreihundert)

bewilligt. Die Deckung hat durch die vom Land Oberösterreich gewährte Subvention zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Hat zum Antrag jemand eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht so. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu heben? Danke. Gegenprobe und Enthaltungsprüfung erübrigt sich, weil hier ein einstimmiger Beschluß vorliegt. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

9) ÖAG-6732/79

Stadtwerke

Ankauf von zwei Gelenkbussen für den städt. Verkehrsbetrieb

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 19. November 1979 wird der Auftrag zur Lieferung von zwei Gelenkbussen für den städt. Linienverkehrsbetrieb der Fa. Steyr-Daimler-Puch AG zum Preise von

S 3,500.000,-- (Schilling drei Millionen fünfhunderttausend)

übertragen.

Die Mittel sind dem zitierten Amtsbericht der Stadtwerke entsprechend aufzubringen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort hat sich niemand gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. In Anbetracht der Bedeutung des Antrages bitte ich Sie, die Hand zu erheben, wenn Sie dafür sind? Danke. Ich sehe, daß der Antrag einstimmig angenommen ist. Ich danke dem Referenten. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie wiederum bitten, die Anträge in Kurzform vortragen zu dürfen

10) Bau5-4160/77

Umbau Altes Stadttheater; Finanzierung; Ergänzung der  
GR-Beschlüsse vom 1. 3. und 18. 10. 1979.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den GR-Beschlüssen vom 1. 3. und 18. 10. 1979 wurden für den Umbau des Alten Stadttheaters insgesamt S 12,000.000,- bereitgestellt. Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 21. 11. 1979 wird zur Finanzierung des Umbaues des Alten Stadttheaters im laufenden Rechnungsjahr eine überplanmäßige Ausgabe von

S 3,000.000,-- (Schilling drei Millionen)

bei VSt 5/3630/0100 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie zu diesem Antrag einen Einwand? Das ist nicht der Fall. Enthaltung? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

11) Bau4-5000/75

Neubau Zwischenbrücken; Mittelfreigabe 1979;  
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 3. 1979.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 11. 1979 wird in Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 1. 3. 1979 (Freigabe von S 14,000.000,-) für das laufende

Rechnungsjahr ein weiterer Betrag von

S 2,000.000,- (Schilling zwei Millionen)

bei VSt 5/6121/0026 freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 3,000.000,-- (Schilling drei Millionen)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wie ich sehe, gibt es keine Wortmeldung. Gibt es eine Gegenstimme oder Enthaltung? Beides nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag lautet:

12) Bau6-6488/76

Kanalisation Münchenholz - Schumannstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III und des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung vom 29. 11. 1979 wird der Auftrag zur Ausführung der Erd- und Baumeisterarbeiten zur Herstellung eines Kanales in Steyr-Münchenholz, Schumannstraße, der Firma Arge HSA Steyr zum Preise von S 10,400.136,- übertragen.

Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel wird im Rechnungsjahr 1980 erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu die Frage, ob es eine Gegenmeinung gibt? Das ist nicht so. Ich frage nun, ob Enthaltung geübt wird? Der Antrag ist somit einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Wallner. Als Nächsten bitte ich Stadtrat Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe Ihnen ebenfalls zwei Anträge des Stadtsenates zu unterbreiten und bitte Sie ebenfalls, diese in Kurzform vorzutragen zu dürfen.

13) Bau3-6442/75

Bau3- 573/76

Fußgängerübergang Landeskrankenhaus Steyr; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 11. 1979 wird als Kostenbeitrag zum Bau des Fußgängerüberganges beim Landeskrankenhaus Steyr der Betrag von

S 900.000,-- (Schilling neunhunderttausend)

bei VSt 5/6121/0028 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie Einwände? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen auch nicht, der Antrag ist daher beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:  
Der zweite und zugleich letzte Antrag lautet:

- 14) Bau3-5081/79  
En- 6143/79  
Gehsteigerstellung zwischen Forum und Bildungszentrum  
der Arbeiterkammer sowie Beleuchtung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 21. 11. 1979 wird zur Herstellung eines Gehsteiges im Bereich zwischen dem Forum-Kaufhaus und dem Bildungszentrum der Arbeiterkammer eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 292.000,-- (Schilling zweihundertzweiundneunzigtausend)

bei VSt 5/6122/0027 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen. Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

- |  |              |
|--|--------------|
| 1) Gehsteigerstellung: Firma Arge Beer & Janischofsky zum Preise von                                     | S 156.589,-- |
| 2) Baumeisterarbeiten für die Straßenbeleuchtung: Firma<br>Hamberger/Negrelli/Brameshuber zum Preise von | S 26.523,--  |
| 3) Elektrische Ausrüstung: Firma Berger zum Preise von   | S 42.463,-.  |

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben auch den letzten Antrag der heutigen Tagesordnung gehört. Gibt es dazu eine Gegenstimme? Eine Enthaltung wird auch nicht angezeigt. Dieser Beschluß erfolgt somit einstimmig.

Wir sind damit am Ende der letzten Sitzung im Jahr 1979 angelangt. Ich bitte Sie, mir noch kurz die Möglichkeit zu geben, nachdem ich mich in meinem dreiwöchigen Krankenstand etwas erholen konnte, einige Worte zu sagen. Ich möchte Ihnen nicht nur die Glückwünsche entbieten, die um diese Zeit fällig sind, sondern auch einige allgemeine Worte an Sie richten.

Ich sage stets am Ende der Budgetsitzung, daß es die wichtigste Sitzung des Jahres, auch im Bezug auf des kommende Jahr ist. Wir haben heute darüberhinaus noch in den einzelnen Sachfragen wichtige Entscheidungen getroffen, es geht dabei um Beträge von 23,5 Mill. S. Das bedeutet aber auch, daß wir wiederum die Sicherung vieler Arbeitsplätze, Beschäftigung, Verdienst und Kaufkraft beschlossen haben. Das alles im gemeinsamen Streben, das uns immer wieder leitet, bei gemeinsamen Beschlüssen das Beste für die Stadt zu tun. Das Hauptgewicht aber bei der heutigen Sitzung lag zweifelsohne bei der Behandlung des Voranschlages 1980. Hier darf ich wohl sagen, daß trotz einer ständigen Mehranforderung an die öffentliche Hand, insbesondere an die Gemeinden als Letzten, weil nämlich den die Hunde beißen bei der Erfüllung, hier ein Budget nach Maß ausgearbeitet wurde, ein Budget, das den Gemeinderat mit den Füßen am Boden beließ. Ich glaube, wir haben damit auch gezeigt, daß wir in Steyr nie den Blick für das wahre Maß verloren haben, daß wir keine Gigantonomie verfolgen, was man nicht immer von anderen Städten unserer Größenordnung behaupten kann, wenn man deren Voranschläge betrachtet und deren Willensansätze. Ich glaube, es ist hier angebracht, den Dank an den Finanzreferenten abzustatten für die Mühewaltung, die er sich für die Vorbereitung gemeinsam mit dem Rechnungsdirektor, OAR Stary, gemacht hat. Es war eine mühevollere Arbeit die Vorbereitung, die meist schon in den späten Sommertagen beginnt und bis jetzt aufbereitet werden mußte. Es ist ein Budget, das wir verabschiedet haben, das die Abwägung von Notwendigkeiten und Bedarf vorsieht, das eine Abwägung finanzieller Möglichkeiten und der Erhaltung der bereits geschaffenen Leistungen garantieren soll. Die Stadt und der Gemeinderat setzten schon in diesem Jahr neue Maßstäbe in der Infrastruktur und die bisherige weitblickende und weittragende Entscheidungskraft und Freude des Gemeinderates wirkt sicherlich noch viele Jahre nach. Vielleicht sogar für Generationen. Dabei hat uns stets eines gemeinsam geleitet, wenngleich wir manches Mal verschiedener Auffassungen sind, viele Arbeitsplätze, eine ausreichende Vollbeschäftigung, gute Verdienste, damit eine erhebliche Kaufkraft, sind die Sicherstellungen, die das Leben und den Kreislauf in unserer

Stadt gewährleisten können. Es sind dazu noch notwendig zukunftsorientierte Planungen und dafür wurden heute auch die finanziellen Vorsorgen getroffen. Ich darf nur eines hinzufügen, weil es hier von Herrn Gemeinderat Radler angezogen wurde, die Bauabteilung hat bereits mündlich den Auftrag erhalten, alles daranzusetzen, um in einer einjährigen Planungszeit die Möglichkeiten der Ausschreibungen für den Wehrgrabenabstieg zu schaffen. Ich hoffe, daß die Schwierigkeit des Projektes diese Zeit einhalten läßt. Ich bitte Sie, mich aber nicht beim Wort zu nehmen, sondern hier sind enorme technische und geologische Fragen zu lösen. Diese von mir angezogene wirtschaftliche Sicherheit der Stadt, der Bürger und des Einzelnen, der Familien, muß ergänzt werden durch den sozialen Fortschritt, den wir in Steyr zweifelsohne aufweisen können, durch ein erhöhtes Kulturangebot in unseren neuen Kulturstätten und auch durch die Förderung der Mitbeteiligung des Einzelnen, in Vereinigungen und Verbänden. Wir brauchen darüber hinaus – darauf können wir bereits stolz sein – einen verstärkten Dienst am Bürger durch Soforthilfen, Aktionen wie "Essen auf Rädern", Heimhilfen, moderne Verkehrseinrichtungen für die Sicherheit der Passanten und Verkehrsteilnehmer. Intensivere Revitalisierungsmaßnahmen in der Altstadt, im Kerngebiet sozusagen, im Wehrgrabenbereich und hier im Einvernehmen mit den Steyr-Werken, im Steyr- und Ennsdorf. Das sind langfristige Wünsche und Vorhaben, die nur zu lösen sind, wenn wir vorsorglich auch in der Budgetierung arbeiten. Die Ansätze dazu sind weitgehend seit einigen Jahren bereits vorhanden. Hier – da pflichte ich Gemeinderat Sablik bei – das ist nicht das erste Mal, daß ich das hier erwähne, wenn es uns gelingt, die abgewohnten Stadtgebiete echt zu revitalisieren, ersparen wir uns teure Aufschließungen in den Randgebieten. Das bringt uns eine Verringerung des Verkehrsaufkommens, es bringt kürzere Kilometerwege für unsere öffentlichen Verkehrseinrichtungen, für die Busse und Verkehrsmittel, eine bessere Nutzung schon bereits existierender Strukturen, wie Kindergärten, Schulen usw.. Ich glaube, daß gerade aus diesen Überlegungen, die sehr viel Geld bei der Durchsetzung erfordern, der Gemeinderat heute eine sehr weise Entscheidung getroffen hat mit der 20 %igen Rückhaltereserve. Subventionen werden nicht einfach automatisch gegeben und erhalten, sie werden nach Ermessen und nach Eigenbeurteilung der zuständigen Referenten des Landes und des Bundes zugeteilt, sie können nie im voraus in ihrer Höhe abgewogen werden und wir sind nie sicher, ob wir die erhofften Zuwendungen tatsächlich erhalten. Kredite verlangen oftmals eine schwere Verhandlung, um zu einigermaßen günstigen Positionen und Konditionen zu kommen. Wir haben auf der anderen Seite aber auch im Gemeinderat uns neue Leitlinien gegeben durch das Konzept vom Februar 1977 und die Zusammenarbeit dieses Gremiums hat sich wesentlich verstärkt durch die Beratungen gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden. Zum Beispiel gehen auch alle Stadtratsakten, was in keiner Stadt Österreichs der Fall ist, allen Gemeinderäten zu, wodurch das Informationsbedürfnis voll gedeckt werden kann. Darüber hinaus – die neuen Gemeinderäte werden das noch erleben – gab es und wird es weiterhin Informationssitzungen des Gemeinderates geben, ohne Öffentlichkeitswirkung, in denen wichtige Projekte zur Diskussion stehen und freie Meinungsäußerungen in jeder Hinsicht ohne Bindungen im Protokoll erfolgen wird. Diese Einrichtung der Informationssitzungen erleichtert dem einzelnen Gemeinderat die Meinungsbildung, schafft ihm Übersicht und ist eine wichtige Entscheidungshilfe. Auch hier in diesen gemeinsamen Sitzungen der Information gibt es nicht immer einheitliche Auffassungen, sie gehen quer durch die Fraktionen durch. Es wird vermutlich auch weiterhin so sein, daß es dort, wo die politischen Grundsätze es nicht gestatten, einer Fraktion einem bestimmten Antrag zuzustimmen, eben zur Kenntnis genommen werden muß, daß es auch Mehrheitsentscheidungen geben wird. Sie sind auch dann immer wieder ein Anstoß für neue Schritte für die Zukunft. Daß dieser Fortschritt in Steyr deutlich sichtbar ist, brauche ich gerade Ihnen in keiner Weise demonstrieren. Wir haben das erhöhte Informationsangebot für den Bürger, das Amtsblatt findet in ganz Österreich höchste Anerkennung, ergänzend dazu gibt es eine Reihe anderer Publikationen, die Stadtverschönerung lockt viele Besucher nach Steyr, und für mich persönlich ist die Aussage von Staatsopernsänger Kunz im Fernsehen wohl die beste und größte Werbung für Steyr, die ich in der letzten Zeit hören konnte. Wir bauten Brücken, Theater, die Kirchen wurden renoviert, der Verkehrssicherheit erhöhtes Augenmerk beigemessen. Wir sind mit einem Wort zum Jubiläum im Jahre 1980 voll gerüstet. Allerdings fällt hier

der Wermutstropfen mit hinein, daß die Kosten für dieses Jubiläumsjahr fast ausschließlich von der Stadt Steyr getragen werden müssen. Wir haben zwar keinen Mangel an Vorschlägen zu verzeichnen, bei der Finanzierung jedoch muß ich bedauerlicherweise weitgehend das Auslassen des privaten Antrags in den Vordergrund stellen. Allerdings mit einer Ausnahme – das wurde schon erwähnt – der Fassadenaktion, wo ich allen Beteiligten danke. In einem Ausmaß wie noch nie wurden hier die Möglichkeiten der Einrichtung der Fassadenaktion von den Hausbesitzern aufgegriffen. Dafür gebührt Ihnen wirklich namens des gesamten Gemeinderates Dank und Anerkennung.

Meine Damen und Herren, 1980 wird der Name Steyr in alle Welt hinausgetragen werden. 200.000 Ausstellungsbroschüren der sogenannten "Hallstattausstellung" im Schloß Lamberg sind bereits mit dem Programm des Jubiläumsjahres in alle Welt verschickt worden, 200.000 Stück. Wir wissen heute schon, daß das Echo sehr groß sein wird. Aber dieses Jubiläum, das wir uns in einem Beschluß zum Ziel gesetzt haben für das kommende Jahr, fordert viel persönlichen Einsatz für den Einzelnen, es soll aber auch jedem die Freude geben und die Genugtuung, daß er selbst mitentscheidend war bei diesen erbrachten Vorleistungen, die zu diesem Jubiläum notwendig wurden.

Ich lade Sie nun abschließend meiner Ausführungen und der heutigen Sitzung mit Ihrem Ehepartner ein, an der Festsitzung des Gemeinderates teilzunehmen, die am 31. Dezember dieses Jahres, um 18 Uhr, im Festsaal des Rathauses, den Sie bereits kennen, stattfindet. Als einzigen Tagesordnungspunkt werden wir in Gegenwart der Damen und Herren der Begleitung den Antrag vorlegen auf einen Proklamationsbeschluß, das Jubiläumsjahr 1980 zu erklären. Ich glaube, daß wir damit auch gut beraten wurden, diese Vorentscheidungen schon längere Zeit zu treffen. Es soll aber auch der Steyrer Bürger in der öffentlichen Verkündung der Proklamation vor dem Rathaus von dieser Entscheidung Kenntnis erhalten.

Nach meinen Ausführungen darf ich Ihnen versichern, daß es mir trotz mancher Widrigkeiten, die in einem so großen Kreis des öfteren auftreten, persönlich eine Freude war, in diesem Jahr mit Ihnen zu arbeiten, daß es mir persönlich ein Bedürfnis ist, Ihnen zum Abschluß alles Gute zu wünschen. Ich entbiete Ihnen die besten Wünsche zum Weihnachtsfest, Freude und Besinnlichkeit im Familienkreis, ebenso Gesundheit und Erfolg für 1980. Ich bin hier auch beauftragt und ermächtigt, namens aller vier Fraktionsvorsitzenden diese Glückwünsche gleichermaßen Ihrerseits durch mich aussprechen zu lassen. Ich schließe meine als Bürgermeister und Kollege hier ein. Diese Glückwünsche erweitere ich auf alle Mitarbeiter im Hause und die Bürger in unserer Stadt, mit denen wir gemeinsam auf eine gute Zukunft für Sicherheit und Wohlstand für alle hier in Steyr lebenden Menschen weiterarbeiten wollen.

Die Sitzung ist somit beendet.

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr.

DER VORSITZENDE:  
Franz Weiss e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:  
OAR Walter Radmoser e. h.  
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:  
Karl Hochrathen e. h.  
Hermann Leithenmayr e. h.

